

**BUNDESFRAUEN
KONFERENZ**
25. Juni 2021 • Messe Wien



KRAFT FRAUEN

selbstbestimmt & unbeugsam



ANTRÄGE & RESOLUTIONEN



Impressum: SPÖ Frauen, Löwelstraße 18, 1010 Wien :: Druck: Donau-Forum-Druck, 1230 Wien

RESOLUTIONEN

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Leitantrag.....	5
Antrag 1: Leitantrag zur Bundesfrauenkonferenz 2021	6
Kapitel 2: Frauen und die Coronakrise	21
Antrag 2: Frauen und Corona: Wie Corona Frauen - und Familienpolitik bedroht!.....	22
Antrag 3: Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie: Ausbau der psychosozialen (Beratungs-)Angebote, Klinisch-Psychologische Behandlung und Psychotherapie auf e-Card	24
Antrag 4: Echte Gleichstellung sofort! Frauen dürfen nicht Opfer der Corona-Krise sein!	25
Antrag 4a: Vorwärts in eine gleichberechtigte Zukunft!.....	32
Kapitel 3: Frauen und Arbeit	39
Antrag 5: Von der Würde der Frauen*arbeit.....	40
Antrag 6: Frauen fordern bessere Arbeitsbedingungen!.....	43
Antrag 7: Frauen am Limit - und es wird nicht einmal mehr geklatscht!	46
Antrag 8: Krisen treffen Frauen stärker - Zeit Frauen zu stärken	50
Antrag 9: Mehr Transparenz im Kampf gegen den Gender-Pay-Gap	53
Antrag 10: Carearbeit ist Arbeit!	54
Antrag 11: Sexarbeit ist Arbeit!.....	55
Antrag 12: Frauenarmut bekämpfen! Gleichberechtigung jetzt!.....	56
Antrag 13: Frauenbudgets erhöhen	58
Kapitel 4: Frauen und Gesundheit.....	59
Antrag 14: Gendermedizin muss zur Norm werden	60
Antrag 15: Abänderung bzw. Erweiterung des Fortpflanzungsmedizin-Gesetzes: Kinderwunsch auch ohne Mann - Gegen die Diskriminierung von alleinstehenden Frauen	62
Antrag 16: Gendermedizin ist mehr als nur Geburtshilfe	64
Antrag 17: Abtreibungspille Mifegyne muss ein wirkliches Angebot sein!	65
Antrag 18: Gesundheit verdient mehr!.....	66
Antrag 19: Gendermedizin	68
Antrag 20: Die Periode sichtbar machen.....	70
Antrag 21: Modellregion „Gender Medicine“	72
Antrag 22: Selbst bestimmen.....	74
Kapitel 5: Gewaltschutz	75
Antrag 23: Von Gewalt betroffene Frauen - Ausbau der Frauenhausplätze	76
Antrag 24: Stopp der Gewalt gegen Frauen	78
Antrag 25: Gewaltschutz.....	80
Antrag 26: Stoppt die Gewalt gegen Frauen	81

Kapitel 6: Vereinbarkeit und Bildung	83
Antrag 27: Umsetzung des Forderungspapiers der Sozialpartner*innen und Industriellenvereinigung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie: 1 Milliarde Euro pro Jahr mehr!	84
Antrag 28: Ausbau einer kostenfreien verschränkten Ganztagschule	86
Antrag 29: Sexualpädagogik an Schulen: Workshops und externe Vereine	87
Antrag 30: Digitale Bildung für Mädchen stärken.....	88
Antrag 31: Gleichberechtigung als Teil der Ausbildung.....	89
Antrag 32: Beste Bildung für alle Kinder, immer, überall und kostenlos. Der Elementaren Bildung endlich den Stellenwert geben, den sie verdient und braucht.....	90
Antrag 33: Strukturelle Diskriminierung aufheben - mehr Väter in Karenz!	94
Antrag 34: Jugend in der Krise	95
Antrag 35: Frauen* an die Hochschulen!	97
Kapitel 7: Frauen*rechte sind Menschenrechte	99
Antrag 36: Absicherung der Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Frauenservicestellen.....	100
Antrag 37: Wir haben Platz für Menschenrechte	101
Antrag 38: Selbstbestimmt, sichtbar & stolz. Für ein gutes Leben für ALLE - unabhängig von der Geschlechtsidentität.....	103
Antrag 39: Unser Feminismus ist inklusiv!.....	105
Antrag 40: Es ist kein Feminismus, wenn nicht für jede vom Patriarchat unterdrückte Person gekämpft wird.....	107
Antrag 41: Sensibilisierung bei Werbeeinschaltungen durch die SPÖ	109
Antrag 42: Frauen*rechte sind Menschenrechte!	111
Antrag 43: Zerstören wir das Patriarchat - nicht die Umwelt.....	113
Kapitel 8: Strukturen	117
Antrag 44: Den Frauen* ihr Raum!	118
Antrag 45: Direktwahl der Bundesfrauenvorsitzenden der SPÖ.....	119
Antrag 46: Teilnahme Österreichs an der europaweiten Zeitverwendungsstudie HETUS	120
Antrag 47: Ein Europa das Frauen schützt und gleichstellt: Für eine soziale und frauenfreundliche Europäische Union!.....	121

RESOLUTIONEN

Kapitel 1: Leitantrag

Antrag 1: **Leitantrag zur Bundesfrauenkonferenz 2021**

Eingebracht von: Bundesfrauenvorstand

Wir Frauen gestalten, die Welt in der wir leben, aktiv. Dabei dürfen uns Frauen keine Hürden in den Weg gestellt werden. Wir Frauen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen. Es braucht endlich eine selbstbestimmte Zukunftsvision für alle Frauen, auch in der Gesellschaftspolitik. Diese Vision kann nur mit einer starken Sozialdemokratie zur Realität werden.

Wir SPÖ-Frauen setzen uns seit jeher für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein, in der Frauen in jeder Lage selbstbestimmt entscheiden können. Egal ob es um Berufsentscheidungen geht, den eigenen Körper und das eigene Selbstbild, die Entscheidung über den eigenen Beziehungsstatus, die Trennung von einem (toxischen) Partner, die selbstständige Lebensweise in der Pension und vielem mehr. Dafür kämpfen wir, dafür brennen wir, dafür rennen wir - täglich in ganz Österreich, für alle Frauen.

Die Covid-Pandemie und der damit einhergehende - sich schon in der Vergangenheit abzeichnende aber nun beschleunigende konservative Backlash - braucht sozialdemokratische und vor allem feministische Antworten. Im Leitantrag „Kraftfrauen. Selbstbestimmt und unbeugsam“ wollen wir diese Antworten in drei sich ergänzenden und sich gegenseitig bedingenden Kapiteln geben. Denn unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität - ergänzt um unsere bedingungslose feministische Grundhaltung - sind die Richtschnur, die unser frauenpolitisches Engagement voran bringt.

Kapitel 1: In einem starken Sozialstaat leben

Kapitel 2: Arbeit Heute und Morgen

Kapitel 3: Selbstbestimmt teilhaben

Kapitel 1: In einem starken Sozialstaat leben

Die Pandemie hat große Teile der Bevölkerung hart getroffen. Aus der Gesundheitskrise wurde mittlerweile eine Wirtschafts- und Sozialkrise. Österreich steht vor großen Herausforderungen. Jede und jeden kann es treffen. Frauen, die alleine leben, mit oder ohne Kinder, gehören zu den großen Verlierer*innen dieser Krise. Ob in einer typischen Frauenbranche unselbstständig erwerbstätig oder als Einpersonnenunternehmer*in, das Geld reicht trotz Corona Hilfsmaßnahmen oft nicht.

Genau deshalb müssen wir den Sozialstaat Österreich nachhaltig stärken. Diese Krise hat mehr als deutlich gezeigt, dass jene Staaten, die einen starken Sozialstaat mit einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung und starken öffentlichen Daseinsvorsorge haben besser durch die Krise gekommen sind als jene Staaten, die den öffentlichen Sektor zurückgefahren und Gesundheitswesen, Mobilitätsangebote und/oder Betreuungsangebote privatisiert haben.

Ein starker Staat ist ein Staat des sozialen Zusammenhalts und sozialen Ausgleichs. In einer zunehmend ungleichen Gesellschaft müssen Errungenschaften wie ein starkes öffentliches Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung, Absicherung bei Arbeitslosigkeit, die Pensionen, Pflegeleistungen und eine Mindestsicherung von der frau leben kann verteidigt und ausgebaut werden.

Nur so kann ein solidarisches und sicheres Zusammenleben in unserer Gesellschaft gewährleistet bleiben.

Der Sozialstaat begleitet uns ein Leben lang. Ob als Kind, im Erwerbsleben, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit und natürlich auch im Alter.

RESOLUTIONEN

1. Eine starke öffentliche Daseinsvorsorge für eine echte Gleichstellungspolitik

Für ein selbstbestimmtes Leben und echte wirtschaftliche und berufliche Gleichstellung braucht es auch eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, die uns Frauen einen uneingeschränkten Zugang zu funktionierenden, leistbaren und niederschweligen Angeboten von öffentlichen Dienstleistungen sichert.

Eine gute Daseinsvorsorge ist die Grundvoraussetzung für das berufliche Fortkommen. Dazu zählen unter anderem Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote mit ausgedehnten Öffnungszeiten, öffentliche Verkehrsmittel, die leistbar sind, sowie mehr Angebote für die Betreuung pflegebedürftiger oder kranker Angehöriger.

Um zu verhindern, dass Frauen trotz Arbeit in die Armutsfalle abrutschen, ist es wichtig den Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit-Jobs zu ermöglichen.

Umweltfreundliche Mobilitätsangebote sind außerdem ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Erfahrungen aus Städten mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge zeigen, dass die Frauenerwerbsquote erhöht und die Wertschöpfung gesteigert wird.

Es zeigt sich, dass Länder mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge besser durch die Corona-Krise gekommen sind, als jene, die beispielsweise die Gesundheitsversorgung privatisiert haben.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Staat, Länder und Kommunen müssen dafür Sorge tragen, einen barrierefreien Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten und auszubauen.
- Klares Bekenntnis für einen Ausbau der öffentlichen Investitionen in die kritische Infrastruktur und Dienstleistungen mit ausreichendem, gut ausgebildetem und fair bezahltem Personal und guten Arbeitsbedingungen.
- Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung und zu digitalen Lernformaten
- Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel. Recht auf Internet, denn das ist Teil der Daseinsvorsorge.
- Ausbau von nachhaltigen, leistbaren und attraktiven Mobilitätsangeboten
- Ausbau einer sauberen und effizienten Energieerzeugung und Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen
- Aussetzen des Wachstums- und Stabilitätspakts
- Finanzielle Unterstützung für Gemeinden und Kommunen um die öffentliche Daseinsvorsorge abzusichern
- Internationale Solidarität und Unterstützung für Länder des Globalen Südens, damit auch dort eine niederschwellige Daseinsvorsorge für die Bevölkerung angeboten werden kann.
- Zur Armutsvermeidung:
 - o Arbeitslosengeld auf 70 Prozent des Nettoeinkommens erhöhen
 - o Echte Existenzsicherung statt ungenügender Sozialhilfe
 - o Keine Vermögensanrechnung bei Mindestsicherung und Sozialhilfe
 - o Kindergrundsicherung
 - o Wohnungssicherung durch starken Delogierungsschutz
 - o Förderung von Wohnungsneubau und -sanierung (Wohnbauförderung)
 - o Unterstützung besonders niedriger Einkommen (Wohnbeihilfe)
 - o Förderungen von Startwohnungen
 - o Regelungen des Mietpreises mit Hilfe der gemeinnützigen Bauvereinigungen (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz) und maßgeschneiderten Spezialfinanzierungsinstituten (Wohnbaubanken und Bausparkassen)

2. Ein starker Sozialstaat für Familien

Österreichs Familien - egal ob Zwei-Elternfamilien, Alleinerzieher*innen, Regenbogenfamilien, Bonusfamilien - haben den Großteil der Lasten der Corona-Pandemie gestemmt - und tun dies immer noch. Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung, sowie die Betreuung von älteren Angehörigen aber auch Rekordarbeitslosigkeit und Kurzarbeit: Die Corona-Krise mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen hat viele Familien ans Limit gebracht. Besonders Alleinerziehende haben Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, für sie sind Kinderbildungseinrichtungen besonders drängend.

Eltern und Kinder brauchen volle Unterstützung und eine spürbare Entlastung.

Alleinerzieher*innen mit wenig Einkommen sind besonders belastet und profitieren vom bestehenden Familienbonus nicht - rund 100.000 Familien erhalten gar keinen Familienbonus. Ausgerechnet jene Eltern, die bei der Sorge um ihre Kinder die Unterstützung am dringendsten benötigen, gehen leer aus. Unabhängig vom Einkommen sollen auch Alleinerzieher*innen 1.500 Euro pro Kind erhalten. Jedes Kind muss gleich viel wert sein.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Kinderbildungsoffensive: qualitativer und quantitativer Ausbau von inklusiven Kinderbildungseinrichtungen und elementarpädagogischer Bildung
- Rechtsanspruch auf ganztägigen, kostenfreien Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr
- 1 Mrd. Euro Investitionen pro Jahr in Kinderbildung
- Mehr fair und gut bezahlte Beschäftigte in der Elementarpädagogik, außerdem zusätzliches Fachpersonal für Inklusion
- 13. und 14. Familienbeihilfe für zwei Jahre befristet: Für zwei Jahre soll pro Halbjahr eine zusätzliche Familienbeihilfe pro Kind ausbezahlt werden
- Erhöhung des Familienzuschlags von 29 auf 100 Euro im Monat
- Zugang zum Familienhärteausgleich erleichtern
- Kinderbetreuungsgeld NEU (5 Monate die Mutter, 5 Monate der Vater, 2 Monate sind wählbar - bei Nicht Inanspruchnahme verfällt die Zeit)
- Ausbau der ganztägigen Schule mit verschränktem Unterricht, Förderunterricht und gratis Laptops
- Ausbau der Lern- und Ferienangebote im Sommer, auch von inklusiven Angeboten
- Mehr Sozialarbeit in Schulen und Kinderbildungseinrichtungen
- Alle Lehrlinge sind gleich viel wert: Betriebliche oder überbetriebliche Lehrausbildung, alle Lehrlinge haben sich dieselbe Vergütung/Bezahlung für ihre Lehrausbildung verdient
- eine Kinderkostenstudie für einen zeitgemäßen Kindesunterhalt
- eine staatliche Unterhaltsgarantie, wenn der Vater nicht genügend oder gar keinen Unterhalt zahlen kann.
- Ausbau des Beratungsangebotes, mindestens ein Regenbogenfamilienzentrum in jedem Bundesland
- Weiterentwicklung um eine höhere Väterbeteiligung und eine bessere Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erreichen

3. Ein starkes Pflegesystem - Arbeitsmarktwende mit Pflegeoffensive

Im Jahr 2050 werden 750.000 zu pflegende Menschen prognostiziert, das sind jährlich 10.000 neue Pflegefälle. Die Pflege muss nachhaltig gesichert werden. Es braucht in der Pflegefrage mehr als Ankündigungen und Schlagworte. Wir wollen echte Wahlfreiheit für die Familien. Die Entscheidung für eine Betreuungsform darf nicht von finanziellen Sorgen geleitet werden. Außerdem müssen wir Menschen, die in der Pflege arbeiten wollen, den roten Teppich ausrollen.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Corona-Tausender: Alle Held*innen der Krise sollen endlich den Corona-Tausender bekommen. Dazu zählen insbesondere Pfleger*innen im stationären als auch im mobilen Bereich. Sie sind die wahren Leistungsträger*innen, die das Gesundheitssystem durch ihren Einsatz am Laufen gehalten haben.
- Mehr Ausbildungsplätze und Pflegekräfte: Die Pflegeoffensive soll zu einer Personaloffensive führen. Durch die öffentliche Hand sollen mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.
- Kostenlose Pflegeausbildung: Die Ausbildung zur Pflegekraft soll den höchsten Qualitätskriterien entsprechen und endlich in ganz Österreich kostenlos sein. Pflegeberufe sind Zukunftsberufe. Sie müssen gefördert und ausgebaut werden.
- Umstiegsbonus: Die Pflegeoffensive soll allen Umsteiger*innen den roten Teppich ausrollen. Es geht vor allem darum, den Auszubildenden einen Rechtsanspruch auf Existenzsicherung während der Ausbildung - unabhängig vom Alter zu garantieren. Arbeitslose Menschen sollen zusätzlich zum Arbeitslosengeld (im Schnitt 900 Euro netto; 12mal im Jahr) vom AMS in der Höhe von mindestens 400 Euro ein Umschulungsstipendium erhalten - damit die Ausbildung auch für Menschen mit Familie möglich ist.
- Schwerarbeitspension für Pflegekräfte: Pflege ist eine körperlich sehr fordernde Tätigkeit, die Schwerarbeitspension (Pensionsantrittsalter 60) ist aber für diese Gruppe praktisch nicht zugänglich. Auch im Hinblick auf das Ansteigen des Pensionsantrittsalters für Frauen müssen Pflegekräfte in die Schwerarbeitspension gehen können.
- Eine Berufsbildende höhere Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, die mit der Qualifikation „Pflegefachassistenz“ abgeschlossen wird (Regelbetrieb statt Pilotprojekt)
- Einrichtung von Pflegeservice-Stellen: Wir wollen einheitlich gesteuerte, regionale Anlaufstellen für alle Pflegeangelegenheiten (für die gesamte Dauer eines Pflegefalles, inkl. Unterstützung, Abwicklung der Behördenwege etc.)
- Pflege ohne individuelle Kosten: Pflege kostet. Häufig sind es Frauen, die dann daheim die Angehörigen betreuen, statt arbeiten zu gehen. Für die mobile Pflege reicht auch sehr oft das Pflegegeld nicht aus. Und wenn es um die stationäre Pflege geht, wird jedenfalls auf die Pension und das Pflegegeld zugegriffen. Daher wollen wir eine staatliche Pflegegarantie: Der Staat übernimmt alle Kosten für die mobile Pflege oder die Pflege im Pflegeheim. Wir wollen qualitative Pflege für alle frei von finanziellen Sorgen.
- Ausbau der Alltagsbetreuung, um auch betreuende Angehörige zu entlasten
- Der neue Pflegegarantiefonds: Wir wollen die Finanzierung aus einem Topf. Alle Gelder des Bundes und der Länder werden in Zukunft in einem Pflegegarantiefonds zusammengeführt, mit dem die mobile sowie die stationäre Pflege finanziert werden. Dieser Fonds soll insgesamt mit 7 Mrd. dotiert werden.

4. Eine starke Gesundheitspolitik

Gerade die Covid-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Die Krankenversicherung leistet dabei einen unverzichtbaren Beitrag, der sicherstellt, dass alle Versicherten gleichermaßen ihre erforderlichen Leistungen erhalten. Das muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Die Finanzierung dieser Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Beitragsausfälle darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen erfolgen. Es darf weder zu Leistungskürzungen noch zu weiteren Selbsthalten, Beitragserhöhungen oder weiteren Privatisierungen kommen. Ansonsten droht, aus der Corona-Krise eine weitere Gesundheitskrise zu werden, mit massiven Folgekosten und Unterversorgung von Patient*innen.

Der Staat muss seine Verantwortung wahrnehmen und die Finanzierung der Kassen und des Gesundheitssystems sicherstellen. Durch die Beiträge der Versicherten alleine ist das nicht möglich.

Nicht nur finanzielle Sorgen, auch Gewalt gegen Frauen und Kinder sind während der Corona Pandemie gestiegen. Hohe psychische Belastung und krankmachender Stress sind oft die Folgen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausbau der Kassenärzt*innenstellen: Ein niederschwelliges Angebot ist durch einen Ausbau von Kassenärzt*innenstellen zu garantieren
- Gynäkologinnen mit Kassenverträgen in allen Bundesländern
- Ausbau der Primärversorgungszentren: Primärversorgungszentren sind Erstanlaufstellen in der Gesundheitsversorgung. Hausärzt*innen, Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen und Vertreter*innen anderer Gesundheitsberufe etwa aus der Pflege, Physiotherapie, Psychologie oder Ernährungsberatung arbeiten unter einem Dach oder im engen Netzwerk zusammen, dieses Angebot soll bundesweit ausgebaut werden.
- Bundesweiter Ausbau der psychosozialen Beratung: Um die Folgen der Pandemie abzufedern, braucht es einen bundesweiten Ausbau der psychosozialen Beratung. Die psychosoziale Gesundheit steht hier im Fokus. Insbesondere die Akuthilfe muss hier ausgebaut werden.
- Kostenlose Therapieplätze für Kinder und Erwachsene, die an den Folgen der Pandemie leiden: Der Alltag der Kinder, Jugendlichen und ihren Eltern hat sich in der Krise drastisch geändert. Schüler*innen waren selten in der Schule, die sozialen Kontakte waren gar oder nur sehr eingeschränkt möglich. Wissenschaftler*innen haben eine Zunahme von Angststörungen und Depressionen festgestellt. Die langfristigen Schäden belasten die Gesundheit.
- Genereller Ausbau der Prävention und der psychotherapeutischen Versorgung: Die physische und psychische Gesundheit vieler Menschen leidet unter den Folgen der Pandemie. Um das zu vermeiden, braucht es dringend ein breit ausgebautes und niederschwelliges Angebot für die Prävention und die psychotherapeutische Versorgung. Keine Kontingentierung von psychotherapeutischen Einheiten.
- Bundesweite First Love Ambulanzen: Außerdem eine bundesweite Kampagne
- Gender Medizin in Forschung und Anwendung: Gerade die Pandemie hat die Notwendigkeit der Genderforschung in medizinischen und sozialen Fragen wieder deutlich gezeigt. Diese muss ausgebaut und intensiviert werden.
- Hilfen für das Gesundheitssystem: Ausfallhaftung des Bundes für die Mindereinnahmen in der Sozialversicherung und Ersatz der Kosten, die durch die Kassenfusion und durch die Krise entstanden sind.

Kapitel 2: Arbeiten Heute und Morgen

Der Wandel in der Arbeitswelt beschäftigt uns nun bereits seit längerem - es gibt viele unterschiedliche neue Realitäten, die besonders im Zuge der Covid-Pandemie verstärkt sichtbar wurden.

Die Krise hat in den letzten Monaten, im letzten Jahr, die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben - es wurde die höchste Arbeitslosigkeit seit dem II. Weltkrieg gemessen. Das ist dramatisch, denn insbesondere die Frauen sind davon stark betroffen. Es sind ihre Branchen, die zusperrten mussten, es sind ihre Branchen, die von Kurzarbeit betroffen waren, es sind ihre Branchen, in denen die meisten Arbeitnehmer*innen gekündigt werden. Ende April 2021 sind 433.596 Menschen in Österreich arbeitslos gemeldet. Eine hohe Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit, prekäre Dienstverhältnisse, immense Überstunden und Belastungen in systemrelevanten Jobs, fehlende Lehrstellen und Arbeitsplätze für junge Menschen, große Herausforderungen für Frauen am Arbeitsmarkt. Mit all dem sind wir aktuell stärker denn je konfrontiert. Deshalb braucht es ein Arbeitsmarktpaket, das hilft und langfristig wirkt und die Selbstbestimmtheit von Frauen nachhaltig fördert und ihnen somit Sicherheit gibt.

RESOLUTIONEN

2.1. Ein Arbeitsmarkt der die Frauen stützt

Frauen bekommen im Schnitt rund 100€ netto weniger Arbeitslosengeld, als Männer. Der Gender Gap existiert in fast allen Branchen und wird gegen Ende der Erwerbsbiografie in Bezug auf Arbeitslosenleistungen größer.¹

Auch sie waren Krisenmeister*innen und Systemerhalter*innen: Praktikant*innen im Gesundheits- und Sozialbereich. Viele von ihnen haben aufgrund ihrer Ausbildung beispielsweise an der Fachhochschule Pflichtpraktika zu absolvieren - oftmals sind diese aber un- oder unterbezahlt, obwohl viel Verantwortung und eine herausfordernde Tätigkeit in diesen Bereichen die Menschen tagtäglich begleitet. Eine Absicherung während der Ausbildung und das Abwenden von Ausbeutung muss Priorität haben. Auch eine umfassende Versicherungskomponente kommt bei Praktika oftmals zu kurz - so sind viele Praktikant*innen nur unfall-, nicht aber pensions- oder krankenversichert. Hier braucht es arbeitsrechtliche Absicherung, damit sie ein Praktikum mit sicherem Gefühl absolvieren können und vollen Versicherungsschutz bekommen. Deshalb müssen unter- und unbezahlte Praktika endlich der Geschichte angehören und jungen Menschen, und vor allem den Frauen, die im Gesundheits- oder Sozialbereich arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren, der rote Teppich ausgerollt werden. Es braucht faire und wertschätzende Rahmenbedingungen und eine Bezahlung, die der Arbeit gerecht wird!

Ein Wandel in der Arbeitswelt findet gerade statt - was passiert mit jenen Frauen, deren Jobs durch die Digitalisierung wegfallen? Hier braucht es ein individuell angepasstes Arbeitspaket, das die Möglichkeit von Schulungen anbietet und eine Absicherung während der gesamten Ausbildungszeit garantiert. Auch müssen wir auf Green Jobs umsatteln. Wir wissen, dass, wenn wir die Pariser Klimaziele nicht erreichen uns Strafzahlungen von 9 Milliarden Euro bevorstehen. Diese 9 Millionen können wir aber auch sinnvoll nutzen und in eine resiliente, nachhaltige Arbeitswelt investieren - Green Jobs sind Jobs der Zukunft und sichere Arbeitsplätze, die uns in eine grüne Transformation begleiten. Ebenso müssen wir den Fokus auf jene Branchen legen, in denen bereits Personalnot besteht: beispielsweise im Pflege- oder Elementarpädagogikbereich. Die Ausrollung von Kollegs landauf, landab wäre eine qualitätsvolle Möglichkeit für Weiterbildung in diesem Bereich.

Viele Frauen sind Einpersonenernehmer*innen, die derzeit kaum abgesichert sind und nach einem Arbeitsausfall vom regulären Einkommen direkt in die Mindestsicherung fallen, da diese keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

Das selbständige Einkommen wird, falls ein Anspruch besteht, auch nicht berücksichtigt und es wird soweit zurückgerechnet und dann die Einkommenssituation von damals für die Berechnung verwendet. Dieser Zustand ist existenzbedrohend und eine Ungleichstellung gegenüber den angestellten Personen. Es muss für Einpersonenernehmer*innen (EPU's) auch ein angemessenes Arbeitslosengeld möglich sein. Noch dazu sind viele der EPU's nicht existenzsichernd. Nicht arbeiten zu können, bedeutet für ein EPU, dass dieses keine Aufträge annehmen kann und somit keine Einnahmen hat. Die Situation, der man gegenübersteht, wenn man krankheitsbedingt ausfällt, ist existenzbedrohend und unsozial. Deshalb muss Krankengeld unbedingt schon ab dem 4. Krankheitstag ausbezahlt werden.

Die Absicherung von EPU's ist frauenpolitisch relevant, denn mittlerweile sind mehr als die Hälfte von ihnen Frauen - 53,3 Prozent mit Stand 2020.²

1 <https://www.moment.at/story/arbeitslosigkeit-oesterreich-2021-grafiken> (dl: 9.5.2021)

2 https://www.wko.at/service/netzwerke/Zahlen,_Daten,_Fakten.html (dl: 9.5.2021)

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ein umfassendes Arbeitsmarktpaket für Frauen, das landauf, landab wirkt.
- Eine Lehrstellengarantie für junge Menschen
- Flächendeckender Ausbau von Berufszentren für Mädchen und junge Frauen
- Weg mit den unter- und unbezahlten Praktika
- Voller Versicherungsschutz bei Absolvierung von Praktika - Unfall-, Kranken und Pensionsversicherungsanspruch
- Her mit den Green Jobs, statt Strafzahlungen
- Existenzsicherung für die gesamte Dauer einer Ausbildung
- Flächendeckende Kollegs für Branchen mit Personalnot - z.B. Elementarpädagogik oder Pflege
- Die soziale Absicherung von EPU's, durch die Einführung eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld, den Wegfall des Selbstbehaltes von Selbständigen.
- Die Verankerung von Krankengeld für EPU's ab dem vierten Krankenstandstag.
- Vermeidung und erfolgreichen Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit

2.2. Für Care-Arbeit- und bezahlte Arbeit, die gleich verteilt ist

„Halbe-Halbe“ oder „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ - Kampagnen, die wir alle in der SPÖ-Frauenorganisation gut kennen, dennoch sind die Intention und Forderungen dahinter noch immer nicht Realität.

Erwerbsarmut ist ein weit verbreitetes Problem in Europa. Als erwerbsarm gelten erwerbstätige Personen, die in einem Haushalt leben, dessen Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt (60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens). Die Armutgefährdungsschwelle liegt in Österreich bei 1.238 Euro netto, acht Prozent der Erwerbstätigen erhalten weniger als diesen Grenzwert.

Besonders betroffen sind vom Phänomen Armut trotz Arbeit einmal mehr die Frauen. Grund sind zum einen Niedriglohnbranchen wie Handel, Tourismus und Dienstleistungen, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Zum anderen arbeiten Frauen - auch aufgrund von Betreuungspflichten - besonders oft in Teilzeit.

Teilzeit ist also weiblich. 50 Prozent aller erwerbstätigen Frauen zwischen 25 und 60 Jahren sind teilzeitbeschäftigt. Bei den Männern in dieser Altersgruppe ist das ein Minderheitenprogramm (neun Prozent).

Doch selbst bei gleicher Stundenzahl verdienen Frauen um rund ein Drittel weniger, obwohl sich viel in den letzten Jahrzehnten bei der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt getan hat. Frauen haben bei der Erwerbstätigkeit gegenüber den Männern dramatisch aufgeholt und sie bei den formalen Bildungsabschlüssen bereits überholt.

900 Euro brutto entgehen den Frauen und ihren Familien im Schnitt jeden Monat durch den Einkommensunterschied. Über das ganze Jahr hinweg fehlen damit 12.500 Euro. Rechnet man den Unterschied auf ein durchschnittliches weibliches Erwerbsleben von 34,5 Jahren hoch, beträgt der Verlust stattliche 435.000 Euro. Es geht also um die Größenordnung eines Einfamilienhauses. Man könnte also zurecht von einer haushohen Ungerechtigkeit sprechen.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass Frauen weniger verdienen ist, dass sie deutlich mehr unbezahlte Arbeit leisten. Erwerbstätige Frauen arbeiten im Schnitt 27 Stunden in der Woche unbezahlt im Haushalt, in der Kinderbetreuung und in der Pflege. Bei Männern sind es nur rund halb so viele Stunden.

Auch ist der häufigste Grund für die Teilzeitarbeit von Frauen die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. Das wiederum führt auch zu einem niedrigeren Einkommen und einer höheren Wahrscheinlichkeit für Altersarmut.

RESOLUTIONEN

Es braucht endlich eine selbstbestimmte Zukunftsvision für alle Frauen, auch in der Gesellschaftspolitik. Diese Vision kann nur mit einer starken Sozialdemokratie zur Realität werden. Die SPÖ-Frauen setzen sich seit jeher für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein, in der Frauen in jeder Lage selbstbestimmt entscheiden können.

Um den Spagat zwischen Arbeit und Familie besser bewerkstelligen zu können, braucht es mehr Partner*innenschaftlichkeit durch eine neue Familienarbeitszeit für Kinderbetreuung und für Pflege von Angehörigen mit einem finanziellen Ausgleich.

Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern ist mit ihrer fortschrittlichen und menschlichen Politik Vorbild. Eine bezahlte Trauerzeit nach einer Fehlgeburt ist dort erst kürzlich gesetzlich implementiert worden. Eine großartige Errungenschaft für Frauen, denen somit offen Platz zum Trauern zugestanden wird.

Der erste Frauenbericht erschien im Jahr 1975 auf sozialdemokratische Initiative. Alle zehn Jahre sollte in weiterer Folge ein neuer Bericht erstellt werden, um zu analysieren, ob sich die Lebenssituation der Frauen verbessert. Der letzte umfassende Bericht wurde 2010 umgesetzt. Auf 550 Seiten wurden Daten, Fakten und Analysen zu Lebens- und Wohnsituation von Frauen in Österreich aufbereitet. Demografie, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Pflege, Repräsentation von Frauen standen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Situation von Frauen im ländlichen Raum und Migrant*innen.

Seither hat sich die Situation der Frauen in Österreich erneut verändert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 hatte ebenso dramatische Auswirkungen auf die Lebens-, Arbeits-, Wirtschafts- und Bildungssituation von Frauen, wie die fortschreitende Digitalisierung und die Veränderungen der Arbeitswelt. Seit mehr als einem Jahr wütet eine globale Corona-Pandemie, mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen. Für eine fortschrittliche Frauenpolitik ist es dringend erforderlich, von aktuellen Zahlen, Daten und Fakten auszugehen und daraus evidenzbasiert wissenschaftliche und politische Schlüsse zu ziehen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Starke Erhöhung einer von Familienstand und Partner*inneneinkommen unabhängigen Ausgleichszulage
- Stärkere Anreize für Väterbeteiligung und einer echten „Halbe-Halbe“ bei Karenz (auch auf unternehmerischer Seite)
- Rechtsanspruch auf 3 Tage bezahlten Urlaub nach einer Tod- oder Fehlgeburt
- Zeitverwendungsstudie, die vergleichbar mit anderen Ländern in der EU durchgeführt wird und ein verpflichtendes Monitoring zur Verbesserung der Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
- Frauenbericht neu erstellen!

2.3. Ein Recht auf Arbeit!

Nicht erst seit der Corona-Pandemie stellt sich für viele Menschen die Frage: Wie sehr haben wir noch die Kontrolle über unser Leben? Medienberichte sind voll von Krisen und Konflikten. Unser Leben wird immer stärker von einem Gefühl der Unsicherheit geprägt, davon, dass wir nicht selbst darüber bestimmen können wie wir wollen. Aber genauso wie wir unser Leben radikal verändern müssen, um den Corona-Virus zu besiegen, können wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft verändern. „Wir können einen guten Alltag für alle schaffen: Mit sechs Stunden sicherer, selbstbestimmter, gutbezahlter Arbeit, acht Stunden sorgenfreiem Schlaf und zehn Stunden für das, was uns besonders am Herzen liegt. Dafür ist allerdings ein Umdenken notwendig und eine Abkehr von dem konservativen Dogma „mehr privat und weniger Staat“. Denn es sind nicht die Budgetkürzungen, die uns Sicherheit bringen. Wenn es ernst wird, kommt es darauf an, ob wir genügend geschultes Personal im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich haben, genügend Spi-

talsbetten, genügend Beatmungsgeräte. Die Corona-Krise zeigt, wie schnell sich unser Leben sehr radikal ändern kann. Und wie schnell Ressourcen mobilisiert werden können, wenn das Dach einzustürzen droht. Wir können den Corona-Virus besiegen. Genauso können wir Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Fremdbestimmtheit und die Klimakrise besiegen. Fangen wir damit an, einen guten Alltag für alle zu bauen!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ein RECHT auf ARBEIT
- Verkürzte Vollzeit auf rund 30 Stunden/Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich um die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen gerechter verteilen zu können

Kapitel 3: SELBSTBESTIMMT TEILHABEN

Sozialdemokratische Frauenpolitik hat sich immer dadurch ausgezeichnet, für eine gerechte und vor allem selbstbestimmte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen einzutreten. Dieser feministischen Politik folgen wir weiterhin vorbehaltlos und kämpfen dafür.

3.1. Für mehr Frauen in Entscheidungsprozessen

Frauen sind die Mehrheit der Bevölkerung. Es braucht auf den verschiedensten Ebenen politische Entscheidungsträger*innen, die die diversen Lebensrealitäten von Mädchen und jungen Frauen aus eigener Erfahrung kennen und sie glaubhaft vertreten können. Im Nationalrat sind von den 183 Abgeordneten derzeit 73 Frauen (39,89 Prozent). (Quelle: Österreichisches Parlament). Die SPÖ hat dank dem von uns SPÖ-Frauen erkämpften, verschärften Statut einen Frauenanteil von 50 Prozent. Die Forderung „Jede zweite Abgeordnete ist eine Frau“ - ist damit in unserer Partei endlich Realität! Diesen Weg wollen wir fortsetzen - bei den Bürgermeister*innen, in Gemeinderäten, Landtagen, in der Privatwirtschaft und überall dort, wo Entscheidungen getroffen werden. Wir setzen uns für eine gerechte Teilhabe aller Menschen ein, die in unserem Land leben.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gesetzliche Quoten im Parlament: Analog unserer internen statutarischen Regelung sollen zumindest 40% Frauen in allen öffentlichen politischen Gremien vertreten sein.
- Förderung demokratischer Mitbestimmung durch Bürger*inneninitiativen, Petitionen etc.
- Wir machen uns stark für ein Gesetz, das zumindest 40 Prozent Frauen in den Geschäftsführungen der Privatwirtschaft vorsieht

3.2. Für mehr Frauen, die ihre demokratischen Rechte wahrnehmen können

Es ist die Aufgabe als Arbeiter*innenbewegung die sozialen, rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse so umzubauen, damit wir endlich eine „Gesellschaft der Freien und Gleichen“ etablieren, in welcher Unterschiede einfach Unterschiede sein können. Ohne Abwertung, Ausschlüsse, Erniedrigung und Ausbeutung. Der emanzipatorische Einsatz für Teilhabe, rechtliche Gleichstellung, Anerkennung und die Überwindung von Schicht- und Klassenverhältnissen laufen dabei immer ineinander, ergänzen und unterstützen sich entlang einer Leitschnur: Gleichheit und Freiheit für alle.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Das Erreichen der Staatsbürger*innenschaft muss erleichtert werden: ausreichend Deutschkurse in ganz Österreich, Abbau der finanziellen Hürden und besserer Zugang zu Information.
- Die SPÖ Frauen wollen daher für ein Staatsbürger*innenschaftssystem eintreten, das nicht auf Glück, Zufall oder Pech basiert, sondern auf einer persönlichen Entscheidung, wo und wie man sein Leben führen will.

3.3. Voller Schutz vor Diskriminierung für LGBTIQ+

Es ist höchste Zeit, dass die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, intergeschlechtlichen und Trans-Personen in Österreich gelebt wird. Bis heute ist es leider immer noch legal, dass Menschen in unserem Land eine Wohnung wegen ihrer Geschlechtsidentität nicht bekommen oder sie für ihre sexuelle Orientierung aus einem Lokal geworfen werden. Wir sind eines der letzten Länder Europas, das den Bürger*innen keinen vollen Schutz vor Diskriminierung bietet. Das muss sich ändern.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausweitung des gesetzlichen Schutzes vor Diskriminierung im Gleichbehandlungsgesetz – durch die Aufnahme der Schutzgründe der sexuellen Orientierung, sowie der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks und der Geschlechtsmerkmale, das sogenannte „Levelling Up“.
- Nationaler Aktionsplan gegen Hass: Nicht nur im Gesetz, sondern auch im Alltag muss jeder Form von Vorurteilen der Kampf angesagt werden – bei Behörden und Gerichten, in der Bildungspolitik, in der Exekutive, im Gesundheitssystem und in der Pflege
- Bundesweite Beratungs- und Kompetenzstelle für LGBTIQ-Antidiskriminierungsarbeit

3.4. Frauen mit Behinderungen müssen selbstbestimmt leben können

Die Corona-Pandemie hat die Situation für Menschen mit Behinderung noch zusätzlich erschwert. Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt trifft Frauen umso mehr. Aber auch im Alltag berichten Frauen mit Behinderung davon, dass sie ständig um ihren Platz in der Gesellschaft kämpfen müssen. Wir setzen uns gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung zur Wehr und fordern krisensichere Netze.

Wesentlich ist für die SPÖ eine barrierefreie Welt. Barrierefreiheit ist dabei in baulicher, kommunikativer, sozialer und finanzieller Hinsicht zu sehen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Barrierefreiheit in der analogen und digitalen Welt
- Barrierefreiheit als Pflichtinhalt in allen Lerninhalten von relevanten Berufsausbildungen verankern
- Ausbau barrierefreier und kostenloser Frauenberatungsstellen für Frauen mit Behinderung
- Persönliche Assistenz mit ausreichender Finanzierung sichern
- Gesichertes und vor allem eigenständiges Einkommen statt Taschengeld

3.5. Raumplanung - Gendergerechtes Wohnen

Wir setzen uns für eine gendergerechte Raumplanung ein. Dabei stehen auch die besonderen Herausforderungen, die sich am Land ergeben - wie Mobilität, Kinderbetreuung, Ausbau der Internetverbindungen etc. für uns im Fokus.

Wir wollen, dass die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen von Anfang an im Planungsprozess Niederschlag finden. Unterschiedliche Lebenslagen, Lebensphasen und der soziale Hintergrund sollen die Leitlinien für die Planung des öffentlichen Raums sein. Daher muss auch in Planungsgremien darauf geachtet werden, dass Frauen daran teilnehmen. Gendersensible (Raum-)Planung muss die Parkgestaltung, Freiraumgestaltung, Sicherheitsräume, Beleuchtung, differenzierte Raumkonzepte, sichere Wege und die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior*innen umfassen. Gendersensible Planung hat einen positiven Einfluss auf den Alltag aller Bewohner*innen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gender-Dimension bei infrastrukturellen Projekten stärker einbeziehen
- Quoten in Planungsgremien
- Bürger*innenbeteiligungsprozesse mit Schwerpunkt auf gendersensible Planung
- Projekte, die zur Wohnbauförderung eingereicht werden, sollen auf geschlechtergerechte Baumaßnahmen überprüft werden. Verschiedene Checklisten wie z.B. Barrierefreiheit, genügend Abstellplätze für Fahrräder und Kinderwägen, helle Wege und die Vermeidung von Angsträumen sollen schon bei der Konzeption die Interessen von Frauen sicherstellen.
- Gender-Housing-Projekte/Frauenwohnprojekte in ganz Österreich, auch in ländlichen Gebieten implementieren
- Mobilität, Internetanbindung und Kinderbetreuung müssen besonders am Land stark ausgebaut werden

3.6. Für eine geschlechtergerechte Klima- und Umweltpolitik

Österreich ist eines der Länder, die überdurchschnittlich von der Klimakrise betroffen sind. Der Temperaturanstieg ist bei uns überdurchschnittlich hoch. Hochwasser und Dürre sind Phänomene, die damit einhergehen. Die Klimakrise ist aber auch eine Umweltkrise im globalen Maßstab. Es geht um die Zukunft auf diesem Planeten.

Guter Klimaschutz kann nur mit einer Einbeziehung der Bevölkerung auf der Suche nach innovativen Projekten gelingen. In der Energiepolitik gibt es derzeit noch sehr wenige Frauen, in der Klimadebatte sind es mehr. Gerade junge Frauen sind ganz an vorderster Front zu finden, wo es darum geht aufzuzeigen: Wir wollen Veränderung. Frauen sind dort, wo die treibenden Kräfte vorhanden sind. Aber in der Ebene der Entscheidungsträger*innen sind Frauen noch immer in der Unterzahl.

Beim Klima- und Umweltschutz geht es wie in vielen Bereichen auch darum zu fragen: Werden die Interessen von Frauen ausreichend berücksichtigt? So stellt sich bei der Klimaerhitzung die Frage: Wer hält sich tagsüber im Freien auf? Wer darauf angewiesen ist, den öffentlichen (Grün-)Raum zu nutzen, hat eine andere Betroffenheit als jemand, der*die genug Budget hat, um in einen klimatisierten Raum zu flüchten. Die Klimakrise trifft gerade jene in besonderem Maße, die weniger Einkommen haben.

Im Gegensatz dazu machen viele internationale Konzerne ihre Profite auf Kosten von Menschen und Umwelt. Wir verlangen, dass sich Unternehmen der Risiken für die Menschen in ihrer Lieferkette bewusst werden und sinnvolle Maßnahmen setzen, diese Risiken zu vermeiden. Neben der Einhaltung der Menschenrechte geht es auch um mehr Ver-

RESOLUTIONEN

antwortung im Kampf gegen die Klimakatastrophe. Wenn wir bis 2040 klimaneutral sein wollen, müssen wir aufhören, Produkte mit absurd hoher CO₂-Bilanz herzustellen oder zu importieren.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Mehr Frauen in Entscheidungsfunktionen in der Klima- und Energiepolitik
- Innovative Projekte zur Bürger*innenbeteiligung unter starker Beteiligung von Frauen
- Ein Lieferkettengesetz, das eine rechtlich verbindliche Grundlage für eine soziale, menschenrechtskonforme und umweltgerechte Produktionsweise schafft

3.7. Selbstbestimmung über unsere Körper

Nur 55 Prozent der Frauen weltweit können frei und selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung bedeutet, dass Frauen und Mädchen die Fähigkeit und das Recht haben, Entscheidungen zu treffen, ohne Angst vor Gewalt oder davor, dass jemand anderes für sie entscheidet. Es geht darum, dass Frauen und Mädchen selbst entscheiden können, ob, wann und mit wem sie Sex haben und ob und wann sie schwanger werden möchten. Es bedeutet außerdem die Freiheit, medizinische Dienste in Anspruch zu nehmen, wann immer man sie benötigt.

Selbstbestimmungsrechte werden global, aber auch innerhalb Europas immer wieder in Frage gestellt - die Türkei ist vor kurzem aus der Istanbul-Konvention ausgetreten, Polen möchte diesem Negativ-Beispiel folgen, erklärt Teile des Landes zu LGBTIQ-freie Zonen und verbaut den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch.

Auch in Österreich sind wir noch nicht bei vollständiger Selbstbestimmung und der Gleichstellung der Geschlechter angekommen. Deshalb ist es besonders wichtig sich für eine umfassende und zeitgemäße sexuelle Bildung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere zur Förderung der Gesundheitskompetenzen einzusetzen, sowie für kostenfreien Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und Verhütungsberatung für alle.

- umfassende sexuelle Bildung von Kindern und Jugendlichen in Österreich, insbesondere zur Förderung der Gesundheitskompetenzen
- kostenfreier Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und Verhütungsberatung für alle
- First-Love-Einrichtungen auch in den ländlichen Regionen
- Zugang zu Möglichkeiten des (chirurgischen) Schwangerschaftsabbruches in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern
- Klares Nein zur Schwangerschaftsabbruch-Statistik
- Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafrecht
- adäquate Erhöhung der Basisförderung für UNFPA (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen) zur Sicherung der humanitären Hilfe im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, um körperliche Autonomie und Selbstbestimmung zu fördern

3.8. Für ein selbstbewusstes Körperbild

Soziale Medien sind bei uns allen beliebt - kurzweilige Videos, schöne Fotos, lustige Sprüche. Instagram, TikTok, Facebook sind omnipräsent. Insbesondere auf junge Frauen wird dadurch aber auch immer mehr Druck ausgeübt, wenn es um vermeintliche Körperideale geht und fragwürdige Challenges, die zum Mitmachen bewegen wollen. Der Oberschenkelgap oder die Bikinibrücke sind nur zwei von unzähligen Beispielen. Diese bunten Bilder und Challenges ver-

mitteln ein verzerrtes Gesellschaftsbild und rücken Body Shaming immer mehr in den Fokus. Das ist problematisch. Bodyshaming ist eine Form der Diskriminierung, Beleidigung und Demütigung von Menschen aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes. Menschen, die gesellschaftlich vorgegebene Vorstellungen von Attraktivität nicht erfüllen, werden abgewertet.

Auch hier gilt für uns der Grundsatz der Selbstbestimmung, denn es kann nicht sein, dass ein vermeintliches Ideal, das eigentlich keines ist, immer mehr Druck auf Frauen ausübt. Es ist gut so, wie wir sind, es ist gut so, wie wir aussehen. My Body My Choice.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Zielgruppenspezifische Angebote für persönliches Empowerment - speziell für junge Frauen
- Medienkompetenz ab der Volksschule implementieren und genderspezifische Aspekte mitaufnehmen
- Social-Media Kampagnen gegen Bodyshaming in Form von Videos, Fotos etc.

3.9. Für gleiche Chancen im Sport

Wer Sportberichterstattung in den Medien verfolgt, kann sich nur wundern: Warum sind Frauen so stark unterrepräsentiert? Dabei ist der Einfluss der Medien sehr wichtig, um Rollenbilder aufzubrechen und um positive Vorbilder zu schaffen.

Weltweit bekommen Sportlerinnen im Profi- sowie im Amateurbereich fehlende Wertschätzung. Sexismus und Ungerechtigkeiten sind an der Tagesordnung. Das zeigt sich in vielen Bereichen, so auch bei den hohen Gehaltsunterschieden oder in der höheren Förderung der Männer im Hochleistungssport.

Sexismus in der Sportberichterstattung zeigt sich auch in der Fokussierung auf Äußeres. Viele Sportlerinnen wehren sich dagegen und fordern mehr Anerkennung für ihre sportlichen Leistungen.

- Mehr Förderung von Frauen in Vereinen, auch im Hochleistungssport
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist auch im Sport ein Thema. Besonders die Prämienzahlungen bei Turnieren sind bei Männern um ein Vielfaches höher. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben.
- Kinderschutzkonzepte im Kinder-/und Jugendsport

3.10. Wir machen uns stark gegen Sexismus und treten gegen Hass im Netz auf

Patriarchale Muster sind in Österreich keineswegs überwunden. Frauen wehren sich und berichten über ihre Erfahrungen mit männlichem Machtmissbrauch und Alltagssexismus. Es ist egal ob es Ärzte, Generaldirektoren oder Medienmanager sind, Sexismus, Übergriffe, Herabwürdigungen, Machtmissbrauch sind in unserer Gesellschaft tabu.

Mädchen und Frauen sind besonders häufig von Hass im Netz betroffen. Das zeigen auch Zahlen der Beratungsstelle „Hass im Netz in Österreich“. Über 80 Prozent der bei ZARA gemeldeten Cyber-Mobbing-Fälle richteten sich gegen Mädchen und Frauen. Laut einer Studie des Instituts für Jugendkulturforschung über sexuelle Belästigung im Internet und Cyber-Grooming in den Lebenswelten der 11 bis 18-jährigen, haben unter 27% aller befragten Kinder und Jugendlichen in Österreich schon mindestens einmal sexuelle Belästigung im Internet erlebt, wobei Mädchen mit 40 Prozent dreimal häufiger betroffen sind als Burschen.

Viele Mädchen und Frauen verlassen auf Grund von negativen Erfahrungen das Netz. Effektive Maßnahmen gegen Hass im Netz sind daher eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Kampagnen und Projekte, die ein positives Burschen- und Männerbild vermitteln
- Information und Hilfestellung in der Schule
- Hilfestellung für Betriebe und Betriebsrät*innen im Umgang mit Sexismus
- mehr Präventions- und Sensibilisierungsarbeit auf allen Ebenen - an Schulen, in Behörden und in verschiedenen Organisationen
- mehr Mittel für eine personelle Aufstockung in den Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung von Hass im Netz

3.11. Ein Leben frei von Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist kein privates, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Am häufigsten findet Gewalt gegen Frauen in der Familie, in den eigenen vier Wänden statt. Die Corona-Krise hat diese Situation zusätzlich verschärft. Eine Serie an Femiziden hat uns tief erschüttert. Diese Gewalt mitten in unserer Gesellschaft muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Dabei braucht es Gewaltschutz, aber vor allem auch Präventionsarbeit.

Erst nach anhaltendem Druck der SPÖ und der Gewaltschutzeinrichtungen hat die Regierung eine Erhöhung der Mittel um 24,6 Mio. Euro für den Gewaltschutz angekündigt. Das kann angesichts der dramatischen Situation nur ein erster Schritt sein.

Ein wichtiger Schritt ist im Bereich der Justiz gelungen. Auf Initiative der SPÖ wurde im Nationalrat einstimmig ein Antrag auf eine stärkere Einbeziehung von Gewaltschutz in die Ausbildung von Richter*innen beschlossen. Jede Frau muss sicher leben können. Das ist die Verantwortung der Politik.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Hochrisikofallkonferenzen in ganz Österreich
- 228 Millionen für den Gewaltschutz: Diese Summe würde die Umsetzung der Istanbul Konvention bedeuten und damit ein echter Gewaltschutz in Österreich. Gewalt- und Opferschutzeinrichtungen hätten mit diesem Geld nachhaltige Planungssicherheit.
- Ausbau der Frauen- und Mädchenberatungsstellen in allen Bundesländern und Sicherstellung der Basisfinanzierung
- mehr Frauenhausplätze und Übergangswohnungen in allen Bundesländern
- Stärkung der Prozessbegleitung
- Ausbau von Antigewalttrainings
- verbindlicher Richtlinien-Katalog für Strafverfolgungsbehörden
- sofortige Einrichtung eines ständigen Krisenstabes von Frauen-, Innen- und Justizministerium sowie im Gewaltschutz tätiger Organisationen
- Österreich muss seinen Verpflichtungen im Rahmen der Istanbul-Konvention nachkommen

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN



RESOLUTIONEN

Kapitel 2: Frauen und die Coronakrise

Antrag 2: Frauen und Corona: Wie Corona Frauen - und Familienpolitik bedroht!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Nicht Corona bedroht die Errungenschaften moderner Frauen- und Familienpolitik, sondern Starrheit, Sturheit und Angst. Es sind die starren Strukturen, die wir schon seit Jahren versuchen zu verändern. Frauenquote und Chancengleichheit, faire Bezahlung und Väterkarenz - diese Forderungen sind mittlerweile hinlänglich bekannt.

Hinlänglich bekannt ist auch das starre Festhalten konservativer Kräfte an „traditioneller“ Familienpolitik, an Vater, Mutter, zwei Kinder und ein Hund. Der springende Punkt: Hier wird mit allen Kräften stur an einem Weltbild festgehalten, das der Realität schon lange nicht mehr entspricht. Das ist keine pragmatische, keine nachhaltige Politik - sondern reine Ideologie. „Das haben wir schon die letzten hundert Jahre so gemacht - das passt sicher auch die nächsten hundert Jahre“ - ist kein Argument, sondern ein Ticket in den Untergang.

Übertrieben? Gewalt, Missbrauch, Unterdrückung, Ausbeutung, physischer und psychischer Stress, Mehrfachbelastungen. Sind das nicht die Probleme, denen wir uns ganz dringend stellen müssen - nach dem gefühlten x-ten harten, weichen oder „was-weiß-ich-was“ Lockdown? Die Probleme gab es alle schon vor Corona, aber durch die Pandemie wurden sie verdichtet, komprimiert und es wurden Ungerechtigkeiten sichtbar, die wir unter normalen Umständen so gerne übersehen.

Feminismus ist nicht die Formel für ein erfolgreiches Leben, keine Form der Selbstoptimierung und kein Ausdruck individueller Weiblichkeit - sondern schlicht das Aufzeigen und Ändern von patriarchalen Strukturen, die Männer bevorzugen. Strukturen, die es zu ändern gilt. Es geht beim Feminismus eben nicht darum, den Alltag erfolgreich zu managen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen und dabei noch ein glückliches, selbstbestimmtes Leben zu führen. Es geht um ungleiche Bezahlung, strukturelle Gewalt, Sexualisierung, Ausbeutung und Unterdrückung. Es geht um das Einfordern eines Menschenrechtes auf gleiche Behandlung - das ist Feminismus und das fordern wir ein, so schnell wie möglich!

Wir müssen uns endlich dazu ermächtigen Arbeit - generell - neu zu bewerten! Es kann doch nicht sein, dass wir in „leichte“ oder „schwere“ Berufe unterscheiden! Kann jemand hinreichend und sinnvoll erklären, was an einer 12-Stunden Schicht im Handel „leicht“ sein soll?

Ganz abgesehen von der sogenannten „unbezahlten Arbeit“, mit den Klassikern: Kindererziehung, Haushalt, Pflege! Wer verrichtet diese Arbeit immer noch in der Mehrzahl? Frauen!

Egal, wie man es dreht und wendet, Frauen bekommen aufgrund ihres Geschlechts weniger für ihre Arbeit bezahlt als Männer. Die Pandemie verschärft die Situation. Frauen wissen oft nicht, was ihre männlichen Kollegen mit gleicher Qualifikation verdienen. Die Heimlichtuerei bei den Löhnen und Gehältern in Österreich hat bisher vor allem zwei Dinge gebracht: Sie bestärkt die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern und schwächt die Position von Arbeitnehmerinnen bei den Gehaltsverhandlungen. Daher ist Transparenz bei der Bezahlung unbedingt notwendig.

RESOLUTIONEN

Ungefragt und vielfach unbezahlt tragen die Frauen - wie niemand sonst in dieser Krise - die Gesellschaft und zahlen dafür einen viel zu hohen Preis. Sie reduzieren die Arbeitsstunden, erhöhen die Stunden bei der unbezahlten Arbeit und schlittern dadurch langsam in die Armut. Armut ist noch immer weiblich! Die Teilzeitarbeit, die Verdienstaufschläge, die niedrigen Löhne und die Pausen in der Erwerbstätigkeit wirken sich nicht nur kurz-, sondern langfristig auf die Zukunft vieler Frauen aus. Frauen sind auch einem höheren Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt als Männer!

Wir bedanken uns bei Systemerhalterinnen, klatschen Beifall und sagen Danke! Was ist vom Dank geblieben? Wo ist die Unterstützung für berufstätige, alleinerziehende Mütter? Wo sind die Gehaltserhöhungen für die Pflegerinnen und Supermarktangestellte, wo ist endlich die Lohngerechtigkeit zwischen Mann und Frau?

Die Corona-Krise hat ein enormes regressives Potenzial. Die grassierende Arbeitslosigkeit bei bestehender Lohnungleichheit begünstigt das Modell: Frau zu Hause, Mann bei der Arbeit. Lassen wir nicht zu, dass wir aus der Krise heraus in alte Rollenbilder fallen, sondern nutzen wir die Möglichkeit, aus der Krise heraus neue Möglichkeiten zu öffnen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- ein gerechteres und höheres Fraueneinkommen (kollektivvertragliche 1.700 steuerfrei).
- die Neubewertung von Arbeit
- die partnerschaftliche Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit
- einen Schlüssel für gerechte Bezahlung = Transparenz.
- eine ganzjährige, ganztägige kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung
- einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Lebensjahr
- volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 3: Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie: Ausbau der psychosozialen (Beratungs-) Angebote, Klinisch-Psychologische Behandlung und Psychotherapie auf e-Card

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Frauen stehen in der Pandemie vor großen Herausforderungen, nicht nur beruflich, sondern auch gesundheitlich! Sie sind von der Krise unterschiedlich und mehrfach betroffen. Vor allem durch Homeschooling und Homeoffice werden sie großen Belastungen ausgesetzt. Durch ihre Tätigkeit im Handel, in der Pflege und in der Betreuung kommt es zu einem erhöhten Ansteckungsrisiko. Ganz zu schweigen von den psychischen Belastungen, die durch die mehrfache Belastung, durch Gewaltbetroffenheit, existenziellen Sorgen und Zukunftsängsten noch zunehmen.

Bei einer krankheitswertigen Störung (Diagnose nach ICD 10) besteht die Möglichkeit, Kassenleistung für Psychotherapie in Anspruch zu nehmen. Fakt ist, dass Psychotherapien auf Krankenschein restlos ausgebucht und Wartezeiten von bis zu 7 oder 8 Monaten keine Seltenheit sind.

Oft vernachlässigen Frauen ihre eigene Gesundheit. Sie nehmen Vorsorgeuntersuchungen seltener in Anspruch, weil sie oft nicht wissen, ob sie Untersuchungen während eines Lock-Downs in Anspruch nehmen sollen oder nicht. Dies betrifft auch Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- klinisch-psychologische Behandlung in die Regelversorgung aufzunehmen
- die Psychotherapie auf e-Card auszubauen
- die psychosozialen (Beratungs-)Angebote für Frauen (Alleinerzieherinnen, behinderte Frauen, Schwangere, Frauen mit Migrationshintergrund) zu erhöhen, in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen sowie das Beratungsangebot transparent darzustellen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 4: **Echte Gleichstellung sofort!** **Frauen dürfen nicht Opfer der Corona-Krise sein!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Steiermark

Die SPÖ Frauen haben sich zum Ziel gesetzt, das Leben der Frauen in den verschiedensten Lebenswelten zu verbessern. Dies umfasst die Bereiche Arbeitswelt, Familie, Politik und Gesellschaft, Kultur, Bildung, Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Wirtschaft und Konsument*innenschutz sowie Schutz vor Gewalt. Trotz zahlreicher Errungenschaften ist noch vieles zu tun, um echte Gleichstellung und nicht nur Gleichberechtigung auf dem Papier, zwischen Mann und Frau zu erreichen.

Die rückwärtsgewandte Regierung von Türkis-Blau hat das Gegenteil gemacht und frauenpolitische Rückschritte gesetzt, die von der amtierenden Türkis-Grünen Regierung keineswegs korrigiert wurden.

Der tiefe Einschnitt in unser aller Leben durch die Corona Krise hat Ungerechtigkeiten, wie durch ein Brennglas betrachtet, zutage gebracht. Gleichzeitig ist die Gefahr gleichstellungspolitischer Rückschritte unübersehbar. Homeoffice, Homeschooling, etc. haben insbesondere die Frauen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gefordert und eine Retraditionalisierung der Rollen eingeleitet.

Dagegen setzen wir uns zur Wehr! Daher bringen wir einige unserer Forderungen wie folgt ein:
Denn wir wollen: Vorwärts und nicht zurück!

1. ARBEITSWELT

1.1 Lohngerechtigkeit

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der Bildung kräftig aufgeholt. Dennoch hält sich die klassische Rollenverteilung hartnäckig mit dem Ergebnis, dass Frauen mit Kindern unter 15 Jahren zu über 70 % Teilzeit arbeiten. Die Einkommensschere schließt sich nur langsam, selbst bei Vergleich der Vollzeitbeschäftigungen verdienen Frauen um 19,9 % weniger als Männer.

Die Ursachen für Lohnungerechtigkeiten sind vielfältig und so vielfältig müssen auch die Lösungsansätze sein.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine bessere Bezahlung von systemrelevanten Berufen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es besonders viele Frauen sind, die in sogenannten systemrelevanten Berufen tätig sind und das Land am Laufen halten. Die haben sich mehr als Klatschen vom Balkon verdient, sondern nachhaltig mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen. Ein Corona-Tausender wäre ein erstes Symbol der Anerkennung, eine Aufwertung über Kollektivvertrag die logische Konsequenz.
- Verbindliche Lohntransparenz um Vergleiche zu ermöglichen und um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, inkl. Sanktionen und Beweislastumkehr. Island hat gezeigt, wie es funktioniert.
- Wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen Gleichbehandlungsgesetze
- Mindestlohn von kollektivvertragliche 1.700 € steuerfrei
- Koppelung von öffentlichen Förderungen und Aufträgen an die Erfüllung von Gleichstellungszielen

- Verbesserte Anrechnung von Eltern-, Pflege- und Hospizkarenzen bei von der Dienstzeit abhängigen Ansprüchen (Gehälter, Vorrückungen, Urlaubsansprüche) volle Anrechnung auf die Pension

1.2 Faire Arbeitsbedingungen - keine unfreiwillige Teilzeit - aktive Arbeitsmarktförderung

In Teilzeit beschäftigte Frauen möchten zu einem großen Teil ihre Arbeitszeit verlängern, vollzeitbeschäftigte Frauen und Männer wollen immer öfter ihre Arbeitszeit verringern.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Umfassende Information, welche Auswirkungen Teilzeit auf den Erwerbsverlauf und die Pension hat
- Leichterem Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit und - auf Wunsch der Arbeitnehmer*innen - umgekehrt
- Bevor in einem Betrieb weitere Teilzeitstellen ausgeschrieben werden, muss Teilzeitbeschäftigten derselben Verwendungsgruppe eine Stundenaufstockung angeboten werden.
- Keine Sonntagsarbeitszeit außer in bestimmten Berufsfeldern mit entsprechender Abgeltung
- All-in-Verträge nur für überdurchschnittlich entlohnte Führungspositionen
- Verstärkung der Kontrollen durch Arbeitsinspektorate
- gleicher Stundenlohn für Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräfte (das betrifft z.B. Zuschläge, Zulagen, Sozialleistungen, Prämien und Sachleistungen)
- Rücknahme des generellen 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche, denn das darf nicht normal sein
- Verankerung von Frauenförderplänen als erzwingbare Betriebsvereinbarung und Voraussetzung für Subventionen und öffentliche Aufträge
- Quoten in Unternehmen, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen
- 50% - Widmung der AMS- und Wiederaufbaumittel (EU und Bund) für Frauenförderung - Einbindung eines Frauen-Beirates bei der Mittelvergabe
- Einführung der Aktion 40.000
- Berufsinformation forcieren, um Geschlechterstereotype zu überwinden
- wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping; insbesondere bei grenzüberschreitenden Arbeitskräfteeinsatz; Einhalten der Entsenderichtlinie stärker kontrollieren
- Unterbindung von Scheinselbstständigkeit; insbesondere bei Homeoffice
- Bundesweite Corona- und Pflegestiftungen; die Steiermark ist mit positivem Beispiel vorangegangen
- Weiterbildungsangebot für „working poor“

1.3 Die richtigen Antworten auf die Digitalisierung geben!

Die Arbeitszeit verkürzen statt verlängern

Die Produktivität pro Kopf hat sich durch Prozesse der Digitalisierung und Automatisierung rasant erhöht. Dies ist nicht zuletzt der Innovationskraft und der Lernbereitschaft der Beschäftigten zu verdanken. Demgegenüber steigt der Stress am Arbeitsplatz durch erhöhte Anforderungen an Konzentration und Ergebnisverantwortung. Weniger Arbeitskräfte müssen mehr leisten. Dadurch gehen auch viele Arbeitsplätze verloren.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Schrittweise Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Richtung 30 Stunden/Woche- das von der Bundespartei vorgeschlagene Konzept der 4 Tage/ Woche könnte ein 1. Schritt sein und auch der Corona bedingten Ausgangslage gerecht werden.

RESOLUTIONEN

- Volle Überstundenzuschläge ab der ersten Stunde über der vereinbarten Arbeitszeit
- Bezahlte Dienstfreistellungen zur Weiterbildung insbesondere um mit Digitalisierungsprozessen Schritt halten zu können
- Bildungsoffensive im Bereich Digitalisierung für alle Generationen
- 6. Urlaubswoche für alle Beschäftigten
- Wertschöpfungsabgabe bzw. produktivitätsorientiertes Abgaben- und Steuersystem

1.4. Gerechte Pensionen

- Hände weg von den Witwen- und Waisenpensionen
- Mindestpensionen und kleinere Pensionen regelmäßig nach dem „Senior*innenindex“ (=Lebenshaltungskosten von Senior*innen) anheben. Die Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes von den 15 besten auf 40 Jahre (unter Schwarz- Blau) war der größte Einschnitt in Frauenpensionen. Wir fordern dies zu korrigieren!
- Volle Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten auf die Pensionshöhe.

2. FAMILIE

2.1 Modernes Familienbild

Die SPÖ Frauen stehen für einen weiten Familienbegriff, der den Lebensrealitäten der Menschen tatsächlich gerecht wird. Wenn zwei oder mehr Menschen miteinander leben, füreinander Verantwortung übernehmen, einander Beistand leisten, ist dies wertvoll und verdient den Respekt der Gesellschaft. Unabhängig davon, ob diese miteinander verheiratet sind oder nicht oder ob sie gleich- oder verschiedengeschlechtlich sind. Auch die Persönlichkeitsrechte von Personen, die sich keinem Geschlecht zuordnen, gehören respektiert! Ebenfalls muss ein partnerschaftliches Rollenverständnis in allen Lebensphasen vermittelt werden.

Daher fordern die SPÖ Frauen, dass der Gesetzgeber dem auf allen Ebenen Rechnung trägt.

2.2 Familienarbeit aufteilen

Frauen leisten den Großteil unbezahlter Familienarbeit. Die Folgen sind berufliche Nachteile sowie Überlastung und gesundheitliche Beeinträchtigungen. Familienarbeit muss stärker zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden, bzw. muss die öffentliche Infrastruktur für Familien gestärkt werden.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausreichend Mittel zum Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen und ganztägiger Schulformen: Ziel ist die kostenfreie, flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit ganztägigen und ganzzjährigen Bildungseinrichtungen in der gesamten Steiermark;
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- und Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr;
- zweites verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr (als Bildungspflicht vom Bund finanziert);
- Entgeltfortzahlungsanspruch im Papamonat
- Gleicher Zugang zu Leistungen und rechtlichen Rahmenbedingungen für alle Familienformen in Österreich sicherstellen.
- Karenzmodell welches die Väterkarenz stärker fördert, zum Beispiel nach dem Vorbild von Dänemark (6-6-3) D.h.

Aufteilung der Karenzzeit Halbe-Halbe (6 + 6 Monate) und eine Restzeit (3 Monate), bei der man dann auswählen kann.

- Wirksamer Diskriminierungsschutz von Vätern, die Betreuungspflichten übernehmen.

2.3 Gerechter Unterhalt

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Lücken des derzeitigen Unterhaltsvorschussystems müssen rasch geschlossen werden- Ziel ist die Unterhaltssicherung bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit!
- Die Verfahren betreffend Kindes- und Ehegattenunterhalt sowie Besuchsrecht sind weiter zu beschleunigen
- Als Akutmaßnahme soll die Corona-bedingte Zwischenlösung ins Dauerrecht übernommen werden, dass staatlicher Unterhaltsvorschuss auch ohne vorherigen Exekutionstitel ausbezahlt wird.
- System-Umstellung auf Unterhaltsgarantie (z.B. Aufschlag zur Familienbeihilfe bis zum Regelbedarf, wenn Unterhaltsleistungen darunterliegen; Staat trägt Risiko der Uneinbringlichkeit).

2.4 Pflege

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Nachhaltige Finanzierung und Qualitätssicherung der Pflege
- Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige (finanziell und ideell) Möglichkeit der Anstellung mit sozialrechtlicher Absicherung und kollektivvertraglicher Entlohnung -
- Qualitätskriterien für die 24 Stunden-Pflege - Scheinselbstständigkeit mit unzureichender Vertretung in der Wirtschaftskammer in korrekte Dienstverhältnisse überführen.

3. GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE IN POLITIK, GESELLSCHAFT und KULTUR

Trotz einiger Etappenerfolge der SPÖ Frauen bedarf es weiterer Maßnahmen, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Höhe der Klubförderung/ Parteiförderung soll an die Erfüllung der Geschlechterquoten gekoppelt werden
- Die SPÖ strebt eine 50% Geschlechterquote auf allen Listen an- entsprechend dem weiblichen Bevölkerungsanteil
- Strukturen und Sitzungskultur auf Frauengerechtigkeit analysieren und ggf. verändern
- Gezielte Weiterbildungsprogramme anbieten z.B. für Gendersensibilität, Feminismus für (männliche) Führungskräfte in der Politik
- Unterstützung von Gemeinden in der Entwicklung und Realisierung von Frauenförderungsprogrammen
- Verbindliche Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichtsräten von Betrieben mit öffentlichen Beteiligungen sowie börsennotierten Unternehmen.
- Stärkung von Frauen in der Kultur: Gremien wie Jurien sind Geschlechter paritätisch zu besetzen. Ausschreibungskriterien haben Gleichstellungsziele zu verfolgen. Existenzsicherung von Künstler*innen.
- Einführung von Mutterschutzregelung und (Väter-)Karenz für Mandatar*innen; Digitale Abstimmung während der Abwesenheit ermöglichen.

RESOLUTIONEN

4. BILDUNG

Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der nicht erst mit Schuleintritt beginnt und auch nicht mit Ende der Schulzeit aufhört. Trotz vieler Fortschritte weist unser Bildungssystem noch immer großen Reformbedarf auf.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Höchstmögliche Qualitätsstandards in elementaren Bildungseinrichtungen betreffend Ausbildung und Rahmenbedingungen für Pädagog*innen und Betreuer*innen/Tageseltern.
- Ausbau des Angebots von ganztägigen Schulen in verschränkter Form, mit gesundem und regionalem Mittagessen, Sport und Kreativseinheiten (Schule ohne Schultasche)
- hochwertigen sexuelle Bildung nach zeitgemäßen Standards
- Eine gemeinsame Schule in der Sekundarstufe I (10- bis 14-Jährige)
- Mehr individuelle Förderung, auch um das Nachhilfeunwesen einzudämmen und Schulabbrüchen vorzubeugen
- Inklusionspädagogik als Norm für alle Schulsysteme
- Aufwertung der Lehre durch ein umfassendes Maßnahmenbündel: Anhebung niedriger Lehrlingsgehälter, Pädagogisch sinnvolle Berufsschulzeiten etc.
- Ausreichende Finanzierung unserer Universitäten und Fachhochschulen
- Erwachsenenbildungsinitiativen fortsetzen, insbesondere kostenfreie Basisbildung
- Grundsätzlich dürfen die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen, daher ist Kostenfreiheit von der elementaren Bildung bis zur Hochschulbildung anzustreben
- Corona bedingte Schließungen von Bildungseinrichtungen sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren- es müssen im Falle des Falles adäquate Betreuungsangebote gestellt werden!
- Bedarf von Ferienbetreuung einschließlich Übungseinheiten muss rechtzeitig erhoben und angeboten werden. Nicht nur bei Defiziten im Fach Deutsch.
- Soziales Lernen, Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösung, partnerschaftliches Rollenverständnis ohne Rollenstereotype, friedliches sowie konstruktives Zusammenleben, sollen selbstverständliche Bildungsinhalte in allen unseren Bildungseinrichtungen sein - von der elementaren Bildung bis zur Erwachsenenbildung.

5. GESUNDHEIT

Frauen sind durch Doppel- und Mehrfachbelastungen besonderen medizinischen Risiken ausgesetzt.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausweitung der Gender-Medizin-Forschung und Weiterbildung des medizinischen Personals
- Mehr Präventionsmaßnahmen als Kassenleistung z.B. HPV Impfung, Grippeimpfung etc. Lebensstilberatung,
- Aktualisierung der Liste der Berufskrankheiten, insbesondere bezüglich der Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates bei Pflegeberufen
- mehr Geld für den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung als Kassenleistung
- Wohnortnahe Versorgung durch Kassenärzt*innen sichern
- Keine Privatisierung der Gesundheitsvorsorge und eine Absage an die Zweiklassen- Medizin
- Gynäkologische Untersuchungen im Rahmen von Mutter-Kind-Pass Empfehlungen sollten von der Kasse übernommen werden, z.B. Organscreening, Früherkennung
- Ausbau Angebot Kinder- und Jugendpsychiatrie

6. MOBILITÄT

Nach Mobilitätsstudien nutzen Frauen öffentliche Verkehrsmittel stärker als Männer und legen im urbanen Raum auch mehr Wege mit dem Fahrrad zurück. Daher entspricht es dem Grundsatz von Gender Budgeting, mehr in den Ausbau einer bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und in Radwege zu investieren.

Daher fordern die SPÖ-Frauen dem verstärkt Rechnung zu tragen.

7. LEISTBARES UND LEBENSWERTES WOHNEN IN STADT UND LAND

Die Wohnkosten belasten das meist geringere Einkommen von Frauen überproportional höher als das von Männern. Kinder leben zumeist bei den Müttern und brauchen entsprechend Platz. Die stetig steigenden Wohnkosten bedeuten daher eine besondere Einschränkung der Lebensqualität, manchmal sogar der wirtschaftlichen Existenz von Frauen. Wohnen muss leistbar sein. Es braucht daher mehr günstige und bedürfnisgerechte Wohnungen. Dazu sind ein modernes Mietrecht und eine Wohnbaupolitik mit Kostendämpfungseffekten zu fordern.

Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört in die Verfassung. Es darf kein Spekulationsgeschäft sein; daher treten wir für eine Leerstandserhebung und - abgabe ein.

Mieterinnen, die wegen des Lockdown ihre Mieten nicht bezahlen können, dürfen nicht ihre Wohnung verlieren. Daher ist eine Verlängerung der Schutzmaßnahmen wie Mietstundungen und Delogierungsstopp dringend erforderlich.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ein Ausfallfonds muss her! (z.B. aus den Mitteln des Wiederaufbaus)

8. KONSUM UND UMWELT

Das Einkommen von Frauen fließt überproportional in den Konsum, da die Sparquote bei niedrigeren Einkommen naturgemäß niedriger ist und der Großteil des Fraueneinkommens erfahrungsgemäß für Familienaufwendungen ausgegeben wird.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- einen wirksameren Konsument*innenschutz, z.B. Sammelklagen
- Verstärkte Konsument*inneninformation
- klarere Produktkennzeichnung
- Abschaffung der Umsatzsteuer auf Menstruationsartikel

9. ARMUT, NICHT DIE ARMEN BEKÄMPFEN!

Armut ist in Österreich größtenteils weiblich und hat Kinder. Trotz vieler Maßnahmen soll Armut gar nicht erst entstehen. Dennoch braucht es ein Auffangnetz!

Daher menschenwürdige Mindestsicherung, die als Überbrückung und Sprungbrett in die Selbsterhaltungsfähigkeit fungiert. Hände weg von der Notstandshilfe! Missbrauchsbekämpfung ja, aber kein Generalverdacht! Ein Großteil der Empfängerinnen sind sogenannte Aufstockerinnen.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Armutsbekämpfung auf allen Ebenen.

10. SCHUTZ VOR GEWALT UND SEXISMUS

Frauen sind Hauptopfer von physischer wie psychischer Gewalt. Dabei werden die Gewaltformen immer vielschichtiger. Allen Formen von Gewalt ist entschieden entgegenzutreten. Gewalt in der Familie ist aufgrund der Häufigkeit verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Gewaltschutz muss, vor allem auf Bundesebene weiter intensiviert werden.

Daher fordern die SPÖ-Frauen:

- Präventionsmaßnahmen und Deeskalationsprogrammen schon in der Schule
- Verstärkung der (verpflichtenden) opferschutzorientierten Täterarbeit durch qualifizierte Einrichtungen insbesondere nach Wegweisungen, darüber hinaus die Forcierung präventiver Arbeit mit potentiellen Tätern und der Installierung eines bundesweiten, professionellen Gewaltnotrufs rund um die Uhr mit einfacher (3-stelliger), zentraler Nummer, finanziert vom Bund.
- Regelmäßige Fall- und Koordinierungskonferenzen von Straf- und Sozialbehörden, Gewaltschutzeinrichtungen, Gerichten, um treffsichere Gefährlichkeitsprognosen zu stellen.
- Einen geltenden Rechtsanspruch auf Schutz, Unterkunft und Therapie der Gewaltopfer weiter gewährleisten
- Ausreichende Dotierung der Gewaltschutzeinrichtungen und Einbeziehung der Expertise derer.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 4a: Vorwärts in eine gleichberechtigte Zukunft!

Eingebracht von den SPÖ-Frauen Wien

Corona verändert die Welt

Es war Anfang März des Jahres 2020, als das Leben der Menschen nicht nur in Österreich völlig auf den Kopf gestellt wurde. Das Corona-Virus führte quasi über Nacht zu einem völligen Lock-Down des öffentlichen Lebens - und dies war erst der Beginn einer Krise, deren Folgen auf lange Sicht gesehen auch zum jetzigen Zeitpunkt noch immer nicht absehbar sind.

Nichts ist mehr wie es war - die Pandemie hat das Leben nicht nur in Österreich, sondern weltweit nachhaltig verändert. Viele Menschen haben durch die Krise ihre Jobs verloren, sind in Kurzarbeit oder als Teil einer Risikogruppe in ihren Sozialkontakten auf ein Minimum beschränkt. Ganze Berufszweige verloren über Nacht ihre Existenzberechtigung.

Frauen* tragen die Krise

Von Tag 1 haben Frauen* diese Krise wie niemand sonst in unserer Gesellschaft getragen. Gesundheitswesen und Handel, Berufsbranchen, in welchen vorwiegend Frauen* beschäftigt sind, hielten unter hohen Gesundheitsrisiken und bei niedrigen Löhnen unsere Gesellschaft am Laufen. Mütter federten ab, was die öffentliche Hand nicht mehr leisten konnte. Das Zuhause wurde zu Kindergarten, Schule und Arbeitsplatz - Mütter wurden zu Elementarpädagog*innen, Lehrer*innen und Vollversorger*innen der Familie in all ihren Grundbedürfnissen. Neben der eigenen Arbeit wurden Kinder beschult, neben Telefonaten und Videocalls Kinder getröstet, Streitigkeiten geschlichtet, wurde gekocht und geputzt. Selbstbestimmung und Rückzugsmöglichkeiten waren mit einem Schlag weg - Frauen* waren mehr denn je die Erhalter*innen unserer Gesellschaft und das auf engstem Raum und für 24 Stunden am Tag.

Insbesondere für Alleinerzieher*innen war diese Situation oft kaum bewältigbar, da sie mehr denn je auf sich alleine gestellt waren. 24-Stunden Pfleger*innen und 24-Stunden Betreuer*innen aus anderen Ländern blieben, bei schlechter Bezahlung, wochenlang bei ihren Patient*innen, ohne ihre eigenen Familien zu sehen. International war der Zugang zu reproduktiver Gesundheit wie zu Verhütungsmitteln oder Schwangerschaftsabbrüchen oft in Gefahr, Gewalt gegen Frauen* stieg an. Quasi über Nacht wurden hunderttausende Frauen* in ein weibliches Rollenbild zurückkatalpultiert, das bereits mehrere Jahrzehnte zurückliegt. Corona brachte nicht nur das öffentliche Leben, sondern das Leben hunderttausender Frauen* in einen absoluten Ausnahmezustand.

Was die Frauen* in der Krise trugen, das trugen auch die Mädchen* mit: eine aktuelle Studie der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ zeigt auf, dass Mädchen* wesentlich stärker von der Pandemie betroffen sind als Buben*. Demnach lernten Mädchen* laut der Studie in dieser Zeit weniger in der Schule und mussten mehr im Haushalt und bei der Betreuung von Geschwistern mithelfen. Mit abnehmender Bildungsschicht verstärkte sich diese Kluft.

Vom Ausnahmezustand zur „neuen Normalität“

Die anfängliche Situation des Ausnahmezustands wurde von der türkis-grünen Bundesregierung bald zum geflügelten Wort der „neuen Normalität“ erklärt - eine trügerische Wortkombination, zumal die Pandemie für Frauen* weder etwas Neues noch etwas Normales mit sich bringt. Ganz im Gegenteil impliziert die Corona-Krise für Frauen* die Rück-

RESOLUTIONEN

kehr in eine alte, längst vergangene Zeit, in eine Zeit traditioneller Rollenbilder. Ein arbeitender Vater, der die Familie ernährt, eine Mutter, die sich um die gemeinsamen Kinder und um das Wohl der Familie kümmert.

Danke für Nichts

Stillschweigend nimmt die Bundesregierung diese Situation hin. Und das, obwohl die Krise Frauen* ganz besonders hart trifft: ein Großteil der Corona bedingten Arbeitslosen sind Frauen*, Frauen* in systemerhaltenden, frauen*spezifischen Berufsbranchen arbeiten nach wie vor bei niedrigem Lohn und unter hohen gesundheitlichen Risiken, ein faires „Halbe-Halbe“ bei unbezahlter Arbeit ist in weite Ferne gerückt. Ob auf der Regierungsbank oder in den beratenden Expertengremien: Es waren und sind Männer*, die in dieser Zeit ganz vorne stehen und die Entscheidungen treffen. Frauen* dürfen in der zweiten Reihe Platz nehmen. Von der Frauen*ministerin ist außer losen Phrasen nichts zu hören.

Wien, die Stadt der Frauen*

Im Gegensatz dazu reagierte die Stadt Wien auf allen Ebenen schnell: mit einer Unterstützungshotline für ältere Wiener*innen zur Unterstützung bei Einkäufen, einer Corona-Sorgenhotline, einem sofortiger Delogierungsstopp, einem erweiterten Angebot für wohnungslose Personen, die stete Beratung per Telefon oder E-Mail beim Frauenzentrum und zu Gewalt beim 24-StundenFrauennotruf, einem Künstler*innen Stipendium, Home-Office Unterstützung, einem Millionenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder einer Beteiligungs-GmbH zur Arbeitsplatzsicherung und vielem mehr trägt Wien die Menschen gut durch die Krise.

Obwohl zum Teil keine oder nur sehr wenige Kinder anwesend waren, wurde Kindergarten-Betreiber*innen die volle Förderung weiterbezahlt. Zusätzlich dazu wurden zwei Kindergarten-Sonderfinanzierungspakete in der Höhe von rund 20 Millionen Euro geschnürt, um Eltern Essens- oder sonstige Elternbeiträge zurückzuerstatten bzw. nicht zu verrechnen und damit Plätze für die Zeit nach der Krise zu sichern.

Nicht zuletzt wurden Frauen*vereine mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, um insbesondere Frauen* und Mädchen* in dieser Ausnahmesituation zu unterstützen. Und dies alles zusätzlich zur grundlegend guten Versorgung der Wiener*innen aufgrund des gut ausgebauten Systems öffentlicher Daseinsvorsorge, das Wien auch in schwierigsten Zeiten als funktionierende Stadt aufrechterhielt.

Gleichberechtigung als fragiles Konstrukt

Die Langzeitfolgen, welche die Corona-Pandemie für Frauen* nach sich zieht, sind auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar. Nach wie vor ist die Situation vieler Frauen* von Ungewissheit und großer Sorge um die Zukunft geprägt, der psychische Druck aufgrund der Mehrfachbelastung steigt. Mit Sicherheit kann jedoch bereits gesagt werden: Auch im 21. Jahrhundert ist Gleichberechtigung ein überaus fragiles Konstrukt und noch längst nicht vollends erreicht. Wird ein Baustein genommen, kommt es generell zum Erliegen.

Die Corona-Krise hat uns viel über die Situation von Frauen* in allen Lebensbereichen gezeigt. Gerade jetzt braucht es eine offensive, feministische Frau*politik, damit der Backlash sich nicht noch mehr verfestigt, sondern ganz im Gegenteil grundlegende Veränderungen herbeigeführt werden können, die uns in eine gleichberechtigte Zukunft führen. Frauen* sind durch die Krise am Arbeitsmarkt ganz besonders betroffen.

Viele Menschen haben durch die Corona-Krise ihren Job verloren. Ein Großteil der Arbeitslosen sowie Menschen in Kurzarbeit sind Frauen*. Dies wirkt sich nicht nur im Heute negativ aus, sondern hat auch langfristige Auswirkungen auf die Höhe der späteren Pension. Dennoch gibt es von Seiten der Bundesregierung kein eigens auf Frauen* zugeschnittenes Arbeitsmarktpaket oder nur die Ansage eines Pensionsplittings, dessen Form wir gänzlich ablehnen. Ein verpflichtendes Pensionsplitting bringt gerade bei niedrigen Einkommen nichts und ist kein wirkungsvolles Mittel, um Altersarmut von Frauen* zu verhindern.

Frauen* verdienen nach wie vor weniger als Männer*.

Frauen* verdienen noch immer weniger als Männer*. Und das nicht nur für gleiche Arbeit sondern, auch je nach Berufsbranche. Berufssparten, in denen ganz besonders viele Frauen* beschäftigt sind, sind auch besonders schlecht entlohnt. Die Entlohnung entspricht oft nicht mehr als einem „Zuverdienergehalt“. Wissenschaftliche Studien zeigen: das Grundgehalt steigt, je mehr Männer* in frauen*dominierten Berufsbranchen arbeiten.

Es waren vor allem die Frauen*, die im Handel und in Care-Berufen während der Corona-Krise sowohl die Grundversorgung als auch gesundheitliche Grundbedürfnisse abgesichert haben. Und das bei besonders niedriger Entlohnung.

Der lange Weg zum „Halbe-Halbe.“

Wie viel unbezahlte Arbeit Frauen* tatsächlich leisten, ist durch die Pandemie ebenfalls evident geworden. Mütter haben - neben ihrer eigenen Erwerbsarbeit - jene Lücke gefüllt, welche die öffentliche Hand nicht mehr füllen konnte. Dies zeigt ganz klar: Fällt das öffentliche Betreuungsnetz aus, sind es die Frauen*, die dafür einspringen. Damit nehmen sie auch Kündigungen oder Teilzeitarbeit, mit den bekannten langfristigen negativen Folgen in Kauf, was die finanzielle Abhängigkeit vom Partner erhöht.

Damit wird der Umstand verfestigt, dass Männer* nicht nur besser verdienen, sondern auch öfter in Vollzeit arbeiten als Frauen*. Auch hier schweigt die Regierung. Maßnahmen, die dazu beitragen die unbezahlte innerfamiliäre Arbeit besser zwischen den Geschlechtern zu verteilen und damit auch die Frauen* zu entlasten und ihnen ein faires Einkommen garantieren, sind bisher nicht angedacht.

Über Nacht zu traditionellen Rollenbildern.

Der Arbeitsplatz vieler Frauen* hat sich durch die Corona-Krise in die eigenen vier Wände verlagert. Emanzipierte Lebensmodelle kippten quasi über Nacht, viele Frauen* wurden wieder in ein traditionelles Rollenbild zurückgedrängt. Die Bundesregierung ignoriert auch diese Situation.

Viele Frauen* sind in ihrem Alltag überbelastet.

Der Spagat zwischen eigener Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit wie Kindererziehung, Pflege und Hausarbeit stellt für Frauen* eine große Belastung dar. Laut der letzten Eurostat-Zeitverwendungserhebung aus dem Jahr 2008 arbeiteten Frauen* in Österreich im Schnitt 32 Stunden pro Woche unbezahlt, Männer* lediglich die Hälfte. Während der Pandemie verrichteten Frauen* in Paarhaushalten im Schnitt neuneinhalb Stunden, Väter sieben Stunden unbezahlte Arbeit. Hinzu kommt die Zeit, die Frauen* pro Woche für Erwerbsarbeit aufwenden. Dies führt viele Frauen* in die Überbelastung. Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, Budgetmittel für eine Neuauflage der Eurostat-Studie zur Verfügung zu stellen und in effektive Maßnahmen für echtes „Halbe-Halbe“ zu investieren.

RESOLUTIONEN

Gleichstellungspolitik ist wichtiger denn je

Mehr denn je ist die Politik gefordert, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu schaffen. Bei jeder politischen Entscheidung und jedem Euro, der aus Steuergeld eingesetzt wird, muss im Sinn von Gender Budgeting die Gleichstellung von Mann* und Frau* berücksichtigt werden.

Die SPÖ-Frauen fordern daher: Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete müssen geschlechtergerecht sein.

Alle Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete müssen auf ihre geschlechtergerechte Verteilung hin geprüft und im Bedarfsfall entsprechend adaptiert werden. 50 Prozent des AMS-Förderbudgets sind dabei ausschließlich Frauen* zur Verfügung zu stellen. Im Zuge dessen muss auch das Arbeitslosengeld mit sofortiger Wirkung erhöht werden. Ebenso braucht es im Bereich der Aus- und Weiterbildung - am Vorbild des WAFF - entsprechende frauen*spezifische Schwerpunktsetzungen.

Einen Mindestlohn von 1.700 Euro für alle.

Beschäftigte in frauen*dominierten Berufssparten verdienen mehr als nur Applaus. Applaus schützt nicht vor Altersarmut und ermöglicht Frauen* kein unabhängiges Leben. All dies kann nur ein höherer Verdienst gewährleisten. Wir fordern daher einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro steuerfrei für alle Arbeitnehmer*innen.

Neue Arbeitsmodelle dürfen nicht die Kinderbetreuung ersetzen.

Obwohl sich der Arbeitsplatz vieler Frauen* in die eigenen vier Wände verlagert hat und neue Arbeitsmodelle entstanden sind, darf dies auch nach überstandener Corona-Krise nicht zum Anlass genommen werden, bei Kinderbildung zu sparen und die Betreuung der Kinder wieder ausschließlich den Frauen* zu überlassen - ganz im Gegenteil braucht es massive Investitionen in den ganztägigen Bildungsbereich.

Home-Office bedarf klarer arbeitsrechtlicher Regelungen.

Wir sagen ganz klar: Die Möglichkeit des Home-Office darf nicht zu einer Rückkehr in traditionelle Rollenbilder und damit zu prekären Lebenssituationen und Abhängigkeiten für Frauen* führen. Ein Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit ist das Gebot der Stunde, Home-Office darf in keinem Fall als Ersatz dafür angesehen werden. Das Zuhause ist gleich wie ein externer Arbeitsplatz zu bewerten. Es bedarf klarer arbeitsrechtlicher Home-Office-Regelungen.

Öffentliche Kindergärten sowie Ferienbetreuungsangebote müssen weiter ausgebaut werden.

Der Ausbau des öffentlichen Kindergartenangebots als entscheidender Faktor für die berufliche Unabhängigkeit von Frauen* muss - am Vorbild Wien - auch weiterhin aktiv vorangetrieben werden. Der beitragsfreie Kindergarten und die Gratis-Ganztagschule tragen ob ihrer flexiblen Öffnungszeiten maßgeblich zu einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Wien bei. Darüber hinaus müssen, analog zu den Wiener Summer City Camps und den Wiener Herbst Camps, flächendeckende Ferienbetreuungsangebote für Kinder geschaffen werden, um Familien auch in den Ferien zu entlasten.

Konjunkturprogramme müssen zur Entlastung von Frauen* beitragen.

Durch die öffentliche Hand finanzierte Konjunkturprogramme sind für den Ausbau von Bildungseinrichtungen, von Pflegeeinrichtungen sowie von öffentlichen Gesundheitsleistungen zu nutzen. Dies schafft Arbeitsplätze, unterstützt die dort beschäftigten Frauen* und hilft allen, die ihre Kinder und Angehörigen gut betreut wissen, Beruf und Job gut zu vereinbaren.

Gleichberechtigung in der digitalen Welt.

Frauen* dürfen nicht als Verliererinnen des Digitalisierungsprozesses dastehen. Frauen* müssen in punkto digitaler Kompetenz aktiv gefördert werden und sind gleichberechtigt in Forschung und Gestaltung der Digitalisierung einzubinden, um digitale Transformation aus Frauen*perspektive zu gestalten.

Eine Reduzierung der Normalarbeitszeit.

Frauen* müssen vor Überbelastung geschützt werden, da zu einem Großteil noch immer sie es sind, die sich neben Erwerbsarbeit um Haushalt, Kinder und Angehörige kümmern. Um Frauen* zu entlasten und ihnen trotzdem ein faires Einkommen zu garantieren, fordern wir eine Reduzierung der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich für alle. Am Ende wirkt sich dies für beide Geschlechter positiv aus und bewirkt eine gerechtere Aufteilung unbezahlter Arbeit.

Alle Frauen* müssen gut von ihrer Pension leben können.

Berufsunterbrechungen durch Kinderbetreuung und Pflege sowie Teilzeitarbeit sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Frauen* deutlich weniger Pension erhalten als Männer. Es braucht ein Pensionssystem nach den Regeln des Gender Budgetings unter Berücksichtigung der Erwerbsbiografien von Frauen.

Es braucht dringend eine Neuauflage der Eurostat-Zeitverwendungsstudie.

Um wichtige Aufschlüsse über die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erhalten, muss die Eurostat-Studie - wie in den meisten europäischen Ländern - 2020 bis 2022 auch in Österreich neu durchgeführt werden. Hierzu sind dringend die entsprechenden Budgetmittel von der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen.

Effektive Maßnahmen für echtes „Halbe-Halbe“.

Darüber hinaus muss in effektive Maßnahmen für eine gerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen Frauen* und Männern* investiert werden. Eine verkürzte Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ist ein wesentlicher Schritt, um echtes „Halbe-Halbe“ langfristig gesellschaftlich zu implementieren. Ebenso ist in bewusstseinsbildende Maßnahmen für eine gerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen Frauen* und Männern* zu investieren.

Selbstbestimmt leben - auch in Krisenzeiten.

Reproduktive Rechte und reproduktive Gesundheit müssen auch in Krisenzeiten für alle Frauen* garantiert werden. Der Zugang zu Verhütungsmitteln aber auch der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen muss gewährleistet sein,

RESOLUTIONEN

damit Frauen* selbstbestimmt leben können. Mit dem erleichterten Zugang zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch konnte in Österreich ein guter nächster Schritt gesetzt werden, dem jedoch weitere folgen müssen.

Unterstützung für Alleinerzieher*innen.

Alleinerzieher*innen - überwiegend Frauen* - sind von der Corona-Krise besonders betroffen. Sie müssen Doppel-, Dreifach- und sogar Vierfachbelastungen stemmen, wenn sie etwa noch Angehörigen pflegen müssen. Zudem sind Alleinerziehende auch wirtschaftlich besonders belastet, wenn etwa als Selbständige Einkommen wegfällt. Es benötigt deshalb ein rasches Maßnahmenpaket u.a. durch Unterstützung aus dem Familienhärteausfallfonds und einen Rechtsanspruch auf Betreuungszeit für die Kinder. Was es hier braucht, ist ein schnelles und unkompliziertes Krisenmanagement sowie unbürokratische Hilfestellungen für Alleinerziehende.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN



RESOLUTIONEN

Kapitel 3: Frauen und Arbeit

Antrag 5: Von der Würde der Frauen*arbeit

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Oberösterreich

Wir, die SPÖ Frauen stellen die Würde der Frauen*arbeit in den Mittelpunkt unseres Wirkens. Frauen*arbeit besteht aus bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Es ist eine Tatsache, dass Frauen nach wie vor zwei Drittel der **unbezahlten Arbeiten** leisten. Dies ist ein Hauptgrund, weswegen sie weniger Zeit für bezahlte **Erwerbsarbeit** aufbringen können.

Die Einkommensunterschiede **bei selbständiger und unselbständiger Arbeit** entstehen oftmals dadurch, dass Frauen Reproduktionsarbeit, wie etwa Kindererziehung, Pflege oder Hausarbeit unbezahlt leisten. Gleichzeitig schlittern sie dadurch in die Teilzeitfalle, was besonders in der **Pension** zu Frauenaltersarmut führt.

Durch diese Einkommensunterschiede entstehen auch Machtunterschiede und Abhängigkeiten zu Männern, wodurch Frauen unterdrückt werden und ihnen ein unabhängiges Leben unmöglich gemacht wird.

Mehr als jede zweite Unternehmensgründung wird von einer Frau vorgenommen, die Gründe sind vielfältig, sehr häufig liegen sie allerdings in einer erhofften flexibleren Zeiteinteilung insbesondere nach dem Wiedereinstieg infolge Karenz. Hier ist die Einkommensschere noch wesentlich höher, in manchen Branchen bei 40 %. Zudem sind immer mehr Frauen sogenannte Hybrid-Unternehmerinnen, also selbständig und gleichzeitig unselbständig tätig. Generell arbeiten mehr als die Hälfte aller Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

Arbeitszeitverkürzung auf eine 35h Woche und langfristig auf eine 30h Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Bereits Johanna Dohnal hat die Arbeitszeitreduzierung in den 70-er Jahren des vorigen Jahrhunderts als notwendige Maßnahme zur besseren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit genannt. Nun ist es an der Zeit, diese Vision in die Tat umzusetzen!

- Rücknahme der Karfreitagsregelung, sowie vollständige Rücknahme der 2018 beschlossenen Novelle zum Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetz.
- Durchführung einer Zeitverwendungsstudie, die die Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern erhebt. Die letzte Studie wurde 2008/2009 durchgeführt und wir brauchen dringend aktuelle Daten!
- Partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit.
- Fortbildungsmaßnahmen in der Karenz, die einen Wiedereinstieg erleichtern und vom Arbeitgeber/von der Arbeitgeberin finanziert werden müssen.
- Mindestlohn kollektivvertragliche 1.700,- Euro steuerfrei.
- Soziale Absicherung von Frauen, die in plattformbasierten Bereichen arbeiten (Crowdworking, Clickworking...) und im künstlerischen Bereich.
- Eine Leistungsharmonisierung bei der Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS) für eine bessere soziale Absicherung von Selbstständigen und Ein-Personen-Unternehmen durch die Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehaltes bei Arzt/-Ärztinnenbesuchen und die Einführung von Krankengeld und Betriebshilfen für Ein-Personen-Unternehmen sowie Anspruch auf Mutterschutz und auf Wochengeld.
- Die Streichung aller Selbstbehalte, sowie die Umsetzung des Aktionsplans Frauengesundheit.
- Eine 6. Urlaubswoche für ALLE
- Frauen: tretet der Gewerkschaft bei! Eine Erhöhung der weiblichen Mitgliederzahlen verleiht auch unseren Forderungen zur Veränderung in der Arbeitswelt mehr Gewicht.

RESOLUTIONEN

Für die Familien in Oberösterreich braucht es **Bildungs- und Kinderbetreuungsstrukturen**, in welchen der Staat beziehungsweise die gesamte Gesellschaft es als Aufgabe und Verantwortung sieht, Kindern und Jugendlichen eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung zu garantieren. Dadurch soll diese Verantwortung nicht länger bloß unbezahlt von Frauen verrichtet werden, sondern in öffentlichen Einrichtungen stattfinden. Zudem muss klar sein, dass **Pflege** nicht etwas ist, dem sich Frauen neben zahlreichen anderen Aufgaben zu Hause widmen. Stattdessen sollen hier professionell bezahlte Pflegekräfte jene Arbeit übernehmen, der sich derzeit häufig Frauen unbezahlt annehmen. 80% der Pflegearbeit in Österreich lastet auf den Frauen, die diese Arbeit zu Hause und in professionellen Einrichtungen leisten. Ein nationaler Pflegeplan muss einen Ausbau der professionellen Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (von mobil bis stationär), finanziert aus Bundessteuern, beinhalten. Nur durch eine Attraktivierung der Pflegeberufe (bessere Bezahlung, Arbeitszeitverkürzung) wird es gelingen, mehr Menschen für diese Aufgabe zu gewinnen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Schaffung der Ressourcen für ein ganztägiges, ganzjähriges, flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Kinderbildungsangebot für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Dieses Angebot hat kostenlos zur Verfügung zu stehen und es muss einen Rechtsanspruch darauf geben.
- Ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für alle Kinderbildungseinrichtungen in Österreich, mit kindgerechten einheitlichen Gruppengrößen, Öffnungszeiten, Finanzierung und einer Anhebung der Betreuungsschlüssel.
- Mehr Personal in allen Bildungseinrichtungen (Verwaltungspersonal, Kindergartenpädagog*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen).
- Mobile Kinderbetreuung für erkrankte Kinder zu Hause.
- Einen nationalen Pflegeplan, der professionelle Unterstützung für die Pflege daheim vorsieht, sowie ausreichende Pflegeeinrichtungen mit gesicherter Finanzierung und genügend Personal mit besseren Arbeitsbedingungen.
- Bei Unternehmer*innen muss die Vorlage eines Gewerbescheines oder Finanzamtsbestätigung anstatt einer Arbeitsbestätigung zur Vorlage bei der Bewerbung um einen Kinderbetreuungsplatz gelten.

Den Umstand, dass es so etwas wie „**Frauenarbeit**“ gibt, die durch **schlechte Bezahlung**, prekäre Bedingungen und Teilzeit gekennzeichnet ist, werden wir abschaffen. Dazu braucht es nicht nur ökonomische Unabhängigkeit für Frauen, sondern auch eine Veränderung in der Gesellschaft. Denn **Geschlechterrollen**, die für Zuordnungen wie typisch „männlich/weiblich“ und in Folge dessen zu einer sexistischen Arbeitsteilung in der Arbeitswelt sorgen, werden wir durch Bildung und Sensibilisierung abschaffen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Stärkere Anhebung der Gehälter in frauendominierten Branchen (Produktions- und Dienstleistungssektor, Gesundheit, Pflege, Soziales, Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen), um deren hohen Stellenwert in der Gesellschaft endlich auch monetär wieder zu spiegeln!
- Ein Lohntransparenzgesetz, das den Beschäftigten in Unternehmen Einsicht in die Löhne der Mitarbeiter*innen gewährt, sowie das Verbot von unterschiedlicher Bezahlung von Männern und Frauen, belegt mit hohen Strafzahlungen - nach dem isländischen Modell.
- Gendersensible Bildungsarbeit in Bildungseinrichtungen. Das ist eine wirkungsvolle Maßnahme, um Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit zu vermitteln. Daher fordern wir den Auf- und Ausbau entsprechender Programme an Schulen und Kinderbildungseinrichtungen.

Schulbetrieb darf nicht zum Familienbetrieb werden

Die derzeitige **Corona-Krisen-Situation** zeigt: Frauen sind Systemerhalterinnen, deren Arbeit für das Funktionieren unserer Gesellschaft extrem wichtig ist. Frauen arbeiten vermehrt im Gesundheitsbereich und im Handel, wo sie einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Zugleich handelt es sich um den absoluten Niedriglohnbereich mit stark wechselnden Arbeitszeiten und Randarbeitszeiten (Wochenend- und Nachtdienste), sowie mit prekären Anstellungen. Doch anstatt höherer Löhne, sind seit Beginn der Krise überwiegend Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie sind die ersten, die gekündigt werden oder kündigen müssen. Ein Grund dafür ist die Kinderbetreuung. Abgesehen von der anfallenden Hausarbeit verbringen die Frauen mehr Stunden mit Homeschooling und Kinderbetreuung als Männer. Die Regierung ist selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Frauen das gratis leisten und haben Frauen zu Bittstellern degradiert. Anstelle eines überlegten Systems für Kinderbetreuung gab es eine Einmalzahlung und keinen Rechtsanspruch auf Betreuungsfreistellung gegenüber dem Arbeitgeber.

Die SPÖ Frauen fordern daher:

- Ein Sozial- und Bildungssystem, das auch krisensicher ist. Bei der nächsten Krise darf es nicht sein, dass Frauen selbstverständlich all jene Aufgaben unbezahlt übernehmen müssen, welche der Staat nicht erledigt. Es braucht einen klaren Krisenfahrplan, anstatt der Schließung von Bildungseinrichtungen.
- All jene Frauen, die sich in der Krise um minderjährige Kinder kümmern, soll ein Jahr Kindererziehungszeit zur Pension angerechnet werden.
- Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und sinnvolle Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose, um eine möglichst rasche Wiedereingliederung auf den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die Corona-Krise hat klar gezeigt, welche Schwachstellen das derzeitige System hat und dass es maßgebliche Veränderungen braucht. Wir als SP-Frauen sind die Vorreiterinnen für die längst notwendigen Erneuerungen!

Frauen haben ein Recht auf eine gleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie auf einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Pflege. **Frauen und Männer müssen gleichviel beitragen können zu einer solidarischen, funktionierenden Gesellschaft - nur so wird es echte Gleichberechtigung geben.**

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 6: Frauen fordern bessere Arbeitsbedingungen!

Eingebracht von: Gewerkschafter*innen in der SPÖ

Ohne den Einsatz von Frauen könnte das öffentliche Leben in Österreich in Zeiten der Corona-Krise kaum aufrechterhalten werden. Denn egal ob im Handel, im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Bereich der Elementarbildung, in der Produktion oder der Reinigungsbranche: Der überwiegende Teil der Beschäftigten ist weiblich. Und besonders in den weiblich dominierten Bereichen sind derzeit „Einsatz, Mut sowie Improvisations- und Organisationstalent gefragt, um den beruflichen Alltag zu meistern“, schreibt die deutsche Statistik-Agentur Statista. Während die Krankenpflegerinnen gemeinsam mit den Ärztinnen an vorderster Front im Kampf gegen Corona stehen, bilden und begleiten Lehrerinnen und Beschäftigte in den elementaren Bildungseinrichtungen Kinder, denn sonst wüssten die Eltern nicht, wie sie aufgrund von geschlossenen Schulen und Kindergärten Beruf und Privatleben organisieren sollten. Die Beschäftigten brauchen dringend bessere Arbeitsbedingungen: Wir stünden jetzt vor einem Kollaps, wenn Frauen die absolut systemrelevanten Jobs sowie die Arbeit in der Pflege und Betreuung nicht übernommen hätten und noch weiter übernehmen würden.

Bereits vor der Corona-Krise haben die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich auf bessere Arbeitsbedingungen gepocht. Ihr Kampf um eine 35-Stunden-Woche führte sie sogar österreichweit auf die Straße. Denn auch ohne Ansteckungsgefahr ist ihr Job psychisch sowie physisch sehr belastend. Viele können daher nur in Teilzeit arbeiten und müssen finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Spätestens jetzt muss aber allen klar sein, was Frauen leisten, und deshalb sollten sie nicht länger um Wertschätzung und Anerkennung betteln müssen.

Bleiben die Arbeitsbedingungen nach der Corona-Krise unverändert, besteht die Gefahr, dass künftig auch Frauen den sozialen Berufen den Rücken kehren werden. Und dann haben wir in Österreich eine Krise - und zwar auch ohne Virus. Die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich müssen daher dringend verbessert werden. Dies gilt auch für viele andere systemerhaltende Berufe. Neben kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen und Gehältern braucht es vor allem die Entlastung durch zusätzliches Personal.

Arbeiten im Homeoffice ist in der Corona-Krise zu einer der prägendsten Arbeitsformen geworden und wird auch in Zukunft ein wesentlicher Teil unserer Arbeitswelt sein. Umso wichtiger ist es, dass die Bedingungen für Homeoffice gesetzlich und durch erzwingbare Betriebsvereinbarungen geregelt sind. Homeoffice hat Vorteile, birgt aber auch viele Gefahren - gerade für Frauen. Seit mehr als einem Jahr sind besonders Arbeitnehmerinnen im Homeoffice von einer enormen Mehrfachbelastung betroffen, zusätzlich zu ihrer Arbeit stemmen sie noch: Kinderbetreuung, Homeschooling, Haushalt, Pflege von Angehörigen. Studien zufolge wurden diese Arbeiten während des Lockdowns überwiegend von Frauen übernommen, Frauen arbeiteten in dieser Zeit pro Tag zweieinhalb Stunden mehr unbezahlt als Männer³. Das kann und darf nicht zum Dauerzustand werden.

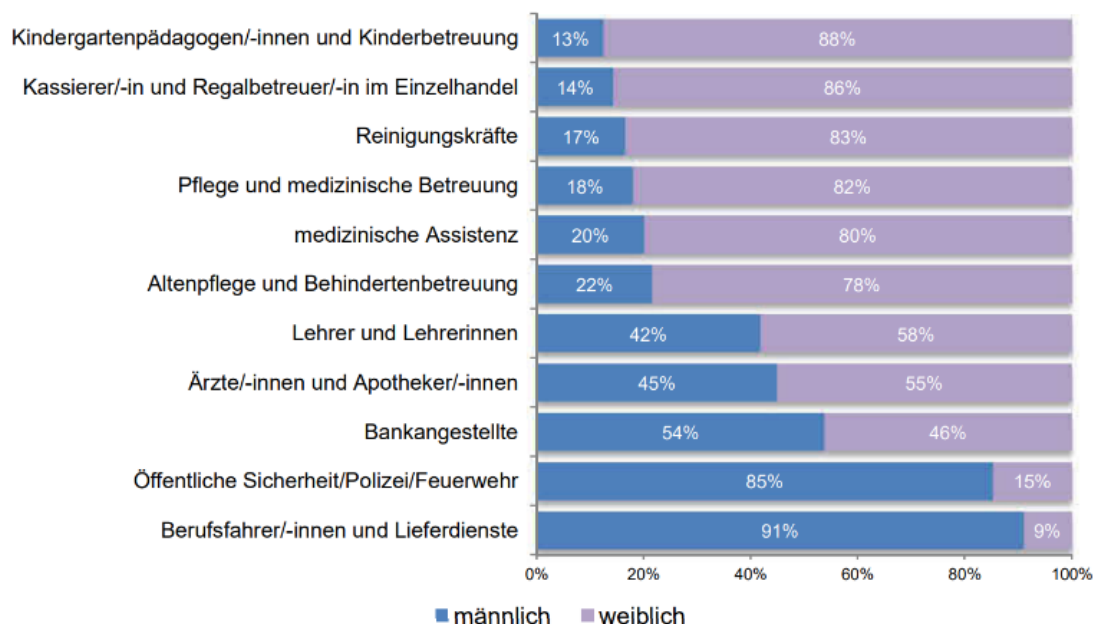
Gleichzeitig zeigt sich, dass die psychischen Belastungen extrem zugenommen haben und die bereits bestehenden frauenspezifischen Probleme durch die Corona-Krise noch zusätzlich verschärft wurden: soziale und ökonomische Belastungen sowie Gewalterfahrungen führen zu einem enormen psychischen Stress bei Frauen⁴.

Der Kampf um gesunde Arbeitsbedingungen und bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist gerade aus den Erfahrungen der Corona-Krise wichtiger denn je.

3 <https://www.arbeiterkammer.at/unbezahlte-arbeit-im-lockdown>

4 <https://www.wien.gv.at/gesundheit/beratung-vorsorge/frauen/frauengesundheit/pdf/frauengesundheit-corona.pdf>

In der Corona-Krise waren 2020 mehr als die Hälfte der Österreicher*innen krank arbeiten. Durch Homeoffice und mobile Arbeit werden die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, Gesundheit und Krankheit, Arbeit und Privatem immer mehr aufgeweicht. Wer krank arbeitet, kann nicht gesund bis zur Pension durchhalten. Ebenso kann Homeoffice dazu



beitragen, dass Frauen Karrieremöglichkeiten verwehrt bleiben. Ständige Erreichbarkeit wird von vielen Arbeitgebern eingefordert, deshalb ist es wichtig, hier klare Grenzen zu setzen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Homeoffice-Regelungen sind auszubauen, z.B. durch erzwingbare Betriebsvereinbarungen.
- Homeoffice kann niemals Kinderbildung/Kinderbetreuung ersetzen, das Sozialpartner-Papier „Gemeinsam für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.
- Karrieremöglichkeiten müssen für Frauen, die im Homeoffice arbeiten, weiterhin offenstehen - Frauenförderpläne müssen auch in den neuen Arbeitsformen greifen.
- Gelebtes Recht auf Nicht-Erreichbarkeit in Freizeit, Urlaub und Krankenstand
- Die Berücksichtigung der individuellen Wohnsituation

FFP2-Masken tragen, Abstand halten und sich so vor einer Corona-Infektion zu schützen ist in vielen Berufen und Branchen eine große Herausforderung. Alle Arbeitnehmer*innen müssen das Recht haben, bestmöglich vor einer Infektion geschützt zu sein. Schwangere Arbeitnehmerinnen sind hier besonders gefährdet. Generell wissen wir, dass schlechte Arbeitsbedingungen psychische und physische Erkrankungen auslösen. Gerade in den systemrelevanten Branchen wie dem Handel, der Elementarpädagogik oder den Sozial- und Gesundheitsberufen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, fehlt es an Personal und an Wertschätzung für die so wichtige Arbeit in der Gesellschaft. Auch die geringe Bezahlung ist ein großes Problem. Oft ist es für die Beschäftigten sehr schwierig, ihr Arbeits- und Privatleben zu vereinbaren, da Dienstpläne oft sehr kurzfristig erstellt werden.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Arbeitnehmer*innen müssen bestmöglich vor einer Corona-Infektion geschützt werden.
- Die Möglichkeit auf einen vorgezogenen Mutterschutz unter Wahrung aller finanziellen Ansprüche für alle berufstätigen Schwangeren während der Corona Krise.
- Arbeitsbedingungen, die es Menschen ermöglichen, gesund bis zum Pensionsantritt zu arbeiten.
- Eine Gesundheitsoffensive für Frauen: Werbe-Offensive für Vorsorgeuntersuchungen, Ausbau der Psychotherapie auf e-Card und des allgemeinen psycho-sozialen Angebots, mehr Investitionen im Bereich der Gender-Medizin
- Das Recht auf Aus- und Weiterbildungen, insbesondere Weiterqualifizierung von an- und ungelernten Arbeitnehmerinnen speziell in der Digitalisierung mit dem Ziel der Erhaltung von Frauenarbeitsplätzen
- Die Sicherstellung einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt
- Die Entlastung der Beschäftigten durch mehr Personal
- Bessere Arbeitszeiten:
 - o Bessere Planbarkeit bei Arbeitszeiten (Dienstpläne)
 - o Keine geteilten Dienste - keine Dienste zu Randzeiten
 - o Formen der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich (6. Urlaubswoche, Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit etc.)
 - o Verbesserung und Ausweitung von Altersteilzeitmodellen
- Die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
- Ein Familienarbeitszeitmodell mit der Zielsetzung der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit
- Ein Bundeseinheitliches Rahmengesetz für die Elementarpädagogik
- Flächendeckende und kostengünstige Ferienbetreuung für alle Kinder
- Mehr Anstrengungen und massive Erhöhung der Mittel von Seiten der Regierung und Länder beim Kampf gegen häusliche Gewalt sowie die rasche Umsetzung der Istanbul-Konvention (Ausbau Gewaltschutzzentren, Ausbau Frauenhäuser, Ausbau Frauenberatungsstellen, Job- und Ausbildungsinitiative in der Gewaltprävention etc.)
- Die bessere Bewertung von Arbeit in Branchen mit hohem Frauenanteil
- Mehr Wertschätzung der geleisteten Arbeit durch eine bessere Arbeitsbewertung und faire Bezahlung
- Kollektivvertraglicher Mindestlohn von € 1.700,00 steuerfrei

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 7: Frauen am Limit - und es wird nicht einmal mehr geklatscht!

Eingebracht von: Gewerkschafter*innen in der SPÖ

Die Corona Krise hat den Scheinwerfer ganz deutlich auf die extrem starken Nachteile von Frauen am Arbeitsmarkt gerichtet: Frauen arbeiten vielfach in systemerhaltenden Bereichen, oft unter ungesunden Arbeitsbedingungen und mit unangemessen niedriger Entlohnung. Am Beginn der Krise hat dieses Scheinwerferlicht geholfen, die Leistungen und die schwierige Situation der Frauen in den Sozial- und Gesundheitsberufen, in der Pflege, im Handel, in der Kinderbildung und in der Produktion besonders sichtbar zu machen.

Systemrelevante Berufe: in acht von elf als systemrelevant eingestuften Berufen arbeiten überwiegend Frauen.⁵

Eine große Welle der Wertschätzung hat sich daraus entwickelt, die in begeistertem Applaus der Menschen im ganzen Land gemündet hat. Daraus schöpften Frauen berechtigte Hoffnung, dass es nun endlich zu einer Verbesserung ihrer Arbeitssituation und Bezahlung kommen wird. Ein Corona-Krisenjahr später hat sich die Situation allerdings nicht verbessert. Die Forderung nach finanzieller Anerkennung der Zusatzbelastung - zumindest durch Zahlung eines „Corona-Tausenders“ - wurde von der Regierung ignoriert. Jetzt sind die Frauen am Limit! Sie waren und sind im Berufs- sowie im Privatleben mit unglaublichen Belastungen konfrontiert und gehen psychisch und physisch an ihre Grenzen. Frauen tragen vielfach die Mehrfachbelastungen wie Homeschooling, Homeoffice, Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen. Und heute klatscht niemand mehr - die einstige Wertschätzung wandelte sich in akzeptierte Selbstverständlichkeit, da die Regierung beharrlich die Corona-Krisen-Situation von Frauen ignoriert und heruntergespielt hat. Zusätzlich haben viele Frauen ihren Arbeitsplatz verloren - mehr als dies bei Männern der Fall war und ist. Es ist höchst an der Zeit, dass wir die Verteilungsfrage von bezahlter und unbezahlter Arbeit diskutieren. Es ist höchst an der Zeit, dass die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen endlich verbessert wird und sie die Wertschätzung erhalten, die ihnen zusteht. Wir Gewerkschaftsfrauen machen den Fairness-Check bei allen Maßnahmen, die geplant und gesetzt werden. Denn Frauen dürfen nicht die Verliererinnen dieser Krise sein!

Turbo für Frauen am Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist seit Beginn der Corona-Krise alarmierend hoch. Besonders frauendominierte Dienstleistungsbranchen sind massiv von den Lockdowns betroffen, allen voran der Tourismus. Im Bezirk Landeck in Tirol ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit von Frauen explodiert, so gab es im Dezember 2020 eine Steigerung von +1.250 %⁶.

Frauen haben vermehrt Arbeitszeit reduzieren müssen oder sind ganz aus dem Arbeitsmarkt gedrängt worden, um sich um die Kinderbetreuung, Pflege, Haushalt oder um Homeschooling zu kümmern. Alleinerzieherinnen sind ganz besonders davon betroffen. Deshalb braucht es dringend mehr Geld und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauen-Arbeitslosigkeit.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausbau der arbeitsmarktpolitischen Angebote zur Bekämpfung von Frauenarbeitslosigkeit:

⁵ Schönherr/Zandonella: Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich: Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index (April 2020): https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2020_SORA-Forschungsbericht_Systemrelevante_Berufe.pdf

⁶ <https://www.oegb.at/themen/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/frauenarbeitslosigkeit-explodiert>

RESOLUTIONEN

- o Aus-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen auf die Lebensrealität von Frauen mit Betreuungspflichten ausgerichtet und finanziell leistbar sein
- o Flächendeckender Ausbau der Frauenberufszentren und Mädchenberatungsstellen in ganz Österreich
- Einrichtung einer eigenen Corona-Frauenarbeitsstiftung, nach § 18 ALVG, um Frauen neue oder breitere Perspektiven bei der Berufswahl zu geben. Dies mit branchenspezifischen Schwerpunkten, die z.B. jährlich wechseln könnten. Die Stiftung soll auch Arbeitnehmerinnen, die derzeit kein Arbeitslosengeld beziehen, offenstehen.
- Konjunkturprogramme müssen darauf ausgerichtet sein, Frauen in Beschäftigung zu halten und Frauen wieder zurück in Beschäftigung zu bringen.
- Konjunkturprogramme müssen einem Fairness-Check unterzogen werden, damit sichergestellt wird, dass sie zielgerichtet und gleichwertig auf Frauen und Männer wirken.
- Erhöhung der Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit auf 70 %.
- Mindestens 50 % der Mittel des AMS müssen für Frauen verwendet werden.
- Aktion 40.000 umsetzen unter spezieller Berücksichtigung von Frauen in Langzeitarbeitslosigkeit.

Faire Einkommens- und Arbeitszeitverteilung für alle

In Österreich ist bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern nach wie vor sehr ungleich verteilt und die Corona-Krise hat diese Ungleichheit noch weiter verschärft. Schon vor der Corona-Krise arbeiteten fast 50 % der Frauen in Teilzeit. Eine lange Teilzeitphase bedeutet geringeres Einkommen in der Berufsphase. Auch die Einkommensschere von Männern und Frauen schließt sich nicht. Geringes Einkommen und Zeiten von Arbeitslosigkeit bedeuten in Folge eine geringere Pension - dies führt vielfach zu Altersarmut.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Formen der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich (6. Urlaubswoche, Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit etc.) mit der Zielsetzung, Frauen die Zugänglichkeit zum Arbeitsmarkt durch Verteilungswirkung zu erhalten

- Familienarbeitszeitmodell mit der Zielsetzung der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit
- Gesellschaftliche Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit vor allem in Dienstleistungs-, Gesundheits- und Bildungsbereichen, die vielfach von Frauen geleistet wird
- Verbesserung und Ausweitung von Altersteilzeitmodellen, damit auch ältere Frauen aus aufrechter Beschäftigung in Pension gehen können und nicht dazwischen mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen

Jetzt in die Kinderbildung investieren!

In Zeiten von Corona-Krise und hoher Arbeitslosigkeit braucht es den Ausbau der Kinderbildung/Kinderbetreuung mehr denn je, denn Frauen mit Betreuungspflichten dürfen auf keinen Fall aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Außerdem ist dieser Ausbau ein Konjunkturprogramm, das nicht nur nachhaltig Arbeitsplätze schafft, sondern auch zwei Drittel der investierten Mittel in die Kinderbildung zurück an die öffentliche Hand fließen lässt⁷.

Viele Beschäftigte wechselten während der Corona-Krise aufgrund der Regierungsempfehlung ins Homeoffice. Oft haben Mütter dann tagsüber Pflege, Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet und abends noch ihre berufliche Arbeit erledigt. Homeoffice ist kein Ersatz für fehlende öffentliche Betreuungsstrukturen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Umsetzung des Sozialpartner*innenpapiers „Gemeinsam für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“
- Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kinderbildung ab dem 1. Lebensjahr. Dieser Platz muss hochwertig, ganztätig sowie ganzjährig verfügbar und leistbar sein. Dafür braucht es auch die organisatorischen und personellen Ressourcen.
- Flächendeckende und kostengünstige Ferienbetreuung für alle Kinder

Kampf gegen Altersarmut bei Frauen

Frauen sind vermehrt von Altersarmut betroffen. Diese Gefahr steigt durch die Corona-Krise deutlich an. Ebenso wird die Anhebung des Pensionsantrittsalters von Frauen ab 2024 an das der Männer die Problematik noch verstärken. Frauen verlieren vielfach jetzt schon lange vor Pensionsantritt ihren Job oder können diesen krankheitsbedingt nicht mehr ausüben. Zusätzlich wurde die abschlagsfreie Pension mit erhöhten Kindererziehungszeiten abgeschafft. Aber auch der Gender Pay Gap, der Frauen ein Leben lang begleitet, Lücken in der Erwerbsbiografie aufgrund der Betreuungsverantwortung in der Kindererziehung und der Pflege, fehlende institutionelle Rahmenbedingungen und lange Teilzeiten verringern die Eigenpensionen von Frauen massiv. Frauen müssen im Alter abgesichert sein, um ein selbstbestimmtes gutes Leben führen zu können.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten: das ÖGB Frauen-Modell zur besseren Anrechnung der Kindererziehungszeiten muss umgesetzt werden.
- Recht von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln
- Kollektivvertraglicher Mindestlohn von € 1.700,00 steuerfrei
- Wiedereinführung der abschlagsfreien Pension, 45 Jahre sind genug
- Die derzeitige Schwerarbeitsverordnung ist zu eng gefasst und muss erweitert werden.

7 Pirklbauer (2018): <https://awblog.at/kluge-familienpolitik/>

RESOLUTIONEN

- Das von der Regierung geplante gesetzlich verpflichtende Pensionssplitting ist abzulehnen, da dies keine nachhaltige Maßnahme ist, um Frauenpensionen zu erhöhen, sondern nur die Pension des Partners/der Partnerin kürzt und in der Familie umverteilt.
- Errichtung und Betrieb eines qualitätvollen, österreichweiten und finanziell leistbaren Pflege- und Betreuungsangebots - besonders auch im ländlichen Raum

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 8: Krisen treffen Frauen stärker - Zeit Frauen zu stärken

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Niederösterreich

Die Corona Krise trifft die Menschen in recht unterschiedlichem Ausmaß und wie bei jeder Krise brechen soziale Schwachstellen dann erst recht auf. Je länger wir in und mit dieser Krise leben, desto mehr trifft es die Frauen. Kinder, Küche, Hausarbeit - stillschweigend wurden im Zuge der Coronakrise überwundene geglaubte Rollenbilder reaktiviert. Homeschooling, Kinderbetreuung und Haushalt bleiben in der Krise vor allem an den Frauen hängen. Der Wechsel vom Präsenzunterricht zum Lernen von zu Hause aus stellt besonders Alleinerziehende vor die große Herausforderung, Beruf, Betreuung der Kinder und die neue Aufgabe als Lerncoach unter einen Hut bringen zu müssen. Vielerorts führt das zu enormen Druck und daraus entsteht oft Frustration, weil die Belastungsgrenze durch die Mehrfachbelastung schnell erreicht ist. Zusätzlich hat häusliche Gewalt, die sich vor allem gegen Frauen und Kinder richtet, in der Krise zugenommen. 2020 war ein schwieriges Jahr für alle.

Frauen hat die Corona-Krise jedoch besonders getroffen, auch deshalb, weil sie größtenteils zwar in systemrelevanten Berufen wie in der Pflege, im Handel oder in pädagogischen Berufen arbeiten, allerdings die häufig schon vorher prekären Arbeitsbedingungen durch das Virus und seine Auswirkungen zusätzlich erschwert wurden. Der Applaus der ersten Stunde hat sich bis jetzt nicht in Form einer finanziellen Anerkennung niedergeschlagen. Die Heldinnen der Krise verdienen noch immer um einiges weniger als die Helden. Im Gegenteil: die Einkommensschere von Frauen und Männern hat sich zusätzlich noch vergrößert. Fazit: Frauen in der Krise haben unter erhöhtem Stress, Zeit- und Ruhemangel zu leiden, und keine Ressourcen mehr übrig. Offensichtlich ist, dass die Pandemie die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau nachteilig beeinflusst hat.

Zudem sind es Frauen, die in der Krise von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und daraus resultierender Altersarmut betroffen sind. Die Diskussion um Frauenarmut ist ein Thema das immer wieder Gemüter erhitzt und dennoch sind gegenwärtig keine adäquaten politischen Handlungsperspektiven zu erkennen, wie diese Ungleichheiten zukünftig ausgeglichen werden sollen.

Krisen verstärken die ohnehin existierenden Ungleichheiten noch weiter, was besonders angesichts von COVID-19 zu sehen ist. Frauen zählen in allen Gesellschaften zu den Benachteiligten und sind aus diesem Grund von der Pandemie und ihren Folgen besonders stark betroffen.

Frauen - Beschäftigung - Einkommen

Während die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten Männer in den vergangenen Jahren stetig ansteigt (+11,4 % in den Jahren 2010 - 2019), sinkt diese bei Frauen weiterhin (-1 % im gleichen Zeitraum). So waren von den Teilzeitbeschäftigten 83 % weiblich, bei den Vollzeitbeschäftigten hingegen nur 32 %.

Das mittlere Bruttoeinkommen lag 2019 bei den Frauen bei 22.809 EUR, jenes der Männer bei 35.841 EUR. Das entspricht einem Einkommensunterschied von 36,4 %. Dieser enorme Unterschied setzt sich naturgemäß bis ins Pensionsalter fort. So betrug das Bruttojahreseinkommen von Pensionistinnen 17.132 EUR während es bei den Pensionisten bei 27.934 EUR lag.

Teilzeit ist der Hauptgrund für den Pay Gap zwischen Männern und Frauen. Diese Einkommensklüfte ist zwar in den vergangenen Jahren von 25 auf knapp 19 % gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem EU-Schnitt von 14,1

RESOLUTIONEN

%. Solange die Teilzeit überwiegend Frauensache ist, wird sich das nicht ändern. Das WIFO hat errechnet, dass das Lebenseinkommen bis zu 30 % geringer ausfällt, wenn mehr als die Hälfte des Erwerbslebens 20 Wochenstunden gearbeitet wird (im Vergleich zur Erwerbstätigkeit mit 30 Wochenstunden).

Problematisch ist weiters die Tatsache, dass zahlreiche Berufe / Berufsgruppen immer noch traditionell „weiblich“ sind. In den klassischen „Frauenbranchen“ wie Einzelhandel, Tourismus, Gesundheit und Pflege ist Teilzeit die Regel und die Entlohnung unterdurchschnittlich.

Corona hat deutlich gezeigt: Frauen leisten den Großteil an unbezahlter Arbeit. Sei es bei der Hausarbeit, der Kindererziehung bzw. Kinderbetreuung, beim Homeschooling oder bei der Pflege von Angehörigen. Das setzt eine folgenschwere Abwärtsspirale in Gang, denn um das leisten zu können, kann meist „nur“ Teilzeit gearbeitet werden. Das wirkt sich negativ auf die Einkommens- und Pensionshöhe aus. Unterm Strich bleibt: ein Leben lang viel gearbeitet, trotzdem oft nur Mindestpension. Es ist ungerecht: Geben Frauen ihre Kinder zur Tagesmutter oder in eine Kinderbetreuungseinheit oder übergeben die Pflege bzw. Versorgung der Angehörigen an professionelle Kräfte werden jene dafür bezahlt, die diese Arbeit übernehmen. Aber (Frauen)-Care-Arbeit in der eigenen Familie wird (von der Gesellschaft) nicht wertgeschätzt, sondern ganz selbstverständlich erwartet. Die vorherrschenden, traditionellen Rollenbilder sehen die Frau in der dienenden, sich selbst und ihre (existenzsichernden wirtschaftlichen) Bedürfnisse zurückstellenden Rolle.

Frauen und Arbeitslosigkeit

Im Februar 2020 - also vor dem ersten Lockdown waren in Österreich 133.204 Frauen arbeitslos. Im Februar 2021 waren es bereits 186.740 also um 53.536 Frauen mehr als vor der Corona Krise. Dahinter stehen Schicksale und persönliche Dramen. Viele dieser Frauen werden in ihren ehemaligen Berufen keine Beschäftigung mehr finden. Allerdings kann es nicht sein, dass Frauen durch das AMS vor allem wieder in frauenspezifischen Berufen ausgebildet werden. Dadurch werden alte Rollenklischees zementiert und den Frauen die Chance auf eine bessere Bezahlung genommen.

Laut aktuellen Statistiken leisten Frauen im Schnitt dreimal mehr unbezahlte Sorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Angehörige als Männer. Die Pflege von Familienmitgliedern, die Kinderbetreuung, Homeschooling und die täglichen Pflichten im Haushalt lasten überwiegend auf den Schultern der Frauen. Ein erheblicher Anteil an Frauen ist durch die zusätzliche Aufgabenlast unbezahlter Tätigkeiten, nicht mehr in der Lage, ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen, was unmittelbar, aber auch langfristig mit erheblichen ökonomischen Konsequenzen verbunden ist.

Die ersten Entlassungswellen im Zuge der COVID-19 Pandemie betrafen vor allem Sektoren, in denen Frauen überrepräsentiert sind wie Einzelhandel, Gastgewerbe und Tourismus. Nach Krisen und besonderen Herausforderungen brauchen Frauen meist erheblich mehr Zeit, um wieder in die Erwerbsarbeit zurückzufinden im Gegenteil zu Männern. Alleinerzieher*innen sind hier besonders betroffen, da auch benötigte Kinderbetreuungsplätze nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen und dadurch eine weitere Hürde vorhanden ist, die Kinder einerseits gut versorgt zu wissen und andererseits einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachzugehen, die idealerweise auch flexible Arbeitszeitmodelle anbietet, um eine Vereinbarkeit zu gewährleisten.

Die niedrigen Einkommen aufgrund der in Österreich vorherrschenden Einkommensdiskriminierung begünstigt, dass Männer in Familienverbänden überwiegend für das Familieneinkommen verantwortlich sind und in Vollzeitbeschäftigung stehen, während Frauen teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind.

Geringe Erwerbseinkommen ziehen geringe Leistungen aus Arbeitslosenversicherung und Pensionsversicherung nach sich. Dies zwingt Frauen wieder stärker in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Männern, bzw. acht es sie stärker von Sozialleistungen abhängig.

Ein Teufelskreis der langfristig zu einem Umdenkprozess führen muss, wenn wir Frauenarmut bekämpfen möchten. Gedanken der Umverteilung von Erwerbsarbeit sowie die Verkürzung der Normalarbeitszeit sowie die Option eines bedingungslosen Grundeinkommens sind essenziell und dürfen nicht weiter nur eine Fiktion darstellen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine Aufstockung der AMS-Mittel mit dem Ziel eines umfassendem Aus- und Weiterbildungsprogramm speziell für Frauen. Mind. 50 Prozent der AMS-Mittel sollen dafür verwendet werden
- Umfassende Beratung und Orientierungsveranstaltungen für arbeitssuchende Frauen im Vorfeld der Ausbildungswahl
- Bevor der Betrieb weitere Teilzeitkräfte aufnimmt, muss für Teilzeitbeschäftigte derselben Verwendungsstufe eine Stundenaufstockung angeboten werden
- Schließen der Gehaltsschere durch Lohntransparenz. Die Ausweitung von Homeoffice und entsprechende Berücksichtigung der Mehrkosten bei der Absetzbarkeit in der Arbeitnehmerveranlagung
- Frauenfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen wie z.B. flexiblere Arbeitszeiten, Betriebskindergärten, etc.
- Konjunkturpolitische Maßnahmen sowie die Erleichterung und Förderung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Unbezahlte Care-Arbeit ist gesellschaftlich notwendig und verändert hauptsächlich die Frauenarbeit. In den Familien wird das Putzen, das Waschen, das Kochen, die Kinderbetreuung sowie die Pflege und Betreuung von Angehörigen zum überwiegenden Teil zu drei Vierteln - von Frauen erledigt. Laut einer AK-Studie wird die Haushaltsführung je älter die Frauen werden, immer mehr diesen allein überlassen. Deshalb muss es eine Aufwertung und Neubewertung professioneller Care-Arbeit im Bereich Kinderbetreuung, der Angehörigenpflege und -betreuung geben
- Adaptierung der Anrechnungszeiten für die Pension
- Adäquates, existenzsicherndes Gehalt für pflegende Angehörige mit Pensionsanrechnung (siehe Burgenländisches Modell)
- Bezahlte Freistellung bei krisenbedingtem Homeschooling bzw. Kinderbetreuung
- Eine bessere soziale Absicherung im Krankheitsfall, sowie der Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes für EPUs und Kleinstunternehmer*innen

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 9: Mehr Transparenz im Kampf gegen den Gender-Pay-Gap

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

In Österreich verdienen Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit nach wie vor durchschnittlich 19,3% weniger als Männer⁸, in den westlichen Bundesländern noch weniger. Selbst wenn man gleichwertige Arbeit vergleicht, beträgt der Gender Pay Gap 15,2%⁹. Der Grund für den großen Nachteil der weiblichen Verdienerrinnen: Sie sind eben Frauen. Das ist der Inbegriff unmittelbarer, direkter Diskriminierung. Die aktuelle Rechtslage in Österreich sieht vor, dass Unternehmen mit mehr als 150 Arbeitnehmer*innen verpflichtet sind, alle zwei Jahre nach Geschlecht (grob) aufgeschlüsselte Einkommensberichte zu erstellen. Die Berichte müssen das durchschnittliche gesamte Entgelt der Frauen dem der Männer gegenüberstellen, und zwar für die jeweiligen kollektivvertraglichen oder betrieblichen Verwendungsgruppen und -jahre. Mangelnde Transparenz ist eines der größten Hindernisse für Lohngleichheit. Um die Einkommensschere zu schließen und den Gender-Pay-Gap zu bekämpfen, müssen die Unterschiede erst einmal festgestellt werden können. Viele Frauen wissen überhaupt nicht, wie viel der Kollege mit ähnlichen oder gleichen Aufgaben verdient. Wer wie viel verdient, ist in der Praxis oft ein bestens gehütetes Geheimnis. Deswegen werden Unterschiede beim Entgelt manchmal nur durch Zufall sichtbar, oft auch gar nicht. Das Hauptargument, das von Arbeitgeber*innen gegen die Einkommenstransparenz vorgebracht wird, ist der Datenschutz. Die Arbeiterkammer Wien, Abteilung Frauen und Familie, hat im Jahr 2017 ein Rechtsgutachten unter dem Titel „Einkommenstransparenz versus Datenschutz, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse“ (Uni Linz/Uni Salzburg) veröffentlicht. Zusammengefasst wird festgestellt, dass keine Bedenken nach den Bestimmungen der DSGVO 2000 sowie der DSGVO (gilt seit 2018) bestehen. Innerhalb eines Betriebes bzw. Unternehmens stellen die - auch detaillierten - Inhalte des Einkommensberichts kein Geschäfts- bzw. Betriebsgeheimnis dar. In der Praxis wird Lohntransparenz also kaum umgesetzt. Es benötigt Sanktionen, wenn sich Unternehmen weigern, Löhne öffentlich zu machen. Datenschutz darf nicht als Ausrede herhalten.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Den niederschweligen Anspruch auf Auskunft über Lohn- und Gehaltsniveaus - digital und dezentralisiert.
- Die verpflichtende Aufschlüsselung über die konkrete Zusammensetzung des Entgelts bzw. der einzelnen Entgeltbestandteile (Grundlohn, Zulagen, bezahlte und unbezahlte Über-/Mehrstunden).
- Die Präzisierung des Begriffs der gleichwertigen Arbeit.
- Verbindliche Pläne und Maßnahmen für den Abbau des Gender-Pay-Gaps bei transparent gewordenen Entgeltdiskriminierungen.
- Nach dem Vorbild Schwedens soll jede*r Bürger*in Steuerdaten einsehen können. Hinzuzufügen ist, dass bei Unternehmen bei Nichtumsetzung sanktioniert werden sollen. Datenschutz darf nicht als Ausrede zur Nichtumsetzung herhalten.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

8 Quelle: AK Oberösterreich

9 Quelle: <https://bpw.at/equal-pay-day-2020/>

Antrag 10: Carearbeit ist Arbeit!

Eingebracht von: JG

Care-Arbeit bedeutet das Übernehmen der Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder und kranke Angehörige. Wer heutzutage unbezahlte Care-Arbeit leistet, nimmt eine Reihe von teilweise beträchtlichen Nachteilen in Kauf. Nach wie vor leisten Frauen* den Großteil dieser Arbeit und sind diejenigen, die am häufigsten mit den nachteiligen Konsequenzen konfrontiert werden. Ziel sollte es sein, dass in Zukunft Personen, welche Care-Arbeit leisten, weder bei der beruflichen Laufbahn noch bei der sozialen Absicherung benachteiligt werden. Dies würde die Wahlmöglichkeiten für alle im Beruf verbessern und die ausgeglichene Verteilung dieser Arbeit auf Frauen und Männer fördern. Damit dies Realität wird, braucht es Anpassungen bei den sozialpolitischen Rahmenbedingungen und Verbesserungen von Arbeitsbedingungen. Es soll möglich sein, Erwerbsarbeit mit Familien-, Betreuungs- und Hausarbeit zu vereinbaren. Neben der unbezahlten Care-Arbeit gibt es die bezahlte Care-Arbeit, in öffentlichen und privaten Institutionen. Durch Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen kommt es in Folge zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es ist wichtig, dass unbezahlte wie bezahlte Care-Arbeit in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Überlegungen mehr Beachtung findet. Für bessere Bedingungen ist ein Umdenken nötig!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- die Anerkennung von unbezahlter Care-Arbeit als volkswirtschaftlich relevante und unverzichtbare Arbeit.
- dass sich Ausbildungen mit Care-Verantwortung vereinbaren lässt. Kompetenzen aus unbezahlter Care-Arbeit sollen auf dem Arbeitsmarkt angerechnet werden (Dienstzeiten, Sozialversicherung).
- dass sich unbezahlte Care-Arbeit mit einer beruflichen Laufbahn vereinbaren lässt.
- dass dahin hingearbeitet werden soll, dass Care-Arbeit ausgeglichener auf die Geschlechter verteilt wird. (Beispiel die Verteilung des Pflegeurlaubs)
- dass institutionelle Care-Leistungen bezahlbar und auf die Bedürfnisse der Nutzenden abgestimmt sind.
- dass die Arbeitsbedingungen für bezahlte Care-Arbeit fair und gemäß den Besonderheiten dieser Arbeit ausgestaltet sind. Es soll genügend Personal ausgebildet werden, sowie der Ausbau von öffentlichen Pflegeeinrichtungen forciert werden.
- dass dahin hingearbeitet werden soll, dass häusliche Care-Arbeit durch Finanzierung und Ausbau von öffentlichen Pflegeeinrichtungen zur Ausnahme und nicht zur Regel wird.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 11: Sexarbeit ist Arbeit!

Eingebracht von: JG

Nach wie vor wird im öffentlichen Diskurs über Sexarbeit als Bereich abseits "herkömmlicher" Lohnarbeit gesprochen. Somit kommt eine Unterscheidung zustande die mitunter verantwortlich für eine gesellschaftliche Abwertung von Sexarbeit im Allgemeinen und Sexarbeiter_innen im Speziellen ist. Sexarbeit bedeutet eine Dienstleistung, bei der Sex die Leistung darstellt, die von einer_einem Dienstleister_in angeboten und von einer oder mehreren anderen Person(en) empfangen wird. Die Gründe, in der Sexindustrie erwerbstätig zu werden, sind so vielfältig, wie bei allen Formen der Lohnarbeit, somit gehen wir davon aus, dass auch ökonomische Zwänge dafür verantwortlich sein können, allerdings eben nicht mehr oder weniger, als bei allen übrigen beruflichen Tätigkeiten im kapitalistischen System auch. Um Sexarbeiter_innen Schutz zu gewährleisten, ist es notwendig, sie rechtlich abzusichern und ihnen eine Stimme zu geben. Neben einer Aufklärung und Information über eigene Rechte, ist daher die gewerkschaftliche Organisation von Sexarbeiter_innen notwendig.

Im Vergleich zu anderen körperlichen Tätigkeiten werden bei Sexarbeit keine Schutzutensilien (z.B. vor Krankheiten) zur Verfügung gestellt, was eine massive Gefahr für Betroffene darstellt.

Eine Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen und/oder Empfänger_innen führt zu keiner Verbesserung der Situation für Sexarbeiter_innen, sondern kann sich vor allem negativ auswirken. Sexarbeit wird in die Illegalität gedrängt, muss an unbeobachteten, unsicheren Orten stattfinden, somit wird eine Umgebung geschaffen, in der leichter Gewalt ausgeübt werden kann, und diese oft nur mehr schwer bis gar nicht nachzuweisen ist.

Sollte ein_e Sexarbeiter_in sich dazu entscheiden, künftig einem anderen Beruf nachgehen wollen, so wird dies oft durch Faktoren wie geringe Ausbildung, mangelnde Alternativen etc. erschwert. Professionelle Ausstiegsprogramme für Sexarbeiter_innen sollen dafür sorgen, dass andere Möglichkeiten der Berufstätigkeit aufgezeigt und gefunden werden.

Derzeit sind die Regelungen betreffend Sexarbeit keine Bund- sondern Länderkompetenz. Ein Bundesgesetz, das über jenen der Länder steht, soll eine Absicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter_innen mit sich bringen.

Die SPÖ Frauen fordern daher:

- die gesellschaftliche Aufwertung von Sexarbeit und Anerkennung als sozialversicherungsfähige Arbeit
- die Einführung von bundesweiten Beratungsstellen für Sexarbeiter_innen.
- die Verankerung einer Interessensvertretung.
- kostenlose Verhütungsmittel für Sexarbeiter_innen.
- keine Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen und Empfänger_innen ihrer Dienstleistungen.
- staatliche Ausstiegsprogramme für Sexarbeiter_innen.
- ein einheitliches Bundesgesetz zu Sexarbeit.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 12: **Frauenarmut bekämpfen!** **Gleichberechtigung jetzt!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Die Corona-Krise hat die Situation von Frauen verschärft. Frauen in ganz Österreich werden weiterhin in vielen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Diese frauenspezifischen Probleme waren auch schon lange vor der Pandemie bekannt, ABER typische Rollenbilder haben wieder mehr Platz in unserem gesellschaftlichen Leben eingenommen.

Darum ist es jetzt höchste Zeit alles zu tun, um für eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu kämpfen. Wir brauchen mehr Maßnahmen, um die Situation von Frauen in unserem Land zu verbessern.

Mehr Frauen als Männer sind von Armut betroffen dafür gibt es mehrere Gründe:

- Österreich hat einen der höchsten Einkommensunterschiede in der EU. Frauen verdienen in Österreich um 19,9 Prozent weniger als Männer. Frauen sind oft wirtschaftlich von einem Mann abhängig. Als Folge niedrigerer Einkommen haben Frauen auch schwerwiegende Nachteile bei der sozialen Absicherung, insbesondere im Alter und, wie jetzt in der Coronakrise zu sehen – bei Arbeitslosigkeit.
- Frauen sind signifikant stärker von Armut betroffen als Männer, das gilt insbesondere für alleinstehende Frauen, Alleinerzieherinnen und Ältere. Die monatliche Alterspension der Frauen beträgt im Durchschnitt 982 Euro und ist somit beinahe halb so gering wie die Alterspension der Männer mit 1.953 Euro.
- Bei 26% Armutsgefährdung liegen alleinlebende Pensionistinnen über der Risikoquote von alleinlebenden Pensionisten, welche bei 15% liegt.
- Pflege-, Betreuungs-, und Hausarbeit wird weiterhin zum Großteil von Frauen ausgeübt. Frauen stellen drei Viertel aller pflegenden Angehörigen.
- Frauen sind bedeutend häufiger im Niedriglohnssektor tätig als Männer.

Für diese Ungleichheit gibt es Erklärungen, aber keine Rechtfertigung. Die Politik hat es verabsäumt, das Leben von Frauen maßgeblich zu verbessern und gegen Abhängigkeit, Ausbeutung und Armut vorzugehen. Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der ALLE gleichberechtigt sind.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausbau kostenfreier, qualitativ hochwertiger und flächendeckender Kinderbildungseinrichtungen und Ganztagschulen mit Öffnungszeiten, die eine Vollzeitbeschäftigung möglich machen.
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege/Betreuung/Familie und Berufstätigkeit.
- Den Ausbau von Pflegefreistellung.
- Wochenarbeitszeitverkürzung bei gleichen Bezügen - eine verkürzte Vollzeit (4-Tage-Woche).
- Eine bessere Bewertung von Teilzeitarbeit - Führungspositionen in Teilzeit ermöglichen.
- Partnerschaftliche Arbeitsaufteilung fördern durch die Instrumentarien der Steuer- und Familienpolitik.
- Frauendominierte Beschäftigungsbereiche gerecht und daher besser entlohnen (Sozialbereiche: Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitswesen oder Pflege)
- Verpflichtende Quoten für Leitungs- und Kontrollgremien (Aufsichtsräte) von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften und wirksame Sanktionen, wenn die Quoten nicht erfüllt werden.

RESOLUTIONEN

- Die Koppelung von öffentlicher Auftragsvergabe und Förderungen an Aktivitäten zur Gleichstellung im Betrieb soll im Vergaberecht verankert werden.
- Lohn- und Gehaltstransparenz muss endlich Realität werden.
- Einen Mindestlohn von kollektivvertraglich 1.700 Euro steuerfrei.
- Mehr Aus- und Weiterbildungsinitiativen und 50 Prozent der AMS-Mittel für Frauen.
- Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70%.
- Geschlechtssegregation bei der Berufswahl entgegenwirken mit Sensibilisierungs- und Bewusstseinsbildenden Maßnahmen von der Elementarpädagogik bis in die Hochschule.
- Unterhaltsgarantie für Alleinerziehende.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 13: Frauenbudgets erhöhen

Eingebracht von: BSA

52% beträgt der Anteil der Frauen an der österreichischen Bevölkerung. Für sie getan wird vergleichsmäßig weniger, denn auch seit dem Antritt der türkisgrünen Regierung kam es zu erheblichen Kürzungen der finanziellen Mittel für Gleichstellungsfragen und Initiativen. Nach wie vor verdienen Frauen nur das Dreiviertelte von Männern, bei gleicher Arbeit. Auf Grund von Karenzzeiten und atypischen Arbeitsverhältnissen, beträgt der Unterschied in der Pension 40%. Frauen sind somit laufend von einem höheren Armutsrisiko betroffen. Dem muss entgegen getreten werden, Frauen aber auch Mädchen müssen begleitet, unterstützt und beraten werden. Bestehende Initiativen und Förderstellen aber auch neue Initiativen müssen gegründet werden um Mädchen wie Frauen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Zusammen müssen wir das Armutsrisiko von Frauen bekämpfen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine im Budgetprozess festgelegte Mindestfinanzierung von Einrichtungen für Frauen und Mädchen. Diese Einrichtungen verdienen sich langfristige Verträge und finanzielle Sicherheit. Ein Mindestbudget in der Höhe von ein Prozent der Staatsausgaben für Gleichstellungspolitik. Und frauenspezifische Förderung in den Bereichen Arbeitsmarkt, Forschung, Bildung, Kultur und Kinderbildung.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Kapitel 4: Frauen und Gesundheit

Antrag 14: Gendermedizin muss zur Norm werden

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Medikamente und medizinische Behandlungen werden überwiegend für Männer erforscht und getestet. Zahlreiche Studien zeigen, dass Frauen weitreichend schlechter medizinisch versorgt werden wie Männer. Das Männliche wird zur menschlichen Norm und bildet die Grundlage für Forschung, Behandlung und Therapiemöglichkeiten. Frauen werden in der Medizin systematisch ignoriert: an der männlichen Zelle und am männlichen Tier orientiert sich die gesamte Grundlagenforschung. Dabei ist längst erwiesen, dass Frauen und Männer medizinisch unterschiedlich zu erforschen und zu behandeln sind. Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss sich die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausrichten.

Gendermedizin ist eine relativ junge Wissenschaft, jedoch von absolut hoher Bedeutung - sie kann Leben retten. Wir wissen heute, dass sich Krankheiten bei Frauen und Männer viel unterschiedlicher äußern, als lange Zeit angenommen wurde. Auch die Wirkung von Medikamenten variiert je nach Geschlecht. Aber auch Medikamente werden nur an Männern getestet und wir wissen nicht, wie die Medikamente bei Frauen wirken oder welche eventuellen Nebenwirkungen es gibt. Auch wenn Frauen einen Herzinfarkt erleiden, zeigen sie meist andere und oft weniger deutliche Symptome. Der stechende Brustschmerz, der in den linken Arm ausstrahlt, bleibt bei Frauen oft aus. Stattdessen klagen sie häufig über Übelkeit. Ein Symptom, das aber auch Ärzt*innen nicht gleich mit einem Herzinfarkt in Verbindung bringen würden.

Frauengesundheit ist ein intersektionales Thema und muss auch als solches erforscht werden. Der Bildungsstand, Arbeitssituationen, Migrationshintergrund, Sprach- und Systembarrieren, sowie zunehmendes Alter, haben enorme Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und Gesundheit von Frauen. Frauen brauchen in vielerlei Hinsicht eine eigene Medizin, die umfassend gedacht werden muss.

Es gilt die Gesundheitskompetenz der Frauen zu stärken, Informationen zu verteilen und mehr Förderungen für Frauengesundheitsprojekte zu vergeben. Es braucht eine flächendeckende Sensibilisierungskampagne gegen Männergewalt und die Vorlesung „Eine von Fünf“ an der Med Uni Wien muss fortgesetzt werden und muss als Beispiel für andere Hochschulen gesehen werden.

Sowohl im Medizinstudium als auch in der Forschung muss Gendermedizin zum Schwerpunktthema werden! Gendermedizin soll künftig ein fester Bestandteil medizinischer Ausbildung sein. Sämtliche medizinische Lehrbücher müssen genderspezifische Unterschiede der Symptomatik von Krankheiten thematisieren. Gendermedizin muss zur Norm werden, damit keine Frau mehr sterben muss, nur weil sie kein Mann ist.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Verbesserung der allgemeinen medizinischen Versorgungssituation von Frauen.
- Die Versorgungsleistungen der Krankenkassen müssen gendergerecht gestaltet werden.
- Eine gesetzliche Verankerung von Gendermedizin in der Ausbildung vom gesamten Gesundheitspersonal
- Ausbau der Forschung zu Gendermedizin an allen österreichischen Universitäten
- Die Gendermedizin-Kompetenz aller Mitarbeiter*innen muss garantiert angewendet werden, damit genderspezifische Unterschiede der Symptomatik von Krankheiten erkannt und entsprechend behandelt werden können.
- Durch Kampagnen den Wissensstand in der Bevölkerung zu frauenspezifischen Krankheiten verbessern.
- Frauen sind vermehrt psychischem Druck ausgesetzt, daher muss es auch mehr psychotherapeutische Versorgung für Frauen geben.

RESOLUTIONEN

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 15: **Abänderung bzw. Erweiterung des Fortpflanzungsmedizin-Gesetzes: Kinderwunsch auch ohne Mann - Gegen die Diskriminierung von alleinstehenden Frauen**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ist seit jeher ein zentrales Thema der feministischen Bewegung. „My body my choice“ ist der Leitsatz mit dem vor allem Abtreibungsrechte erkämpft wurden und werden. Heute müssen wir aus feministischer Sicht auch das Fortpflanzungsmedizin-Gesetz in Österreich diskutieren und erweitern.

Alleinstehende Frauen mit Kinderwunsch werden in Österreich benachteiligt. Das Fortpflanzungsmedizin-Gesetz erlaubt weder eine künstliche Befruchtung, noch das Einfrieren von Eizellen, wenn keine Ehe oder eheähnliche Gemeinschaft gegeben ist. Für uns gilt es dieses ausschließende und normativ behaftete Bild der Kleinfamilie zu überwinden, denn Familie wird nicht durch Biologie oder traditionelle Wertevorstellungen definiert, sondern vielmehr durch Verantwortung und Liebe. Auch eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft geben keine Garantie, dass ein Kind all die Fürsorge und Liebe erhält, die es braucht. Denn auch Beziehungen gehen oft genug auseinander und so wachsen viele Kinder in Österreich heute schon ohne einen zweiten Elternteil auf.

„Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich ...“, so lautet der Artikel 7 der Österreichischen Bundesverfassung aus dem Jahre 1920. Das bedeutet, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben.

Betrifft dies auch das Fortpflanzungsmedizin-Gesetz (FMedG)? Nein, dieses Gesetz besagt, dass eine medizinisch unterstützte Fortpflanzung oder künstliche Befruchtung nur in einer Ehe, in einer eingetragenen Partnerschaft, in einer Lebensgemeinschaft zulässig ist. Eine Zellentnahme bzw. -aufbewahrung darf nur aus bestimmten medizinischen Gründen wie körperlichen Leiden wie z.B. geplanter Chemotherapie, Endometriose, etc., erfolgen.

Ist das gerecht? Nein! Vielen jungen Frauen ist der Wunsch nach Kindern einerseits aus biologischen Gründen unmöglich (Fehlgeburten, Curettagen), aus schicksalhaften Gründen (kein „richtiger Partner“) und aus sonstigen Gründen (Karriereplanung). Alleinstehenden Frauen, die finanziell als auch selbständig in der Lage sind, ein Kind groß zu ziehen, bleibt dies verwehrt. Eine Partnerschaft ist keine Gewähr dafür, dass man ein Leben lang zusammenbleibt.

Laut Expert*innen wäre das Einfrieren der Eizellen im jungen Alter ein Garant dafür, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Das Gesetz lässt dies aber nicht zu. Es besteht daher dringend ein politischer Handlungsbedarf auch für alleinstehende Frauen einen Kinderwunsch zu ermöglichen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

Das Fortpflanzungsmedizin-Gesetz (FMedG) muss abgeändert bzw. erweitert werden:

- Es gilt die normativ und traditionell behaftete Vorstellung der Vater-Mutter-Kind-Familie zu kritisieren und zu überwinden
- Die künstliche Befruchtung und Samenspende muss ohne große finanzielle und bürokratische Hürden möglich sein.

RESOLUTIONEN

- Künstliche Befruchtung und Samenspende muss ohne medizinische Indikation möglich gemacht werden.
- Zur künstlichen Befruchtung der Zellen soll die Samenspende Dritter ohne Einschränkung möglich sein.
- Es soll eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der SPÖ Frauen errichtet werden zu dem Thema der Zellentnahme und -aufbewahrung bzw. die künstliche Befruchtung für alleinstehenden Frauen

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 16: Gendermedizin ist mehr als nur Geburtshilfe

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Frauengesundheit ist mehr als Gynäkologie und Geburtshilfe. Frauen gehen anders mit Krankheiten um als Männer. Werden in der Medizin neben den biologischen auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten hinsichtlich des Geschlechts berücksichtigt, dann bezeichnet man dies als Gender-Medizin.

Gender-Medizin ist ein interdisziplinärer Forschungsansatz, der die Bedeutung des Geschlechts über die Biologie hinaus berücksichtigt und auch die sozialen Aspekte der Geschlechtssegregation miteinbezieht. Sie ermöglicht eine verbesserte Gesundheitsförderung, Prävention und Krankheitsbehandlung für beide Geschlechter. Es gibt auch viele körperliche Ausprägungen, die nicht nur biologische Ursachen haben. Durch die unterschiedliche soziale Umwelt und die Rollen, welche von Männern und Frauen eingenommen werden, ergeben sich auch andere Krankheiten und Bewältigungsstrategien.

In der medizinischen Forschung sind nach wie vor meist nur 25-30 % der Proband*innen, die für Studien herangezogen werden, weiblich. Dabei handelt es sich vorwiegend um Frauen nach der Menopause. Eine der Begründungen ist, dass Frauen während des Forschungszeitraumes schwanger werden und die Medikamente dem Ungeborenen Schaden zufügen könnten. Eine weitere Begründung ist, dass mehr Studienteilnehmerinnen erforderlich sind, als dies bei Männern der Fall ist, weil die Ergebnisse nach Zyklusphasen (Hormonphasen) variieren können. Es ist daher auch eine Kostenfrage, dass an weniger Frauen getestet wird.

Die Folge: Viele Medikamente, die für beide Geschlechter zugelassen sind, sind nicht ausreichend an Frauen erforscht. Dass es Unterschiede in der Wirkung gibt, liegt an vielen Faktoren: Frauen haben mehr Fettmasse und einen niedrigeren Wassergehalt, weniger Magensäure. Nieren und Leber arbeiten langsamer. Die Verweildauer von Medikamenten im Körper ist daher länger. In der Folge wirken Arzneimittel häufig anders oder stärker. Nicht selten zeigt sich das erst, wenn ein Medikament schon im Einsatz ist und bei Frauen vermehrt Probleme verursacht. Frauen leiden zu 50-70% häufiger unter Nebenwirkungen als Männer.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Bei der Verteilung der Fördergelder muss es eine Zweckbindung an frauenspezifische Forschungen in der Medizin geben.
- Sex und Gender müssen als relevante Faktoren in jeden Versuchsaufbau und in jede Analyse, die beide Geschlechter betrifft, einfließen.
- Genderaspekte müssen in die Medikamentenentwicklung einfließen.
- Etablierung eines eigenen Lehrstuhls für Gendermedizin an allen medizinischen Universitäten in Österreich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 17: **Abtreibungspille Mifegyne muss ein wirkliches Angebot sein!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Abtreibung ist rechtlich gesehen immer noch eine Straftat und der Zugang zu Abtreibungen ist für viele Frauen - ob aus sozialen, ökonomischen oder logistischen Gründen - alles andere als einfach. Gleichzeitig gibt es derzeit in vielen Ländern extrem rückschrittliche Tendenzen, was die reproduktiven Rechte und die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen angeht. In Österreich wurde das Medikament Mifegyne, die „Abtreibungspille“, im vergangenen Jahr für Gynäkolog*innen zugelassen. Damit sollte der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, der durch die Covid-19-Pandemie noch einmal mehr erschwert wurde, leichter gemacht werden. Nun ist es aber so, dass das Angebot der Mifegyne noch lange nicht in der Praxis angekommen ist und in den Bundesländern völlig unterschiedlich gehandhabt wird, obwohl es eine bundesweite Regelung gibt. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist oftmals schwer. Der Einsatz von Mifegyne wird, dringend gebraucht, um Frauen einen niederschweligen Zugang zu legaler Abtreibung zu bieten. Frauen haben ein Recht auf (reproduktive) Selbstbestimmung und wir müssen uns dafür einsetzen, dass dieses durchgesetzt wird und sicherstellen, dass Frauen einen legalen, niederschweligen, sicheren und günstigen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, überall in Österreich, haben!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Es soll sich auf allen Ebenen in Gemeinden, Ländern und im Bund dafür eingesetzt werden, dass die reproduktiven Rechte von Frauen in Österreich gewahrt werden.
- Die SPÖ spricht sich dezidiert für einen offenen, sicheren, legalen und günstigen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen aus.
- Die SPÖ tritt mit verschiedenen Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft und sonstigen Interessenvertretungen und Organen, beispielsweise der Ärzt*innenkammer oder verschiedenen Initiativen, die sich rund um die Thematik engagieren, in Kontakt und versucht dadurch auf verschiedenen Ebenen Druck auszuüben, um so die reproduktiven Rechte von Frauen und ein legales niederschwelliges Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen, etwa Mifegyne, durchzusetzen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 18: **Gesundheit verdient mehr!**

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

Die Lebenserwartung in Österreich steigt im Vergleich immer weiter an. Frauen* in Österreich haben heute eine Lebenserwartung von 84 Jahren und leben somit im Durchschnitt um 4,7 Jahre länger als Männer*. Laut Prognosen wird sich diese Entwicklung fortsetzen und die Lebenserwartung wird sich bis 2050 bei Frauen* auf 90 Jahre und bei Männern* auf 86 Jahre erhöhen. Frauen* haben zwar eine höhere Lebenserwartung, aber weniger gesunde Lebensjahre, da die ständige Mehrfachbelastung sich negativ auf die Gesundheit auswirkt. Frauen* vernachlässigen oft ihre eigene Gesundheit um für andere zu sorgen, so verzichten sie beispielsweise auf Rehabilitationsaufenthalte oder bleiben nach Operationen weniger lange im Krankenhaus.

Laut des Health in Transition Reports 2018 liegt Österreich sogar unter dem EU Durchschnitt, was gesunde Lebensjahre betrifft. Bereits jetzt gibt es einen hohen Anteil an pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren und es wird dringend nach Fachkräften in der Pflege gesucht. Durch chronische Erkrankungen wie Parkinson aber auch durch akute Ereignisse wie zum Beispiel Schlaganfälle oder Sturzgeschehen steigt auch der Bedarf an Therapien. Laut dem österreichischen Arbeitsklimaindex empfinden bereits jetzt 34% der Pflegekräfte ihre Arbeit als (seelisch) stark belastend. Jede/r Dritte im Gesundheitswesen leidet unter Zeitdruck. Nur 33 % glauben, dass sie bis zur Pension durchhalten.

Auffallend ist, dass es in Österreich nicht zu wenige Pfleger*innen gibt, die den Job machen könnten, sondern, dass zu viele ausgebildete Pfleger*innen ihre Berufssparte wegen der schlechten Bezahlung und den schlechten Arbeitsbedingungen verlassen. Dieses strukturelle Problem lässt sich auch bei einem Blick ins Gesundheitsberufsregister der AK erkennen. Denn entgegen des vermeintlichen Pflegefachkräftemangels bemerkt man schnell, dass über 40.000 ausgebildete Pflegepersonen, derzeit nicht in ihrem Beruf tätig sind. Die strukturell schlechte Bezahlung, miserable Arbeitsbedingungen sowie Arbeitszeiten tragen dazu ihren Teil bei. Deshalb ist es umso wichtiger attraktive Arbeitsplätze im Pflege- und Gesundheitsbereich zu schaffen und die Teams in Pflegeeinrichtungen, Krankenanstalten und sonstigen Gesundheitsbetrieben zu vergrößern.

Das Personal, das ständig unter Zeitdruck arbeitet, soll entlastet werden und bessere Arbeitszeitregelungen und eine höhere Entlohnung geschaffen werden. Um den Fachkräftemangel in Zukunft entgegenzuwirken und die Berufsbilder von Pflege, Hebamme und den medizin-technischen Diensten attraktiver zu gestalten, sollen Ausbildungsmöglichkeiten weiter ausgebaut und adaptiert werden. Ein wichtiger erster Schritt dafür wäre eine gerechte Entlohnung der Pflichtpraktika. Viele Studierende sind bereits vor der abgeschlossenen Berufsausbildung eine große Stütze und übernehmen eine verantwortungsvolle Rolle im Gesundheitswesen. Hierzu schlagen wir eine Staffelung der verpflichtenden Entschädigung anhand der Ausbildungsjahre vor, wobei mit 850€ im 1. Ausbildungsjahr begonnen werden soll. Zudem sollen künftig fortwährende Weiterbildungen intern, sowie extern angeboten werden und die Beschäftigten im Gesundheitswesen bei Fortbildungskosten unterstützt werden. Die Wochenarbeitszeit in Gesundheitsberufen soll außerdem auf 30 Stunden pro Woche gekürzt werden. Parallel dazu soll auch die 24h-Pflege reformiert werden: Pfleger*innen sollen nicht mehr als Scheinselbstständige geführt werden, sondern echte Dienstnehmer*innenverhältnisse bekommen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ein Verbot von unbezahlten Pflicht-Praktika.
- Pflichtpraktika während der Ausbildung sollen mit einer nach Ausbildungsjahren gestaffelten verpflichtenden Entschädigung pro Monat vergütet werden. Die Staffelung soll im 1. Ausbildungsjahr bei: 850€ starten und dann

RESOLUTIONEN

pro Jahr erhöht werden auf 950€ und schließlich 1050€ im 3. Ausbildungsjahr.

- Die volle arbeits- und sozialrechtliche Absicherung der Praktikant*innen.
- Die Unterstützung bei der Praktikumssuche durch Betriebe, Fachhochschulen und Universitäten, etwa durch regionale Praktikumsbörsen oder Datenbanken für offene Plätze.
- In einem ersten Schritt soll die Arbeitszeit für Gesundheitsberufe, sprich Pflege, Hebammen und medizinisch-technische Dienste, auf 30 Stunden pro Woche verkürzt werden.
- Aufstockung der Studienplätze an den Fachhochschulen und an Universitäten für medizinisch-technische Dienste, Hebammen sowie Gesundheits- und Krankenpflege
- Etablierung gesundheitswissenschaftlicher Masterstudiengänge in Österreich • Erhöhung des Personalschlüssels in Krankenanstalten, Rehazentren und Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Erhöhung der Gehälter für die Gesundheitsberufe sowie in der 24h-Pflege

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 19: Gendermedizin

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

In der Medizin spiegeln sich die ungleichen Machtverhältnisse, die sich historisch in unserer Gesellschaft herausgebildet haben, wider. Denn die Medizin als Wissenschaft existiert nicht in einem machtfreien Vakuum, sondern entwickelt sich durch die Perspektive derjenigen, die forschen. Die längste Zeit waren das weiße Männer* der englischen Oberschicht. Diese bestimmte Gruppe wird bis heute noch als Standard herangezogen, wenn es beispielsweise darum geht neue Medikamente oder Impfungen auf Dosis und Nebenwirkungen zu untersuchen. Schon bei Tierversuchen wird in erster Linie am männlichen Tier geforscht. Mit der Begründung, dass der Zyklus bei weiblichen Tieren eine breitere Streuung der Ergebnisse erzeugen kann. Auch in der klinischen Phase werden vor allem Männer untersucht. Frauen* als "unvollständige" Männer* zu subsumieren, hat sowohl gesellschaftlich als auch gesundheitlich katastrophale Auswirkungen, wie die Gender Medizin schon seit den 1980ern aufzeigt.

Die Gender Medizin hat sich zur Aufgabe gemacht die Kategorie Geschlecht als Einflussgröße auf Erkrankungen, wie auch in der medizinischen Behandlung, Forschung und Prävention, zu untersuchen. Geschlecht wird dabei nicht als Gegensätzlichkeit zwischen Mann* und Frau* gesehen, sondern als etwas Fließendes angesehen, was sowohl durch biologische als auch soziale Faktoren geprägt wird. Durch die gendermedizinische Forschung kommen immer mehr Ungleichbehandlungen ans Licht. So werden Frauen* tendenziell weniger in ihrem chronischen Schmerz ernst genommen als Männer*, was eine finnische Studie 2018 herausfand. Dieses Phänomen tritt nochmal verstärkt bei stark übergewichtigen Frauen* und Women of Colour auf.

Im Bereich der kardiovaskulären Erkrankungen sticht der Gendaspekt besonders hervor. Herzkrankheiten wurden lange Zeit als Symptom des gestressten männlichen Familienernährers behandelt und nur dementsprechend erforscht. In den 1990ern wird Aspirin zum weltweit meistverkauften Medikament, wobei es bis zu diesem Zeitpunkt, an keiner einzigen Frau* getestet worden war. Das Medikament Nr. 1 um das Risiko für Herzinfarkte zu verringern, wirkt bei Frauen* anders. Herzinfarkte können sich bei Frauen* zudem durch unspezifische Symptome äußern, wodurch er gar nicht oder oft zu spät erkannt wird. Laut einer Schweizer Studie werden Frauen* im Durchschnitt wertvolle 45 Minuten später als Männer* in die Klinik eingeliefert.

Der Stoffwechsel und die Körperzusammensetzung unterscheiden sich je nach biologischem Geschlecht. Bei Menschen, die menstruieren, kommen noch zyklische Hormonschwankungen hinzu. Diese körperlichen Verschiedenheiten führen dazu, dass Medikamente in einer anderen Geschwindigkeit verarbeitet werden und mit unterschiedlichen Nebenwirkungen einhergehen können. Doch Medikamente werden immer noch oft nur an Männern* getestet. Frauen* sind dadurch zusätzlich unbewusst einer Überdosierung ausgesetzt, da Tabletten bei ihnen doppelt so lange im Körper bleiben und das höhere Körpergewicht von biologischen Männern* als Norm genommen wird. Gleichzeitig haben Studien gezeigt, dass geringere Impfdosen bei Frauen* denselben Effekt erzielt, was insbesondere bei der aktuellen COVID-Impfstoff Knappheit von Bedeutung sein kann.

Diese Unterschiede dürfen von Forschung und Politik nicht länger ignoriert werden. Doch nicht nur das biologische Geschlecht (Sex), sondern auch die traditionellen hierarchisierten Geschlechterrollen (Gender) erfordern einen geschlechtersensiblen Blick in der Medizin. So geht das soziale Geschlecht "Frau" strukturell gesehen mit einer schlechteren medizinischen Behandlung einher ("Yentl Syndrom"). Als männlich gelesene Personen erhalten im gleichen Atemzug seltener eine Diagnose bei psychischen Erkrankungen. Das traditionelle Bild von Männern* spricht ihnen Emotionalität ab und Härte zu. Sie werden deutlich seltener als depressiv eingestuft, doch ihre Suizidrate ist 3-5 Mal

RESOLUTIONEN

höher als bei Frauen. Das traditionelle Männlichkeitsbild ist und bleibt gesundheitsschädigend. Nicht nur für unsere Gesellschaft, sondern auch für Männer* selbst.

In einer Zeit, die von Lockdowns und Existenzängsten, die mit der Corona Krise einhergehen, geprägt ist, müssen wir dringender denn je, die beste psychische Gesundheit für alle sicherstellen. Neben einer langfristigen Perspektive der Veränderung der Geschlechter- und Produktionsverhältnisse, braucht es im Hier und jetzt auf die Betroffenen zugeschnittene Unterstützung. Dabei ist eine geschlechtersensible Perspektive unumgänglich! Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in unser aller Interesse ist, eine auf uns zugeschnittene medizinische Behandlung zu fordern und zu fördern.

Da das Geschlecht im heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu einer wichtigen Kategorie zählt, muss dies auch im medizinischen Bereich berücksichtigt werden.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Personalisierte Medizin, die auf die besonderen Lebensumstände der jeweiligen Person eingeht, forcieren:
- Medizinische Diagnoseverfahren müssen, insbesondere bei der Diagnose von psychischen Erkrankungen, die geschlechtsspezifischen Unterschiede stärker in den Fokus nehmen
- Regelmäßige Fortbildungen zu Gendermedizin für das gesamte Gesundheitspersonal
- Genderspezifische Aspekte dürfen in gesundheitswissenschaftlichen Studiengängen und an medizinischen Fakultäten nicht zu kurz kommen: Prüfungsrelevantes Modul "Geschlechtersensible Medizin" in allen Gesundheits-Studiengängen einführen!
- Eine Frauen*quote von mindestens 50% in allen medizinischen Führungspositionen
- Geschlechtergerechte Forschungspolitik in der Medizin vorantreiben
- In der tierexperimentellen Forschung muss das Geschlecht des untersuchten Versuchstieres berücksichtigt werden

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 20: Die Periode sichtbar machen

Eingebracht von: Sozialistischen Jugend Österreich, Aktion kritischer Schüler_innen, Verband sozialistischer Student_innen, Junge Generation

17% der Mädchen* und 34% der Jungen* wissen nicht, was Menstruation bedeutet. 60% der Mädchen* haben eine negative Einstellung zu ihrer Menstruation und 70% der Burschen* finden das Thema unwichtig oder peinlich. Allein diese Zahlen zeigen, dass wir von einer Enttabuisierung von Menstruation noch weit entfernt sind. Zwar ist die sogenannte "Tampon Tax", also die Luxussteuer auf Periodenprodukte, seit kurzem endlich abgeschafft worden, doch die Kosten, die für menstruierende Personen Monat für Monat anfallen, sind dadurch nur marginal geringer geworden.

Laut einer britischen Studie geben menstruierende Personen auf ihr Leben gerechnet immer noch rund 20.500€ für Tampons, Binden und andere Perioden-bezogene Produkte aus. Trotz Senkung der "Tampon Tax" ist Periode für viele immer noch ein Luxus. Die sogenannte „Menstruations-Armut“ ist aber nicht nur ein finanzielles Thema, sondern wirkt sich auch auf andere Bereiche wie zum Beispiel die Bildung aus. Denn es ist keine Seltenheit, dass menstruierende Personen, die während ihrer Periode nicht auf die nötigen Menstruationsartikel zurückgreifen können, an diesen Tagen von ihrer Ausbildungsstätte fern bleiben.

Die Tatsache, dass jemand menstruiert, darf im Jahr 2021 wirklich kein Grund mehr sein, der den Zugang zu Bildung einschränkt! Die sozialdemokratische neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern hat die Problematik, dass ein gewisser Teil der Mädchen* einmal im Monat der Schule fern bleibt, erkannt und folglich der Menstruations-Armut den Kampf erklärt: Neuseeland wird ab Juni allen Schulen gratis Menstruationsartikel zur Verfügung stellen. „Junge Menschen sollten nicht auf Bildung verzichten müssen, wegen etwas, das für die Hälfte der Bevölkerung ein normaler Teil des Lebens ist“ meinte Jacinda Ardern nach diesem wichtigen Schritt. Auch in Frankreich stellt man Menstruationsartikel an Universitäten und Hochschulen kostenlos zur Verfügung.

Diesem Entschluss war eine Befragung aller Frauen*, TransMänner, und Non-Binary-Personen an den Hochschulen vorangegangen. Dabei gab jede 3. Person an, sich schon einmal zwischen Tampons und Essen entschieden haben zu müssen! Noch weiter geht man in Schottland: Bereits im November 2019 wurde beschlossen, dass in öffentlichen Gebäuden, Produkte wie Tampons und Binden kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Parlament in Edinburgh einstimmig verabschiedet. Es war eine Premiere. Zwar gibt es in Neuseeland und auch in Schottland bereits kostenlose Menstruationsprodukte an Schulen. Doch der neue Gesetzentwurf verpflichtet den Gesetzgeber, ein landesweites System zur Bereitstellung von Binden und Tampons auf den Weg zu bringen. Periodenprodukte sollen auch in Österreich frei zugänglich sein. Hierzulande sind es nur vereinzelte Vorreiterinnen wie die Montan-Universität in Leoben und die TU Graz, welche auf unser Bestreben nun auch Tampons und Binden in den WCs bereitstellen. Was für die Hälfte der Bevölkerung „ein ganz normaler Teil des Lebens ist“, ist für viele nach wie vor mit einem enormen Stigma und Tabu behaftet. Die Menstruation, so das Bild in vielen Köpfen, sei „unrein“, „unhygienisch“, „schmutzig“ oder gar „ekelerregend“. Diese Vorstellungen werden zusätzlich verstärkt durch Werbungen für Menstruationsartikeln, die blaue statt rote Flüssigkeit verwenden.

Ein ähnliches Beispiel, sind die jüngsten Vorgänge rund um die „Pinky Gloves“. Menstruierende sollen nochmal extra dafür bezahlen, um ihre Menstruationsartikel möglichst unsichtbar zu entsorgen, damit Männer* beim Blick in den Mistkübel nicht mehr „belästigt würden“. Es spricht Bände, dass dieses sexistische und von nichtmenstruierenden Männern* entwickelte Produkt in einer TV-Show auch noch einen männlichen Investor findet. Was diese Beispiele zeigen ist, dass wir eine Enttabuisierung der Periode und ein Ende der finanziellen Belastung durch teure Menstruationsartikel brauchen.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gratis Menstruationsartikel in allen Schulen, Hochschulen, Universitäten, öffentlichen WCs, öffentlichen Gebäuden. Dabei soll sichergestellt werden, dass menstruierende Menschen eine Auswahl an unterschiedlichen Menstruationsprodukten haben
- Ein klares Bekenntnis zur Normalisierung und Enttabuisierung von Menstruation und Menstruationsartikel in der Öffentlichkeit.
- Eine Informationskampagne seitens des Gesundheitsministeriums und/ oder Bildungsministeriums anzustoßen rund um die Menstruation und Themen, die zum Monatszyklus dazu gehören, zum Beispiel Endometriose.
 - o Im Zuge der staatlichen Informationskampagnen sollen menstruierende Menschen aktiv miteinbezogen werden und gefragt werden, welche Periodenprodukte sie wo zur Verfügung gestellt haben wollen. Vor allem sollen auch Sozialeinrichtungen mit der Informationskampagne angesprochen werden.
- Eine realistische Darstellung der Menstruation in Werbungen - unser Menstruationsblut ist auch nicht blau!
- Ausführliche Aufklärungsarbeit und Bildungsarbeit über den Monatszyklus bereits in der Schule.
- Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Produktion von Periodenprodukten_

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 21: Modellregion „Gender Medicine“

Eingebracht von: BSA

Frauen und Männer sind anders gesund und anders krank und sie gehen unterschiedlich mit Gesundheit und Krankheit um. Dieselben Erkrankungen zeigen bei Männern und Frauen unterschiedliche Symptome (z.B: Herzinfarkt, Depression) und bedürfen unterschiedlicher Diagnosemethoden (Herzkatheter), Richtwerte und Therapien.

Die medizinische Wissenschaft, welche sich mit der Erhebung dieser Unterschiede beschäftigt heißt „Gender Medicine“. Geschlechtsspezifische Medizin beschreibt die Überprüfung von Wahrheitsannahmen der Medizinischen Wissenschaft auf ihre Richtigkeit für Männer und für Frauen. Das Ziel der „Gender Medicine“ ist die Verbesserung der Gesundheit für Männer und für Frauen. Geschlechtsspezifische Medizin hat bereits zahlreiche sog. „Wahrheitsannahmen“ der Humanmedizin verändert, und so zur Verbesserung der medizinischen Versorgung beider Geschlechter beigetragen. Die SPÖ hat von Anfang an die Notwendigkeit dieser wissenschaftlichen Richtung erkannt, und so wurde in Österreich als erstes Land weltweit die erste Professur für Gender Medicine 2010 in Österreich vergeben. Geschlechtsspezifische Medizin ist in der Ausbildung von zukünftigen Mediziner*innen verankert. Viele Erkenntnisse der Gender Medicine sind mittlerweile auch in der breiten Bevölkerung bekannt. Dennoch weist die Gesundheitsversorgung von Männer und Frauen nach wie vor Mängel auf. So werden nach wie vor Herzinfarkte bei Frauen übersehen, Depressionen bei Männern verkannt, ADHS bei Buben überdiagnostiziert, Übergewicht bei Männern unzureichend behandelt und Medikamente, für Erkrankungen die überwiegend Mädchen betreffen, nicht an weiblichen Tieren/Zellen getestet.

Während Gender Medicine in der akademischen Medizin angekommen ist, fehlt oft die Anwendung in der Versorgungsmedizin. Die Nicht-Umsetzung von Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung in der medizinischen Routine ist inakzeptabel, verhindert sie doch die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Einzelnen. Um diese aufzuwerten, muss Gender Medicine nachhaltig in die medizinische Praxis Einzug erhalten. Hierfür ist noch viel Aufklärungsarbeit bei den Betroffenen und den Anwender*innen/Behandelnden notwendig. Zwar existieren bereits einige Angebote, jedoch fehlt ein standardisiertes Konzept zur Implementierung und Verbreitung von angewandter Gender Medicine.

Gleichzeitig sollen die Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, die individuelle Gesundheit sowie die volkswirtschaftlichen Konsequenzen wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Durch die Ergebnisse soll gezeigt werden, welche Auswirkungen eine echte Implementierung wissenschaftlicher geschlechtsspezifischer Erkenntnisse auf unser Gesundheitssystem hat.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Wissenschaftliche Erkenntnisse der Gender Medicine flächendeckend in der Praxis anzuwenden
- Eine Modellregion für Geschlechtsspezifische Medizin soll geschaffen werden, um zu evaluieren wie die Umsetzung unterstützt werden kann. Anhand eines mehrjährigen integrierten Konzepts soll wissenschaftlich begleitet Bewusstsein für geschlechtsspezifische Unterschiede und Anwendung von Erkenntnissen der „Gender Medicine“ in die medizinische Routine und das tägliche Leben geschaffen werden.
- Ausbildung und Fortbildung von Gesundheitspersonal (Ärzt*innen, Pflege und Management), Aufklärung von Patient*innen und gezielte Umsetzung von Standardprozessen in sämtlichen Gesundheitseinrichtungen (z.B. Anamnesebögen).
- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, die individuelle Gesundheit sowie die volkswirtschaftlichen Konsequenzen. Durch die Ergebnisse soll erwiesen werden, welche Auswirkungen eine echte Implementierung wissenschaftlicher geschlechtsspezifischer Erkenntnisse auf unser Gesundheitssystem hat.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 22: **Selbst bestimmen**

Eingebracht von: JG

Österreich hat aufgrund unzureichender Informationen und Prävention eine der höchsten Raten an Schwangerschaftsabbrüchen in Europa, circa 30.000 Abbrüche werden jährlich vorgenommen. Durch eine bessere Aufklärung über Körper, Sex und Verhütung könnte man dem entgegenwirken. Altersgerechte pädagogische Angebote an Schulen und ein leichter Zugang zu kostengünstigen Verhütungsmitteln wären nur eine von vielen Maßnahmen. Ein Abbruch ist ein lang überlegter und nicht einfacher Schritt und jede Frau in Österreich sollte die Möglichkeit haben in öffentlichen Krankenhäusern einen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch zu vollziehen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln durch die öffentliche Hand
- Zeitgerechte und Zielgruppenorientierte sexuelle Aufklärung für Schülerinnen und Schüler
- Infomaterial soll in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stehen
- Kostenlose Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern durch die öffentliche Hand finanziert

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Kapitel 5: Gewaltschutz

Antrag 23: Von Gewalt betroffene Frauen - Ausbau der Frauenhausplätze

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Niederösterreich

Die Frauenhäuser in ganz Österreich sind voll. Trotz der derzeit herrschenden paradoxen Auswirkung der Pandemie, dass weniger Frauen als sonst Schutz suchen. Der Grund, warum es für viele Frauen undenkbar ist zu flüchten liegt auf der Hand: Durch die Pandemie ist durch Arbeitslosigkeit, Homeoffice und Homeschooling die Anwesenheit der Familie und dadurch die Kontrolle des gewalttätigen Partners viel stärker, sodass Frauen oft gar keine Möglichkeit haben, unbemerkt zu telefonieren oder sich Hilfe zu suchen. Ebenso ist die finanzielle Situation in der Pandemie ein weiteres Hindernis. Angespante Wohnungsmärkte, gestiegene Mietpreise und Arbeitslosigkeit macht ein Ausbrechen komplizierter, auch dass ältere Söhne nicht im Frauenhaus wohnen dürfen, ist eine nicht zu vernachlässigende Hürde für die Mütter.

Trotz des Rückgangs an schutzsuchenden Frauen konnten 2020 41 Prozent der Frauen in jenem Frauenhaus, an das sie sich als erstes um Hilfe gewandt haben, nicht aufgenommen werden - aus Platzmangel (AÖF Statistik 2020). Ein Platzmangel, der lebensgefährlich ist. Grundsätzlich wird keine Frau abgewiesen, sondern an ein anderes Frauenhaus vermittelt. Die Problematik dahinter ist ein damit verbundener Schulwechsel bei schulpflichtigen Kindern oder auch die eigene Arbeitsstelle ist nicht mehr oder nur erschwert erreichbar.

Laut der Istanbul-Konvention, einem 2011 vom Europarat ausgearbeiteten, 122-seitigen, völkerrechtlichen Vertrag gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt, müsste es **mindestens einen Familienplatz pro 10.000 Einwohner** geben. Ein Familienplatz heißt: Eine Frau plus Kinder, gerechnet wird nach der Geburtenrate des jeweiligen Landes. Gemäß dieser Richtlinie fehlen allein in Niederösterreich aktuell rund 20 Plätze. Die Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen, das bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt helfen und dabei genügend Schutzunterkünfte für betroffene Frauen schaffen soll. Österreich hat die Konvention bereits am 14. November 2013 unterzeichnet.

Zu rechnen ist jedenfalls auch damit, dass mit den Lockerungen der Corona-Beschränkungen und der schrittweisen Rückkehr in die Normalität wieder vermehrt Frauen Hilfe suchen und der Zulauf zu den Frauenhäusern zunehmen wird. Gewalt von Männern gegen Frauen gibt es in allen sozialen Schichten, Nationen, Familienverhältnissen und Berufsgruppen. Gewalt gegen Frauen und Kinder ist somit ein gesellschaftliches Problem. Jede fünfte Frau in Österreich ist ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt, dies ergab eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Es sind dramatische Zahlen in einer Gesellschaft, die von sich glaubt, gleichgestellt zu sein.

Wir müssen noch aufmerksamer sein und noch genauer hinsehen, und uns fragen, woher diese Gewalt kommt: welche gesellschaftlichen Strukturen, welche Werte liegen ihr zugrunde? Wir brauchen ganzheitliche, innovative Ansätze aber auch Grundsatzüberlegungen, wie sich die Situation von gefährdeten Frauen verbessern lässt.

RESOLUTIONEN

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

Für Frauenhäuser:

- Regionalen Ausbau der Frauenhausplätze in jenen Bundesländern, die die Vorgaben der Istanbul-Konvention - ein Familienplatz je 10.000 Einwohner*innen - noch nicht erfüllen
- Keine Einschränkung bei der Aufnahme in Frauenhäusern in Bezug auf Staatszugehörigkeit
- Möglichkeit einer längeren Aufenthaltsdauer als ein Jahr in akuten Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie

Für Frauenberatungsstellen:

- Ausreichende, bedarfsorientierte finanzielle Absicherung für Fraueneinrichtungen sowie mittelfristige Finanzierungsverträge zur besseren Planungssicherheit
- Ausbau der Plätze von Mutter-Kind-Häusern
- Erhöhung der Anzahl an Notwohnungen
- Leistbarer Wohnraum: Ein Teil aller öffentlich geförderten Wohnungen soll gemäß Bedarf speziell für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt wurden, bereitgestellt werden
- eigenständiges Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis für Migrantinnen, die von Gewalt betroffen sind
- Erhöhung der Mittel für Familienberatungsstellen - Diese leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gewalt-Prävention

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSPRÜFUNGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 24: Stopp der Gewalt gegen Frauen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Oberösterreich

Die konservative politische Entwicklung nach rechts geht einher mit einer Verrohung der Gesellschaft, die sich auch in zunehmender Frauenverachtung bemerkbar macht.

Durch alle Gesellschaftsschichten hindurch ist Gewalt gegen Frauen immer noch allgegenwärtig. Patriarchale Haltungen begünstigen, dies- und die sind nicht importiert, die waren auch bei uns immer da.

In keinem europäischen Land ist der Anteil der weiblichen Opfer bei Tötungsdelikten höher als in Österreich. In den letzten sechs Jahren haben sich diese Morde in unserem Land mehr als verdoppelt: Starben im Jahr 2014 insgesamt 19 Frauen durch die Gewalttat eines Mannes, waren es im Jahr 2018 schon 41, im Jahr **2019 ganze 39** und im Jahr 2020 31 Opfer. Im aktuellen Jahr wurden bis zum 12. Mai bereits 14 Frauen von ihren (Ex-) Partnern ermordet. Der gefährlichste Ort für Frauen sind die eigenen vier Wände.

Finanzielle und soziale Abhängigkeiten ermächtigen Männer und entmachten Frauen - der Ausstieg aus einer Gewaltbeziehung wird durch diese strukturelle Diskriminierung massiv erschwert. Zuflucht in einem sicheren Frauenhaus oder das Erwirken einer Wegweisung des Täters braucht viel Mut und Widerstandskraft. Medien benennen die Gewalt die Frauen erfahren müssen oft nicht, sondern verharmlosen sie als Familien- oder Beziehungsdrama.

Es fehlt seit Jahren an den nötigen finanziellen Mitteln, um Frauen in Österreich ein sicheres Leben bieten und präventive Maßnahmen in dem nötigen Ausmaß setzen zu können. Die Zeit des Zusehens der Bundesregierung sowie der Frauenministerin muss vorbei sein. Es braucht im Kampf gegen Gewalt an Frauen konkrete Schritte statt nur Floskeln.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Den sofortigen Rücktritt der Frauenministerin Raab. Es braucht aufgrund der verfehlten Gewaltschutzpolitik der Bundesregierung der letzten Monate einen Neustart der Frauenpolitik.
- Den Ausbau der Frauenhäuser, Gewaltschutzzentren, Frauenberatungsstellen, Männerberatungsstellen und Frauenübergangswohnungen.
- Zusätzliche Mittel zum Ausbau der Gewaltschutzmaßnahmen
- Opferschutzorientierte Täterarbeit, die gleich mit der Wegweisung oder dem Einschreiten der Polizei beginnt - muttersprachliche Angebote ausbauen.
- Aggressionsbewältigungskurse für Männer.
- Schulungen der Justiz zum Begreifen von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen und Gewaltdynamiken und deren Folgen für das Opfer- Aufstockung der Ressourcen für raschere Verfahren und intensiverer, frühzeitiger Überprüfung der Möglichkeit der Verhängung von Untersuchungshaft über den Täter.
- Sensibilisierung von Personal im Krankenhaus und Bildungseinrichtungen, um Gewaltverletzungen zu erkennen und zum richtigen Umgang mit Gewaltopfern.
- Wiedereinführung des 2-tägigen Seminars „Gewalt in der Familie“ in der Grundausbildung der Polizei.
- Frauen ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben ermöglichen und somit Perspektiven bieten zum Ausstieg aus Gewaltbeziehungen - leistbare Wohnungen, existenzsichernde Sozialleistungen, Ausbau Unterhaltsvorschuss, höhere Löhne va im Hilfsarbeiterinnenbereich, Ausbau kostenloser Kinderbetreuung und Schulbegleitung.
- Betriebsvereinbarungen/Aktionsplan für den Umgang mit sexualisierter Gewalt.
- Gewaltfreie Kommunikation, die an allen Schulen gelehrt wird.

RESOLUTIONEN

- Gewalt an Frauen ist ein Männerproblem. Es braucht daher eine österreichweite Bewusstseinskampagne, um ein Umdenken der Männer zu bewirken. Dies soll durch die zuständigen Bundesministerien finanziert werden.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 25: Gewaltschutz

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

In Österreich besteht nach wie vor ein massives Problem im Bereich der häuslichen Gewalt und der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Dies trotz der Tatsache, dass die Gesetzeslage in Österreich sehr fortschrittlich ist. Männergewalt hat strukturelle, gesellschaftliche Ursachen, die alle angehen. In vielen Bereichen ist bekannt, wie gegen Gewalt vorgegangen werden kann. Oft scheitert es aber an den finanziellen und personellen Ressourcen.

Jede fünfte Frau wird in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Bis zum Ende Mai wurden im laufenden Jahr in Österreich bereits 14 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet. Trennungssituationen sind für Frauen dabei besonders gefährlich.

Seit Jahren führt Österreich die europäische Statistik bei den Femiziden an. Zudem werden EU-weit nur in Österreich mehr Frauen als Männer ermordet.

Frauenhass, Bemächtigung, wirtschaftliche Abhängigkeiten, männliches Besitzdenken, toxische Männlichkeit und vieles mehr spielen dabei eine Rolle.

Um den Gewaltschutz voranzubringen, braucht es ein Zusammenspiel verschiedenster Bereiche, die nur gemeinsam zum Erfolg führen werden:

- Opferschutz
- Täterarbeit
- Prävention und Aufklärung sowie
- Die Änderung gesellschaftlicher Strukturen
-

Das Budget des Frauenministeriums liegt aktuell bei 14,6 Mio. Euro für das Jahr 2021. Das ist weniger, als die Ersatzteile der Eurofighter kosten.

Opferschutzeinrichtungen haben Mittel in der Höhe von 228 Mio. Euro für den Gewaltschutz sowie 3000 zusätzliche Mitarbeiter*innen gefordert, um ihren Auftrag erfüllen zu können.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

Die Opferschutzeinrichtungen sind mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln auszustatten, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Dabei ist auf die Expertise der Organisationen zurückzugreifen. Diese sind mit längerfristigen Verträgen auszustatten, damit sie nicht jedes Jahr darum zittern müssen, ihre Tätigkeit weiterführen und Mitarbeiter*innen beschäftigen zu können.

- Die Rückfallquote bei häuslicher Gewalt ist sehr hoch. Gute Erfahrungen wurden mit Anti-Gewalt-Trainings gemacht. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, diese für Täter endlich verpflichtend umzusetzen. Ein entsprechender Antrag liegt dem Nationalrat bereits vor.
- Aufklärung und Sensibilisierung gegen häusliche Gewalt müssen bereits im Kindesalter, sowie bei der Bildung und Ausbildung sichergestellt werden. Dabei geht es ebenso um das Hinterfragen von Machtstrukturen, um ein Vorantreiben der Gleichberechtigung um mittel- bzw. langfristig einen gesellschaftlichen Wandel in puncto Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erwirken.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 26: Stoppt die Gewalt gegen Frauen

Eingebracht von: BSA

11.652 Betretungs- und Annäherungsverbote wurden von der Polizei 2020 verhängt, das ist ein Plus von 2904 im Vergleich zum Jahr 2019! Die Zahl der weggewiesenen Gefährder betrug 9.689, ein Plus von 1435 vom Stand 2019 zur Anzahl der Wegweisungen im Jahr 2020! Im gesamten Jahr 2020 gab es 31 weibliche Mordopfer, bereits 14 Frauenmorde sind bis Juni 2021 zu beklagen. Das sind die herausragenden Spitzen von Gewalt gegen Frauen, die durch Corona noch verschärft werden. Das Phänomen der Gewalt gegen Frauen ist eng mit den patriarchalen, von der Gesellschaft geduldeten Rollenbildern verwurzelt. Den getöteten Frauen wird in der Öffentlichkeit meist eine Mitschuld gegeben. Es wird suggeriert, dass sie getötet wurden, weil sie beispielsweise einen neuen Partner hatten, weil sie dem Ex-Partner die Kinder vorenthalten hätten oder weil sie sich trennen wollten. Es geht in diesen Fällen immer um Macht und Besitzdenken. Solange Frauen nicht in allen Bereichen der Gesellschaft gleichberechtigt sind, wird es grundsätzlich ein Machtgefälle zwischen Männern und Frauen geben, verbunden mit seinem Besitzdenken. Es braucht daher dringlichst eine gesellschaftspolitische Veränderung! Dem patriarchalen Rollenbild muss endlich auf mehreren Ebenen entgegengetreten werden.

Mit jeder von Gewalt betroffenen Frau leiden in der Regel auch Kinder und Jugendliche. Das Recht der Eltern auf ihre Kinder darf so einseitig nicht betrachtet werden. Die gemeinsame Obsorge der Eltern nach der Trennung ist dort eine gute Sache, wo die Machtverhältnisse des Ex-Paares ausgewogen sind und Kommunikation möglich ist. Bei Gewalt in der Familie ist beides nicht gegeben. Dort schafft die Fortsetzung des Kontaktes zwischen den ehemaligen Partnerinnen und Partnern eine Verlängerung der Gewaltsituation für das Opfer, da es den Kontakt mit dem Täter der Kinder wegen nicht abbrechen kann. Zudem werden dadurch falsche, bedrohliche Rollenmodell fortgesetzt.

Opferschutzeinrichtungen müssen rechtlich abgesichert werden. Opferschutz muss vor Datenschutz stehen und Frauenberatungsstellen und Hilfseinrichtungen müssen in Österreich massiv ausgebaut werden.

Um den Täter verlassen zu können um sich in Schutz bringen zu können braucht es finanzielle Unabhängig. Die finanzielle Unabhängigkeit aller Frauen muss verbessert werden. Die Armutfallen der Frauen müssen endlich geschlossen werden. Der Bogen der Maßnahmen reicht von Veränderungen im Steuer und Pensionsystem bis zum Bildungssystem!

Als sofort umzusetzende Maßnahme müssen Ressourcen aufgestockt werden zur kostenlose niederschwellige psychologische /psychotherapeutische Betreuung und Begleitung. Denn jedes Gewaltopfer hat ein Recht auf maximale physische, psychische, soziale und juristische Unterstützungen und Hilfestellung ad hoc!

Es ist international wissenschaftlich hinlänglich erwiesen und in WHO Dokumenten nach zu lesen, dass Gewalt krank macht. Die Anzahl der Depressionen, Schlaf und Angststörungen sowie psychosomatische Erkrankungen sind bis zu doppelt so hoch. Gewalt verursacht auf allen Ebenen Kosten!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gewalt gegen Frauen nicht nur als Lippenbekenntnis war zu nehmen, sondern das umfassende, gesellschaftspolitische Problem anzuerkennen und konkreter Maßnahmen auf mehreren Ebenen umzusetzen

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN



RESOLUTIONEN

Kapitel 6: Vereinbarkeit und Bildung



Antrag 27: **Umsetzung des Forderungspapiers der Sozialpartner*innen und Industriellenvereinigung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie: 1 Milliarde Euro pro Jahr mehr!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Die Corona-Krise hat erneut die große Bedeutung der Kinderbildungseinrichtungen und Elementarbildung für Gesellschaft und Wirtschaft gezeigt.

Vor allem Frauen stehen unter besonders hohem Druck. Die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit - vor allem für Kinderbetreuung - nimmt zu, während das Einkommen sinkt. Demzufolge sind erwerbstätige Mütter von der Corona-Krise doppelt betroffen und werden durch die Unvereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sukzessive aus dem Arbeitsmarkt gedrängt.

Die Sozialpartnerinnen und die Industriellenvereinigung haben daher ein **gemeinsames Forderungspapier** zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt - zentrale Forderung: **ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr.**

Nach wie vor sind die Kinderbildungseinrichtungen in allen Bundesländern anders geregelt. Gerade bei der Elementarpädagogik im Kindergarten braucht es neben dem Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz dringend auch ein **bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche und hohe Mindeststandards zu gewährleisten.**

Die Leidtragenden der mangelnden Kinderbildungsplätze sind meist Frauen. Sie sind allerdings besser gebildet als jemals zuvor und unverzichtbar für den Arbeitsmarkt. Um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, braucht es daher **flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbildungsangebote in ganz Österreich.** Nur so können Frauen nach der Karenz schneller an den Arbeitsplatz zurückkommen, was sich **auf ihre Erwerbskarrieren, ihr Einkommen und ihre Pension positiv auswirkt.**

EU-Staaten investieren im Durchschnitt ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten - Österreich hat hier massiven Nachholbedarf. Damit Österreich nicht noch weiter zurückfällt, werden eine **rasche Aufstockung der finanziellen Mittel und ein konkretes Finanzierungsmodell gefordert.**

Auch die Wirtschaft würde massiv profitieren, denn Investitionen in den Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen sind ein Beschäftigungs- und Konjunkturmotor. Zudem stärken sie den ländlichen Raum, denn neben der Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen, insbesondere für gut gebildete Frauen, ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Faktor, um einer Abwanderung entgegenzuwirken.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr
- flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbildungsangebote in ganz Österreich
- ein bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche und hohe Mindeststandards zu gewährleisten
- rasche Aufstockung der finanziellen Mittel und ein konkretes Finanzierungsmodell

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 28: Ausbau einer kostenfreien verschränkten Ganztagschule

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Oberösterreich

Die Gesellschaft darf nicht Frauen als kostenlose Nachhilfelehrerinnen Österreichs sehen. Die verschränkte Ganztagschule ermöglicht einen breiten Bildungszugang. So können Begabungen entdeckt und entwickelt und Kinder mit besonderen Bedürfnissen zielgerichtet und effektiv gefördert werden.

Ein ausgewogenes Mittagessen sowie ein qualitativ hochwertiges Freizeitangebot für alle Schüler*innen sind dabei unerlässlich. Im Zuge des Ausbaus der Ganztagschulen müssen auch die baulichen Gegebenheiten entsprechend geschaffen werden. Es ist vor allem wesentlich, dass der Besuch der Ganztagschule für die Erziehungsberechtigten kostenfrei und allen Kindern zugänglich ist. Versäumte Zahlungen der Eltern dürfen nicht mehr zur indirekten Bestrafung der Kinder durch Ausschluss führen.

Bei der verschränkten Ganztagschule wechseln einander Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen mehrmals im Laufe eines Tages ab. Dabei können alle Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen unter professioneller pädagogischer Aufsicht erledigt werden. Daraus ergibt sich für die Frauen und ihre Familien mehr Freizeit mit ihren Kindern. Die Frauen und ihre Familie, die sich private Nachhilfe nicht leisten können, werden somit wirklich finanziell entlastet.

Eine kostenfreie verschränkte Ganztagschule befreit Eltern oder Alleinerziehende ein Stück weit von der Sorge um den schulischen Erfolg, die schulische Leistung und erhöht die Chancengleichheit ihrer Kinder.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- einen flächendeckenden Ausbau einer kostenfreien verschränkten Ganztagschule für alle Kinder bis zum Ende der Schulpflicht.
- die Schaffung von lehrer*innenfreundlichen Arbeitsplätzen und bauliche Adaptierung der Schulstandorte (z.B. räumliche Rückzugsmöglichkeiten jeweils für Lehrer*innen und Schüler*innen), um die verschränkte Ganztagschule realisieren zu können.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 29: Sexualpädagogik an Schulen: Workshops und externe Vereine

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Sexualität gehört grundlegend zur menschlichen Entwicklung. Dass es einen offenen, aufgeklärten und sachlichen Zugang für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu der Thematik braucht, sollte im 21. Jahrhundert selbstverständlich sein. Das ist aber nicht der Fall. Viel zu oft wird das Thema immer noch tabuisiert, konservativ behandelt oder einfach unter den Tisch gekehrt und verschwiegen. Sexualität sollte eine Querschnittsmaterie in der Schule sein oder von Lehrpersonen, Schulpsycholog*innen oder Schulärzt*innen behandelt werden. Ob das passiert, hängt aber sehr von den jeweiligen Personen bzw. Schulen und deren Einstellung zum Thema ab. Unabdingbar ist daher die sexuelle Bildung, die ergänzend zur sachlichen und eher wissenschaftlichen Sexualerziehung, von geschulten Expert*innen in allen Schulen Eingang finden sollte.

Ausgebildete Expert*innen, Sexualpädagog*innen, sind dazu da, Kindern und Jugendlichen zur Seite zu stehen und ein breites Verständnis von Sexualität zu vermitteln. Sexualität ist nicht nur der Geschlechtsakt an sich, sondern eben etwas, das einen wichtigen Teil unserer grundlegenden Persönlichkeit und Lebensweise ausmacht. Der **Grundsatzertlass Sexualpädagogik**¹⁰ aus dem Jahr 2015 verlangt einen positiven und offenen Zugang zu Sexualität in der Schule. Trotzdem gibt es gewisse Vereine, die an Schulen Workshops abhalten, in denen sie ein enges und konservatives Bild von Sexualität und Beziehungen vermitteln. Beispielsweise gibt die Organisation „TeenSTAR“ an, dass Sexualität immer in Beziehungen stattfindet und dass alle Menschen und Jugendlichen sich nach fixen Beziehungen sehnen würden, wobei sie überzeugt sind, dass sich „*dafür der Rahmen der Ehe bewährt*“¹¹ hätte. Ein offenes Verständnis von verschiedenen Lebens- und Liebesformen sieht anders aus!

Schulexterne Expert*innen, die im Bereich der Sexualpädagogik geschult sind, sind essentiell für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, dass diese einen offenen, diversitätsorientierten Zugang liefern und das Thema vielschichtig behandeln. Organisationen, die sexualpädagogische Workshops anbieten, sollten selbst in ihrer Teamzusammensetzung möglichst divers sein. Wenn nur Personen in einem Verein arbeiten/aktiv sind, die alleamt bereits einer höheren Altersstufe angehören und in einem traditionellen Familien- und Rollenverständnis leben, fehlt der von vornherein offene und sensibilisierte Zugang.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Den Einsatz der SPÖ auf allen Ebenen für einen offenen, diversitätsorientierten, aufgeklärten und enttabuisierten Zugang zum Thema Sexualität.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

10 https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_11.html

11 Vgl. Sexualpädagogisches Grundkonzept Teenstar, online unter: <https://www.teenstar.at/teenstarsexualpaedagogik/grundkonzept/>

Antrag 30: Digitale Bildung für Mädchen stärken

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Die internationale vergleichende Leistungsstudie ICILS 2013 sowie 2018 (International Computer and Information Literacy Study) hat zum Ziel, mittels computerbasierter Tests die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der achten Jahrgangsstufe zu messen. Mit ICILS 2018 wurden zudem die Kontextbedingungen des Kompetenzerwerbs untersucht.

Ein interessanter Aspekt der Ergebnisse liegt in den Leistungsunterschieden zwischen Mädchen und Jungen in den computer- und informationsbezogenen Kompetenzen. Mädchen erreichen in Deutschland im Mittel 526 Leistungspunkte, Burschen 511 Leistungspunkte in den mittleren computer- und informationsbezogenen Kompetenzen. Die gerundete mittlere Leistungsdifferenz von 16 Punkten zugunsten der Mädchen ist signifikant und entspricht der Leistungsdifferenz, die in ICILS 2013 bereits festgestellt wurde. Auch auf der höchsten Kompetenzstufe schneiden Mädchen besser ab als Burschen (2018: Mädchen 2,0 %; Burschen 1,7 %; 2013: Mädchen 1,9 %; Burschen 1,1 %).

Auch wenn Mädchen tatsächlich besser oder sogar signifikant besser abschneiden als ihre männlichen Altersgenossen, sind es die Burschen, die ihre Kompetenzen trotz tatsächlich geringerer gemessener Testleistungen höher einschätzen als die Mädchen.

Dies spielt auch eine Rolle für die digitalisierungsbezogene Berufswahlneigung: Zu den verschiedenen betrachteten digitalisierungsbezogenen Aspekten von Berufswahlneigung - wie beispielsweise die Einschätzung, dass IT-Anwendungskennnisse hilfreich sind, später eine interessante Arbeit auszuüben oder sich zu wünschen, einen Arbeitsplatz zu finden, der die Arbeit mit fortschrittlichen Technologien beinhaltet, oder zu hoffen, nach der Schulzeit ein Fach mit IT- bzw. Technologiebezug zu belegen oder zu studieren - zeigen sich in Deutschland jeweils für die Jungen in der achten Jahrgangsstufe signifikant höhere Zustimmungsanteile als für die gleichaltrigen Mädchen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Mädchen eignen sich grundsätzlich mindestens gleich bzw. sogar besser für digitalisierungsbezogene Tätigkeiten und Berufsfelder, trauen sich aber weniger zu. Um Mädchen zu unterstützen und zu fördern, ihre Fähigkeiten entdecken und entfalten zu können und ihnen Berufswege im digitalen bzw. IT-Bereich zu erschließen, sind geschlechtlich ausgeglichene Gruppen bei Angeboten digitaler Bildung vorzusehen bzw. auch Gruppen, die ausschließlich Mädchen offenstehen.
- Die SPÖ setzt sich auf sämtlichen Ebenen dafür ein, dass solche Angebote insbesondere für Mädchen im schulischen und außerschulischen Bereich niederschwellig zugänglich gemacht werden.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 31: Gleichberechtigung als Teil der Ausbildung

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Island führt bereits seit mehreren Jahren die Liste der Global Gender Gap-Reports des Weltwirtschaftsforums an, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind dort am geringsten. Neben Errungenschaften, die auch in Österreich längst überfällig wären, wie etwa vollständige Lohntransparenz oder die Möglichkeit von Elternzeit für beide Elternteile, trägt in Island bereits das Schulsystem zu Gleichberechtigung bei.

Repräsentation, Aufstiegschancen oder gleiche Bezahlung sind eine Seite der Gleichberechtigung. Auf der anderen Seite muss am Mindset der Gesamtbevölkerung angesetzt werden. Der Gender Gap-Report führt nämlich keine Faktoren wie Gewalt gegen Frauen oder damit zusammenhängend sexistische Strukturen an, die in Island, und leider auch in Österreich, sehr präsent sind¹². Um dem entgegenzuwirken, wurde in Island vor bereits über zehn Jahren ein eigenes Schulfach mit dem Thema Gleichberechtigung eingeführt, das mittlerweile in fast allen Oberstufen des Landes unterrichtet wird.

Um echte Gleichberechtigung zu erlangen, muss auf allen Ebenen angesetzt werden. Denken und Sprache wird maßgeblich in der Schule geformt und gebildet. Deshalb ist es wichtig, genau hier aktiv zu werden und Veränderung zu erreichen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Dass in Zusammenarbeit mit Expert*innen ein Modell für ein Schulfach erstellt wird, das Gleichberechtigung, geschlechtergerechte Sprache und Antidiskriminierung zum Inhalt hat.
- Dieses Fach soll bereits in Volksschulen eingeführt werden.
- Gleichberechtigung, sensible Sprache und Antidiskriminierung soll Querschnittsmaterie in Unterrichtsfächern und Schulbüchern werden.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

12 <https://foreignpolicy.com/2020/07/15/the-misogynist-violence-of-icelands-feminist-paradise/>

Antrag 32: **Beste Bildung für alle Kinder, immer, überall und kostenlos. Der Elementaren Bildung endlich den Stellenwert geben, den sie verdient und braucht.**

Eingebracht von: Gewerkschafter*innen in der SPÖ und Kinderfreunde Österreich

Bildung ist für uns Sozialdemokrat*innen ein hohes Gut. Sie ist von Beginn des Lebens an bis ins hohe Alter ein Kinder- und Menschenrecht.

Durch die Covid-Pandemie wurde sichtbar und spürbar, wie essentiell funktionierende Bildungseinrichtungen für viele Bereiche der Gesellschaft sind. Dadurch wurde auch besonders deutlich, welche strukturellen Problemlagen in diesem Bereich immer noch vorherrschen.

Die Elementarbildung, also die Bildungseinrichtungen für Kinder vom 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt, ist in ihrer Grundidee eine ideale Bildungseinrichtung. Ihr fehlt allerdings die entsprechende Ausstattung, um dieser Aufgabe optimal nachkommen zu können. Zwar gelingt es im Kindergarten, für weitestgehend alle Kinder Lernen in der Gemeinschaft ohne Leistungsdruck und Notenbewertung anzubieten, doch dieser Bildungsbereich ist bis heute chronisch unterfinanziert und ungenügend ausgestattet. Es gibt in der Theorie einen bundesländerübergreifenden Bildungsrahmenplan - also eine Richtlinie, wie Bildung in diesen Einrichtungen passieren soll - dessen Erfüllung braucht aber entsprechende Rahmenbedingungen, die nicht vorhanden sind.

Elementare Bildung ist also ein geniales Konzept im Sinne der Sozialdemokratie, dem aktuell die Anerkennung und Finanzierung fehlt.

Wenn wir über elementare Bildung sprechen, müssen wir immer den Blickwinkel der 3 großen Gruppen an Beteiligten in diesem Bildungsprozess einnehmen: jenen der Kinder, der Eltern und natürlich der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen.

Aus **Kindersicht** kann die Elementarbildung ein Ort sein, an dem - ungeachtet der sozialen Herkunft - gemeinsam mit Gleichaltrigen beste Begleitung bei der Entwicklung, beste Förderung der Potenziale und optimaler Ausgleich der familiären und gesellschaftlichen ungleichen Startbedingungen geboten werden könnte.

Tatsache ist allerdings, dass elementare Bildung aufgrund unterschiedlicher Preisgestaltung, unterschiedlicher Verfügbarkeit und unterschiedlicher Qualität nicht allen Kindern in Österreich gleichermaßen zur Verfügung steht.

Aus **Elternsicht** können Kindergarten, Kinderkrippe, Spielgruppe etc. die Einrichtungen sein, die familienergänzend den eigenen Kindern beste Entfaltungsmöglichkeiten bieten, darüber hinaus aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten.

Tatsache ist allerdings, dass die eingeschränkten Öffnungszeiten und schwierige Erreichbarkeit, sowie die teils hohen Kosten für viele Familien die Vereinbarkeit mit einem Vollzeitjob nicht überall ermöglicht.

RESOLUTIONEN

Aus **Mitarbeiter*innensicht** in der Elementarbildung

Überwiegend Frauen wählen diesen abwechslungsreichen und wertvollen Beruf. Was gibt es Schöneres, als Kinder in ihrer Entwicklung zu begleiten und ihnen erste Bildungsangebote zu setzen.

Tatsache ist allerdings, dass ein eklatanter Pädagog*innenmangel herrscht. Viele Kolleg*innen starten nach ihrer Ausbildung auf einer BAFEP nicht im Beruf, sondern studieren weiter. Viele wechseln nach wenigen Berufsjahren in andere Bereiche. Es fehlen männliche Interessenten und jene, die die Diversität der Kinder durch ihren eigenen biografischen Hintergrund abbilden können. Die Bildungsarbeit mit Gruppen von bis zu 25 Kleinkindern ist enorm fordernd. Auch andere Rahmenbedingungen (wie bspw. zu wenig gruppenfreie Arbeitszeit, immer höher werdende Ansprüche an die Bildungsaufgaben, kaum Aufstiegsmöglichkeiten, zu wenige Reflexions- und Supervisionsmöglichkeiten, ...) machen den Job zu einem Knochenjob.

In der Covid-Pandemie waren die Beschäftigten in den ersten Bildungseinrichtungen durchgängig im Einsatz, also systemrelevant. Dabei waren sie über Monate hinweg weitgehend ungeschützt dem Virus ausgesetzt. Die Elementarbildung wurde von Seiten der Bundespolitik kaum bedacht und als Stiefschwester der Schule behandelt. Die Frustration und der Ärger der Beschäftigten in der Elementarbildung ist mittlerweile sehr groß.

Was seit Jahren in diesem Bereich politisch verabsäumt wurde, muss jetzt aufgeholt werden. Die bildungsbiografische Bedeutung der Elementarbildung, inklusive des volkswirtschaftlichen Effekts dieser frühen Investition in Bildungskarrieren ist durch viele internationale Studien wissenschaftlich belegt.

Elementare Bildung braucht endlich die Aufmerksamkeit und Zuwendung, die sie verdient. Es geht um die beste Bildung für alle Kinder, überall, jederzeit und kostenlos.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- eine massive und dauerhafte Erhöhung der Budgetmittel des Bundes auf 1% des BIP, aber zumindest 1 Milliarde Euro mehr für die Elementare Bildung unserer Kinder. Diese Mittel sollen eingesetzt werden um folgendes zu erreichen:

Beste Bildung von Anfang an:

- ALLE Kinder haben ausreichend erwachsene Bezugspersonen
- Wir meinen damit durchgehend 3 Mitarbeiter*innen pro Gruppe.
- ALLE Kinder haben optimal ausgebildete Bezugspersonen
- Wir meinen damit zumindest 2 pädagogisch ausgebildete Mitarbeiter*innen pro Gruppe.
- ALLE Kinder spielen und lernen in einer überschaubaren Gruppe

Wir meinen damit maximale Gruppengrößen, die sich am aktuellen Stand wissenschaftlicher Forschung orientieren, also maximal 20 Kinder in Gruppen für 3- bis 6-Jährige, kleinere Gruppen für jüngere Kinder.

- ALLE Kinder haben eingespielte Bildungspartner*innen

Kinder, Erziehungsberechtigte und Beschäftigte der Einrichtungen begegnen sich auf Augenhöhe und stehen in permanentem Dialog.

- ALLE Kinder haben gut vorbereitete Bezugspersonen ohne zusätzliche hauswirtschaftliche und administrative Tätigkeiten

Wir meinen damit, die Aufgaben der Mitarbeiter*innen müssen einheitlich geregelt sein, Assistent*innen sollen keine hauswirtschaftlichen Tätigkeiten übernehmen müssen und Pädagog*innen brauchen mehr gruppenfreie Zeit für Dokumentation, Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit etc.

- ALLE Kinder erhalten in jeder Einrichtung adäquate Begleitung und Förderung

Kinder sind verschieden und haben unterschiedliche Bedürfnisse, denen man in Kooperation mit externen Facheinrichtungen und mit multiprofessionellen Zugängen gerecht wird.

- ALLE Kinder haben ihren Platz, weil alle Einrichtungen inklusive Strukturen vorweisen

Nicht die Kinder müssen die passende Einrichtung finden, sondern die notwendigen Unterstützungsleistungen und die entsprechenden zusätzlichen Ressourcen kommen zum Kind. Unterstützung von Expert*innen muss zeitnah in der jeweiligen Einrichtung und kostenlos abrufbar sein. Dieses mobile Angebot dort, wo es gebraucht wird, muss parallel zur Attraktivierung der Ausbildung von Sonder-Elementarpädagog*innen ausgebaut werden.

- ALLE Kinder werden in der Elementarbildung in ihren Grundbedürfnissen gut versorgt.

Wir meinen damit, dass alle Kinder in ihrer elementarpädagogischen Einrichtung zwei gesunde, kostenlose Mahlzeiten pro Tag erhalten müssen, eine davon soll warm sein.

Elementarbildung immer und überall:

- ALLE Kinder haben einen gut erreichbaren Platz in einer Elementarpädagogischen Einrichtung in der Nähe Gerade im ländlichen Raum braucht es einen Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze. Nur so können genügend Plätze für alle Altersgruppen in der Nähe zum Wohnort Realität werden.

- ALLE Kinder haben einen Platz in einer elementarpädagogischen Einrichtung, der das ganze Jahr und den ganzen Tag verfügbar ist

Die Öffnungszeiten müssen mit einer Vollzeitbeschäftigung der Erziehungsberechtigten vereinbar sein. Dazu braucht es einen Ausbau der Einrichtungen, die den VIF-Kriterien entsprechen bzw. einheitliche Regelungen der Kopplung von Förderungen an die Erfüllung dieser Kriterien.

- ALLE Kinder erhalten Elementarbildung mit derselben Qualität und denselben Standards

Der österreichweite Bildungsrahmenplan braucht entsprechende bundeseinheitliche Rahmenbedingungen. Es braucht ein Bundesrahmengesetz und die Elementarbildung muss vollständige Kompetenz des Bildungsministeriums sein.

- ALLE Kinder genießen die elementare Bildung ohne jegliche Kosten (keinerlei Beiträge) für die Eltern

Sowohl der Besuch einer Einrichtung als auch alle Aktivitäten und Versorgungsleistungen in dieser Zeit müssen kostenlos sein.

Optimale Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten:

- ALLE Mitarbeiter*innen in der Elementarbildung brauchen optimale Arbeitsbedingungen, um nach der Ausbildung überhaupt in den Job einzusteigen, langfristig im Job zu bleiben oder sich als Später-Berufene für diesen Job zu entscheiden.
- ALLE Beschäftigten brauchen ein einheitliches Bundesrahmengesetz mit Mindeststandards für Elementarpädagogische Bildungseinrichtungen und Horte
 - o mit geregelter Vor- und Nachbereitungszeit und dementsprechend geregelter Kinderdienst.
 - o mit ausgewiesener Zeit für Elternarbeit.
 - o mit bezahlten Supervisions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Arbeitszeit.
- ALLE Elementarpädagog*innen brauchen ein österreichweit einheitliches Gehaltsschema - zumindest in der Höhe von € 2.750,- pro Monat.

RESOLUTIONEN

- ALLE Assistent*innen brauchen ein österreichweit einheitliches Gehalt, von dem man gut leben kann - zumindest in der Höhe von € 1.800 - pro Monat.
- ALLE Beschäftigten brauchen ein neues, einheitliches Ausbildungssystem für Leitungen - auf tertiärem Niveau, für gruppenführende Kräfte und für das unterstützende Personal - mit allen arbeitsrechtlichen Konsequenzen. Zwischen diesen Ausbildungsformen ist auf eine hohe Durchlässigkeit zu achten.
- Die Elementarbildung braucht eine österreichweite Ausbildungsoffensive, um dem Personalmangel entgegen zu wirken - beispielsweise durch die flächendeckende Ausweitung des Best Practise Modells Kolleg "Change".
- Solch eine Ausbildung muss die Lebenshaltungskosten der Teilnehmer*innen abdecken und einen schnellen Zugang zur Praxis eröffnen.
- Es ist aus pädagogischer Sicht höchst an der Zeit, dass es unter den Beschäftigten der Elementarbildungseinrichtungen einen höheren Männeranteil gibt. Dementsprechend muss das Berufsbild beworben und attraktiviert werden.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

Antrag 33: Strukturelle Diskriminierung aufheben – mehr Väter in Karenz!

Eingebracht von: JG

Seit 1. September 2019 besteht gesetzlich die Möglichkeit des "Papamonats", jedoch kann das "Papamonat" als ein Symptom der Gesellschaft bezeichnet werden, die durch strukturelle Diskriminierung gekennzeichnet ist. Die Zahl der Väter in Karenz geht insgesamt zurück. Männer gehen nach wie vor selten in Karenz und die aktuellen Zahlen der Statistik Austria lassen beobachten, dass die Zahl der Väter in Karenz seit 2011 kontinuierlich sinkt. Die Verteilung zwischen Männern und Frauen in Karenz liegt derzeit eins zu 25, also weit entfernt von einer gleichberechtigten Verteilung der Karenzzeiten. Die hauptsächlich angeführten Gründe von Vätern, nicht in Karenz zu gehen, sind befürchtete berufliche Nachteile in Form von Einkommensverlusten, Arbeitsintensivierungen, Karrierestagnation und soziale Sanktionen. Diese Gründe kennzeichnen seit jeher die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Müttern. Dabei wird oft Frauen aufgrund von gesellschaftlichen Geschlechternormen, berufliche Ambitionen abgesprochen und unbezahlte, unsichtbare Haus-, Erziehungs- und Sorgetätigkeiten automatisch zugewiesen. Diese Umstände führen weiter dazu, dass ca. 2/3 der unbezahlten Arbeit in Österreich nach wie vor von Frauen geleistet wird und, dass die Teilzeitquote von Frauen bei knapp unter fünfzig Prozent (47,5%) liegt. Somit ist Weiblichkeit am Erwerbsarbeitsmarkt ein Wettbewerbsnachteil. Zusammengefasst: Die Herausforderungen, welche Männer hauptsächlich als Gründe für eine Nichtausübung der Karenzzeit anführen, haben Frauen seit jeher zu beklagen. Um Nachteile für Frauen beim Wiedereinstieg in die Berufswelt zu verringern, ist eine längere Dauer von Vätern in Karenz enorm wichtig; das zeigen die Ergebnisse des Wiedereinstiegsmonitoring der Arbeiterkammer Wien. Längere Vätern in Karenz haben demnach mit Abstand den größten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in den Berufsalltag zurückkehren. Geht der Vater länger als sechs Monate in Karenz, ist die Chance auf einen Wiedereinstieg der Mütter rund 2 x Mal größer als im Durchschnitt. Die skandinavischen Länder müssen als Vorbild und als Chance gesehen werden. Was machen andere Länder im Norden Europas besser? Die nordischen Länder werden immer wieder bei diversen gesellschaftlichen Themen als Vorzeigebispiele herangezogen, vor allem wenn es darum geht, Wege zu einer progressiven Gleichstellungspolitik zu finden. Das gilt auch in diesem Fall für eine fortschrittliche Vätern in Karenz. Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden führten "Papawochen" mit Rechtsanspruch und Vätern in Karenzquoten ein. Seit dem Jahr 2002 gibt es in Schweden eine Vätern in Karenzquote von zwei Monaten und neun von zehn Vätern gehen mittlerweile in Karenz. Unter solchen Bedingungen gelten Vätern in Karenz weder als außergewöhnlich noch als selbstlos, sondern es wird gesellschaftlich als Selbstverständlichkeit gesehen, dass Männer sich ganz einfach um ihre Kinder sorgen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- die Etablierung und bundesweite Umsetzung von Fördermodellen für Väter in Karenz nach skandinavischem Vorbild durch unter anderem Einführung einer verpflichtenden Vätern in Karenz
- durch strukturelle Maßnahmen im Arbeitsmarkt die Väter*beteiligung zu erhöhen durch:
 - o Aufbrechen von Einkommensunterschieden zwischen Männern* und Frauen* - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
 - o Wiedereinführung eines eigenständigen Frauen*Ministeriums, sowie die Schaffung einer*s dem Ministeriums zugeordneten Gender-Equality-Staatsekretär*in.
- Ausbau von ganztags Kinderbildungseinrichtungen bundesweit

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ZUWEISUNG AN DEN SPÖ PARLAMENTSKLUB

Beschluss der Konferenz: ZUGEWIESEN AN DEN SPÖ PARLAMENTSKLUB

RESOLUTIONEN

Antrag 34: Jugend in der Krise

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden dieser Pandemie. Seit über einem Jahr wird schonungslos über ihre Köpfe hinweg entschieden, sie werden kaum in politische Debatten einbezogen und auch die außerschulische Jugendarbeit liegt seit Monaten auf Eis. Anstatt sich wie gewohnt mit Freund*innen treffen zu können, müssen die meisten der jungen Menschen oft ohne Pause 8 bis 9 Stunden am Tag vorm Bildschirm sitzen. Etwas, was man ihnen vor der Pandemie immer als "ungesund" einzureden vermochte. Ob sie nun eckige Augen kriegen oder gar von psychischen Problemen heimgesucht werden, interessiert in diesem Land scheinbar niemanden.

In einer Zeit, in der eigentlich Abkapselung und Identitätsfindung angesagt wäre, bleibt ihnen oft nichts anderes übrig, als 24/7 zuhause mit ihren Eltern zu verbringen. Ihnen fehlen soziale Kontakte und Freizeitangebote, was sich natürlich auch auf die psychische Gesundheit auswirkt und worauf von vielen Fachärzt*innen bereits aufmerksam gemacht wurde. Eine Studie der Donau Universität Krems in Kooperation mit der Medizinischen Universität Wien zeichnet ein alarmierendes Bild. 56% aller Schüler*innen leidet unter depressiven Symptomen, wie Angstsymptomen oder Schlafstörungen. Rund 16% haben täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage suizidale Gedanken. Vielen Kindern und Jugendlichen fehlt die Zukunftsperspektive Hinzu zum Ausbleiben jeglicher Sozialkontakte und einem geregeltem Kindergarten oder Schulalltag in Präsenz (!), kommt bei vielen Kindern und Jugendlichen auch die Angst, dass das was sie jetzt verpasst haben, nie wieder nachzuholen ist.

Im Gegensatz zu der älteren Bevölkerung haben junge Menschen noch nicht die Erfahrungswerte, sodass sie wissen, dass auf jede Tiefphase auch wieder Hochphasen folgen werden. Das trübt den positiven Blick in die eigene Zukunft natürlich ungemein. Doch nicht nur die ausgebliebenen Freizeitaktivitäten nagen an der jüngeren Generation. Aufgrund der immer noch andauernden Pandemie konnten viel zu viele junge Menschen wichtige Praktika nicht absolvieren, die ihnen normalerweise zur Berufsorientierung dienen.

Wichtige Erfahrungen für den eigenen Ausbildungsweg und die Zukunft sind für immer verloren. Jene Jugendlichen, die in dieser Ausnahmesituation noch eine Lehrstelle, einen Arbeitsplatz oder ein Praktikum gefunden haben, zählen zu den Glücklichen. Gute Politik sollte sich aber nicht auf das Glück allein verlassen oder auf der Herkunft der Kinder basieren! Hinzu kommt, dass die staatlich geförderte überbetriebliche Lehre wird seit Jahren kaputtgespart. Unter Schwarz-Blau II beispielsweise wurde die Lehrlingsentschädigung für überbetriebliche Lehren um die Hälfte gekürzt.

Anreize für Betriebe die Jugendlichen aus dem Teufelskreis der Langzeitarbeitslosigkeit zu holen, werden gerade in dieser wichtigen Zeit nicht geschaffen. Was bleibt, ist eine Wirtschaft mit Fachkräftemangel und Jugendlichen, die vor lauter Perspektivlosigkeit den Kopf in den Sand stecken. Wo bleibt das gute Leben? Auch in der Schule tun sich Probleme auf: Einige Schulen setzen die Messlatte im Distance Learning noch höher an, als sie zuvor schon war. Die Kinder bekommen so viele Hausaufgaben, dass sie gar nicht mehr hinterherkommen. Wer kein Elternteil hat, das sich stundenlang mit einem auseinandersetzen kann, muss schauen wie er oder sie selbst zurechtkommt.

Schüler*innen sitzen hilflos und verzweifelt vor den Endgeräten, lechzend nach Normalität, und wissen nicht, womit sie zuerst beginnen sollen: sich den Bergen an Hausaufgaben widmen oder doch lieber in Zukunftsängsten versinken. So kann es nicht weitergehen!

Eine Pandemiepolitik darf nicht zulasten der psychischen Gesundheit von jungen Menschen passieren! Ein Blick in die Kinder- und Jugendpsychiatrien zeigt ebenfalls ein dramatisches Bild: bereits im Februar warnte der Abteilungsleiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie des AKH Wien, Paul Plener, vor einer Überfüllung der Station. Gleiches kann in ganz Österreich beobachtet werden, es kam zu einer "Triagierung" der jungen Patient*innen: "Weniger" schwere Fälle, die normalerweise aufgenommen werden würden, müssen wegen Platzmangel abgewiesen werden.

Der Ausbau an Psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten wäre schon vor der Pandemie dringend notwendig gewesen. Doch was sich jetzt zusätzlich zeigt, ist: die Häufung der Fälle wäre bei einem besseren Corona-Management und einem Mitdenken der jüngeren Generation nicht so drastisch gestiegen. Eine gesunde Psyche darf kein Privileg sein. Daher wären gratis Psychotherapieplätze für ALLE jungen Menschen ein erster Schritt. Dennoch muss gesagt werden: das ist in Wahrheit nur Symptombekämpfung eines krisengebeutelten Systems. Hätten wir Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitsplätze, die jungen Menschen auch in Problemlagen Halt und Sicherheit geben und würde jungen Menschen ein Recht auf Arbeit eingeräumt werden, würden vermutlich auch die Depressions-Statistiken sinken.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Psychotherapieplätze für alle Kinder und Jugendlichen, vor allem für langzeitarbeitssuchende Jugendliche, deren Kosten vollständig seitens der öffentlichen Hand übernommen werden.
- Ein Recht auf Arbeit sowie einen Rechtsanspruch auf einen Lehr- oder Ausbildungsplatz • Eine 30h-Woche für alle, damit die vorhandene Arbeit gerecht aufgeteilt wird und ALLE Jugendlichen nach der Schulzeit eine Ausbildungsstelle und einen fixen Arbeitsplatz mit Zukunftsperspektive bekommen können.
- Berufsbranchen in denen vorwiegend Frauen* tätig sind wie die Gastronomie, der Tourismus und vor allem aber auch der Pflegesektor müssen finanziell aufgewertet werden, damit junge Mädchen nicht schon zu Beginn ihrer Berufskarrieren ins Prekariat abrutschen.
- Mehr Jugendsozialarbeit um Prävention und Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen voranzutreiben. _____ 1<https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2020/psyche-seit-covid-19-unter-dauerbelastung0.html> (zuletzt abgerufen am 22.04.2021) 2 <https://kontrast.at/psychische-erkrankungen-kinder-corona/> (zuletzt abgerufen am 22.04.2021)

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 35: Frauen* an die Hochschulen!

Eingebracht von: Aktion kritischer Schüler_innen, Junge Generation, Sozialistische Jugend, Verband sozialistischer Student_innen

Die Studierendensozialerhebung des Jahres 2019 zeigt mit aller Deutlichkeit, inwiefern unser Hochschulsystem Spiegelbild gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist und wo sich Ungerechtigkeiten erkennen lassen. Auf den ersten Blick erscheinen die Zahlen der Frauen* an den österreichischen Hochschulen positiv: Über 50% der Studierenden sind Frauen*, an PHs machen Frauen* sogar 80% der Studierenden aus. Auch unter den Studienanfänger_innen sind vorwiegend Frauen*.

Die Hochschulzugangquote scheint also zu Gunsten von Frauen* auszufallen - im europaweiten Vergleich liegt Österreich aber dennoch im hinteren Drittel. Vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen (exklusive Medizin) sind Frauen* mit 75% stark überrepräsentiert. Gegenteilig dazu ist der Frauen*anteil in Informatik und Kommunikationstechnologie, Ingenieurwesen sowie Physik (24%) und Mathematik (34%) schwindend gering. Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich ebenso hinsichtlich der Bezahlung von Nebentätigkeiten feststellen.

Neben dem Studium erwerbstätige Frauen* verdienen durchschnittlich 243€ weniger als Männer* (753€ vs. 985€). Diese Ungleichheit ist auch bei der Bezahlung von Praktika zu erkennen: Nur 24% der Frauen* werden für ihr Praktikum entlohnt. Im Gegensatz dazu wird fast die Hälfte der Studenten dafür bezahlt. Das liegt unter anderem daran, dass im Sozial- und im Gesundheitswesen lediglich 12% bzw. 6% der Praktika entlohnt werden, während dies im Informatikbereich bei fast allen (95%) geschieht.

Eine Unterrepräsentation von Frauen* in MINT-Fächern ist auch bei Professuren zu erkennen: Nur 9% der Professuren an technischen Universitäten sind von Frauen* besetzt. Allgemein sind nicht einmal ein Viertel der Professor_innen (23%) Frauen*. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es dringend Frauen*quoten in allen Fachbereichen braucht, um der Leaky Pipeline entgegenzutreten und faire Repräsentation in Führungspositionen zu gewährleisten. Dass es mehr als genug qualifizierte Frauen* gibt, hat die TU Eindhoven bewiesen, wo im Zuge eines Frauen*förderungsprogramms bei Neuanstellungen nur Frauen* eingestellt wurden.

Der Professor_innenanteil konnte so in einem Jahr um 3% erhöht werden. Eine weitere Hürde für ein möglichst barrierefreies Studium sind Betreuungspflichten von Kleinkindern, die vor allem von Frauen* übernommen werden. 2.800 Studierende in Österreich sind alleinerziehend - hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Frauen*. Alleinerzieher_innen sind mitunter am meisten von finanziellen Schwierigkeiten betroffen. Abgesehen von der Tatsache, dass nur 39% der studierenden Eltern angeben, an ihrer Hochschule ein Kinderbetreuungsangebot zu haben, gibt fast die Hälfte der studierenden Mütter an, sich Kinderbetreuung nicht leisten zu können.

Ohne gratis Kinderbildungseinrichtungen an allen Hochschulstandorten ist ein uneingeschränktes Studieren somit keineswegs möglich. Hier hat die Coronakrise erneut gezeigt, wie gravierend die Ungerechtigkeiten im Bereich der Betreuung sind. Distance Learning, Home Office und Homeschooling lassen sich vor allem für Frauen* oft nur schwer vereinbaren. Flächendeckende Kinderbetreuung muss auch während der Coronakrise mit entsprechenden Sicherheitskonzepten sichergestellt sein.

Ansonsten werden Frauen*, insbesondere Alleinerziehende, immer weiter von unseren Hochschulen ferngehalten. Außerdem haben viele Studentinnen* ihre (geringfügigen) Jobs im letzten Jahr verloren und sind dadurch in finanziell prekäre

Situationen geraten. Staatliche Hilfe fehlt nach wie vor. Diese Diskriminierungsformen wirken sich in weiterer Folge auch auf die Gesundheit von Frauen* aus: So geben 60% an, mindestens eine stressbedingte Schwierigkeit zu haben. Mehr als die Hälfte der Studentinnen spricht von mindestens einer psychischen Beschwerde. Auch wenn die psychologische Studierendenberatung deutlich an Sichtbarkeit gewonnen hat, geben dennoch nur 6% der Studierenden an, sie auch einmal beansprucht zu haben. Es ist unsere Aufgabe, für eine Hochschule ohne geschlechtsspezifische Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Die oben genannten Problemfelder sind nur ein Teil einer patriarchal strukturierten Hochschule und es muss unsere Aufgabe sein, diese zu thematisieren und zu bekämpfen!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausbau von Tenure-Track-Stellen und gegen die Kettenvertragsregelungen an den Hochschulen, um Jungwissenschaftler_innen, insbesondere Frauen*, den Einstieg in die Wissenschaft zu erleichtern.
- eine 50%ige Frauen*quote hinsichtlich der Lehrenden aller wissenschaftlichen Disziplinen, sowie aller Mitarbeiter_innen und gegebenenfalls öffentlichkeitswirksame Thematisierung
- Zudem wird sich für die Schaffung von verbindlichen Frauen*förderungsprogrammen (nach dem Beispiel Eindhoven) an allen österreichischen Hochschulen eingesetzt, um der Gläsernen Decke und der Leaky Pipeline entgegenzuwirken und auch am oberen Ende der Karriereleiter Repräsentation von Frauen* gewährleisten zu können. Dies gilt vor allem für technische Universitäten, in denen Frauen* noch stärker unterrepräsentiert sind.
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Förderung von Frauen* in MINT-Studiengängen
- faire Entlohnung von Studierenden-Praktika, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen, da im Speziellen Frauen* in diesen Bereichen von unbezahlten Praktika betroffen sind.
- bessere Vereinbarkeit von Studium und Arbeit, sowie ein ganztägiges und kostenloses Kinderbetreuungsangebot an allen österreichischen Hochschulen, um Alleinerzieher_innen ein barrierefreieres Studieren zu ermöglichen. Vor allem während Distance Learning, Home Office und Homeschooling in der Coronakrise müssen flächendeckende Kinderbildungsangebote gewährleistet sein.
- Ausbau und Sichtbarmachung der psychologischen Studierendenberatung um stressbedingte Schwierigkeiten und psychischen Beschwerden, die am Häufigsten Frauen*treffen, entgegenzuwirken.
- Sichtbarmachung des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen, sowie dessen verpflichtende Einführung an allen österreichischen Hochschulen, um von Diskriminierung betroffenen Personen eine möglichst niederschwellige Anlaufstelle zu errichten.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Kapitel 7: Frauen*rechte sind Menschenrechte

Antrag 36: Absicherung der Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Frauenservicestellen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Die SPÖ Frauen geben ein starkes Bekenntnis zu den bestehenden österreichischen und Kärntner Frauen- und Mädchenberatungsstellen im Sinne von Diversität und Vielfalt ab. Damit einhergehend ist auch die Sicherstellung ausreichender budgetärer Mittel zu deren Weiterführung und langfristigen Absicherung notwendig.

Dazu kommt der Hinweis vieler Beratungsstellen, dass die eher konstanten Zahlen der notwendigen Beratungen auch darauf zurückzuführen sind, dass es Wartelisten gibt. Die Anzahl der Frauen, welche sich auf den Wartelisten befinden, wird in den Beratungszahlen nicht abgebildet. Somit ist das derzeitig vorherrschende Argument, die Beratungszahlen verzeichnen keinen großen Anstieg, nicht korrekt.

Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und österreichweite Versorgungsstruktur mit qualitativ hochwertigen Angeboten.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für den Ausbau von Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie Frauenservicestellen unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten sowie die Sicherstellung deren jährlicher Indexierung sowie
- die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenz und Infrastruktur für Online-Beratungen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 37: Wir haben Platz für Menschenrechte

Eingebracht von: der Sozialistischen Jugend Österreich, Aktion kritischer Schüler_innen, Verband sozialistischer Student_innen, Junge Generation

Die Zustände in den europäischen Schutzsuchenden-Lagern (z.B. in Griechenland oder Bosnien und Herzegowina) sind, wie vielen Berichten zu entnehmen ist, eine humanitäre Katastrophe. In den Lagern fehlt es am Notwendigsten: medizinischer Versorgung, sauberem Trinkwasser, festen Unterkünften, warmer Kleidung, Möglichkeiten eine Schule zu besuchen, psychologischer Hilfe sowie angemessenen Hygienestandards.

Diese Missstände sind nicht erst seit kurzem bekannt, sondern wurden von der EU auch schon vor der Corona-Pandemie hingenommen. Zusätzlich zu den katastrophalen Bedingungen in den Schutzsuchenden-Lagern, gibt es immer wieder Berichte, wie beispielsweise seitens Organisationen wie SOS Balkanroute, über illegale Push Backs. Durch dieses gewaltsame

Zurückdrängen von Schutzsuchenden, wird eben jenen de facto ihr Recht auf Asyl verwehrt.

Durch Regen und Schnee kam es, beispielsweise im griechischen Lager „Kara Tepe“ auf Lesbos, nicht nur einmal zu Überflutungen. Viele der Schutzsuchenden mussten bei Minusgraden quasi im Freien schlafen, denn es gibt immer noch keine festen Unterkünfte. Und was macht die EU? Nachdem das Lager Moria niederbrannte, errichtete Europa gleich das nächste Elendslager mit noch schlechteren Bedingungen als zuvor. Mehrere Staaten - darunter auch Österreich unter Bundeskanzler Kurz - suchten und fanden erneut Ausreden, wieso man auch jetzt keine Menschen aus den Lagern aufnehmen könne.

Gerade angesichts der Pandemie, während alle darum ringen, möglichst viel Zuhause zu sein und sich zu schützen, wird von der EU ignoriert wie Menschen in den Schutzsuchenden-Lagern ohne entsprechenden Hygienemaßnahmen der Gefahr einer Covid-Erkrankung ausgesetzt waren und nach über einem Jahr Corona immer noch sind. Die katastrophalen Bedingungen tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen in den Lagern unter psychischen Problemen leiden beziehungsweise bestehende Traumata durch die Flucht verstärkt werden. Im Jahr 2020 haben die Kinderpsycholog*innen von „Ärzte ohne Grenzen“ allein auf Lesbos 49 Kinder mit Selbstmordgedanken oder bereits nach einem Suizidversuch behandelt.

Die Situation erscheint Vielen in den Lagern als ausweglos. Die Schutzsuchenden haben keine Zukunftsperspektiven. Zu ihren traumatischen Erlebnissen aus dem Herkunftsland und auf der Flucht kommen die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern sowie die Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft hinzu - sobald ein Asylanträge gestellt worden ist, heißt es warten. Diese, auch zeitliche Unsicherheit und damit auch inexistenten Zukunftsperspektive, treibt mehr und mehr Schutzsuchende Menschen in die Verzweiflung. Frauenspezifische Fluchtursachen anerkennen Hinzu zu all den genannten Missständen treten auch noch genderbezogene Problematiken auf: Frauen* und Mädchen* können klarerweise aus den gleichen Gründen wie Männer* verfolgt werden und müssen schließlich flüchten, aber sie sind in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht noch mit zusätzlichen Risiken wie geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt konfrontiert. Sexualisierte Gewalt wird in Kriegen und Konflikten oft als Waffe eingesetzt.

Viele der Frauen* auf der Flucht waren schon in ihren Herkunftsländern davon betroffen und sind auch auf der Flucht nicht in Sicherheit davor. Am Beispiel der FGM (Female Genitale Mutilation) sehen wir, dass Frauen* selten auf rechtlicher Basis einen Asylgrund argumentieren können. Das gehört geändert! Frauen*spezifische Fluchtgründe müssen endlich anerkannt werden. Denn wie oben beschrieben, sind sie nicht nur in ihren Herkunftsländern, sondern auch auf der Flucht und in Schutzsuchenden-Lagern öfter Gewalt ausgesetzt und von Diskriminierung betroffen.

Alltägliche Tätigkeiten wie Wasser holen oder zur Toilette gehen können kritische Situationen für Frauen* und Mädchen* darstellen, denn sie sind der permanenten Gefahr von Missbrauch ausgesetzt. Häufig fehlt die Sensibilität für

geschlechtsspezifische Bedürfnisse - auch in europäischen Lagern. Das Bild von schutzsuchenden Menschen muss weiblicher werden! Damit Parteien wie die ÖVP und FPÖ ihr Feindbild aufrechterhalten können, kommen im öffentlichen Diskurs fast nur geflüchtete Männer* vor. Von schutzsuchenden Frauen* ist selten bis nie die Rede, und auch von der Aufnahme von gewaltbetroffenen Frauen* will Österreich nicht sprechen.

Die menschenfeindliche Politik von ÖVP und FPÖ fällt auf fruchtbaren Boden, denn mittlerweile wird sie ja sogar schon von den Grünen mitgetragen (Stichwort: Abschiebung von der minderjährigen Tina und ihrer Familie und vielen weiteren schutzsuchenden Menschen im Februar 2021). Schutzsuchende werden auch unter Schwarz-Grün weiter stigmatisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Um diesen menschenunwürdigen Umständen ein Ende zu setzen braucht es viele Maßnahmen.

Wir als Feminist*innen tragen Verantwortung, alle Frauen* für unseren Kampf um Gleichberechtigung einzubinden und müssen besonders marginalisierten Gruppen, wie Frauen* auf der Flucht, noch mehr Aufmerksamkeit schenken! Es gilt in der Gesellschaft Bewusstsein über die Zusammenhänge zwischen Gewalt und Geschlecht zu schaffen und die katastrophalen Bedingungen, unter welchen Schutzsuchende in Europa ausharren müssen, aufzuzeigen und zu verändern.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Sichere Fluchtwege schaffen, da vor allem Frauen* auf den Fluchtwegen öfters von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.
- Menschenunwürdige Lebensbedingungen für Schutzsuchende in den europäischen Lagern beenden und die Aufnahme von den Menschen aus Schutzsuchenden-Lagern (wie z.B. Kara Tepe, Lipa).
- Sofortige Evakuierung der Schutzsuchenden-Lager, in denen humanitäre Mindeststandards nicht eingehalten werden.
- Faire, transparente und schnellere Asylverfahren.
- Dass der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX die Finanzierung entzogen wird, da diese wiederholt Menschenrechtsverletzungen (Pushbacks) begangen hat.
- Unabhängige und kostenlose Rechtsberatung für Asylsuchende in Österreich.
- Mehr Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen in der Betreuung von Schutzsuchenden mit Traumata und Folgeerkrankungen.
- Frauen*spezifische Fluchtursachen wie z.B.: FGM anerkennen.
- Dass Österreich keine Abschiebungen in Krisenregionen oder Länder, in denen der Aufenthalt vom österreichischen Außenministerium als Risiko eingestuft wird, durchführt (wie z.B. Afghanistan).
- Finanzielle Solidarität mit allen Ländern, die sich aktiv an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligt haben und beteiligen.
- Ein klares "Nein" seitens der SPÖ zu Kürzungen im Integrationsbereich; speziell auch ein Neu-Denken von Deutsch- und Integrationskursen.
- Aktives Auftreten gegen Hetze gegenüber schutzsuchenden Menschen. • Finanzielle Förderung und Entkriminalisierung von Freiwilligen-Initiativen und Freiwilligen, die sich aktiv an der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden beteiligen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 38: **Selbstbestimmt, sichtbar & stolz. Für ein gutes Leben für ALLE - unabhängig von der Geschlechtsidentität.**

Resolution der SoHo Österreich an die Bundesfrauenkonferenz 2021:

Transidente, nicht-binäre und auch intergeschlechtliche Menschen erleben auch in Österreich noch immer massive Diskriminierungen. Bürokratische Hürden und fehlende Anerkennung gehören zu ihrem Lebensalltag, oftmals begleitet von handfesten Diskriminierungen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und sogar Gewalterfahrungen. Auch überall dort, wo es um die notwendige medizinische Versorgung geht, hat die Republik noch großen Nachholbedarf. Das Ziel der Sozialdemokratie muss daher klar sein: Wir kämpfen für ein selbstbestimmtes, sichtbares und stolzes Leben für ALLE Menschen in Österreich - unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität!

Entsprechend dem Beschluss des Bundesparteitages 2018 hat die SoHo Österreich daher gemeinsam mit Partner*innen innerhalb der Sozialdemokratie, Expert*innen und Selbstvertretungsorganisationen das bisher erste, umfassende Forderungsprogramm einer politischen Bewegung in Österreich zum Themenkomplex Geschlechtsidentitäten erarbeitet.

Die Sozialdemokratie und die SPÖ Frauen bekennen sich damit zur Sicherstellung eines selbstbestimmten, sichtbaren und stolzen Lebens für ALLE Menschen - unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Freie Wahl des Personenstandes: Jeder Mensch muss in dem Geschlecht anerkannt werden, in dem er lebt!
- Kostenfreie Änderung des Personenstandes. Die Frage der Selbsterklärung in diesem Zusammenhang soll in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der Antragsteller*innen geklärt werden.
- Aufhebung des Nehammer-Erlasses zu alternativen Geschlechtseinträgen und freier Zugang zu den Einträgen inter/divers/offen auf Basis für intergeschlechtliche, sowie auch für transidente und non-binäre Menschen.
- Freie Wahl des Vornamens, unabhängig vom Geschlechtseintrag.
- Kostenübernahme für die Ausstellung neuer Dokumente nach einer Änderung des Personenstandes.
- Sicherstellung einer Regelung, durch die auch Minderjährigen unter bester sozialer Betreuung und Einbindung der Familien den Zugang zur Personenstandsänderung garantiert wird.

Beste Versorgung für Transpersonen: Für einen Ausbau der medizinischen und psychischen Versorgung!

- Bundesweite garantierte Betreuung für Transpersonen, die eine Hormontherapie durchführen (möchten), in Verbindung mit einem deutlichen Ausbau des Angebots von Fachärzt*innen mit Transidentität-Schwerpunkt und zentralem Nachfolgemanagement in diesem Bereich.
- Abbau der Wartezeiten beim Zugang zu medizinischen und chirurgischen Leistungen, sowie Ausbau der gerade im Bereich der Trans-Medizin wichtigen Ausklärungs- und Beratungsgespräche durch koordinierten Ausbau des medizinischen Angebots.
- Volle Kostenübernahme für Primäroperationen und Vereinheitlichung des Leistungskatalogs der Krankenkassen.
- Bundesweit geförderte Vernetzung medizinischer Angebote durch Schaffung eines zentralen Kompetenzzentrums. Ausbau der Kassenplätze für psychotherapeutische und psychiatrische Leistungen im Bereich von transidenten Personen.
- Breite Verankerung des Themas Transidentität in allen medizinischen und Pflegeausbildungen, sowie im Bereich der Sozialen Arbeit - besonderer Schwerpunkt auf diesen Themenkomplex im Feld der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Flächendeckend Angebote: Für regionalisierte Kompetenzzentren in allen Bundesländern

- Schaffung eines multiprofessionellen Zentrums für Trans-Medizin in jedem Bundesland in Verbindung mit einem bundesweiten Kompetenzzentrum.
- Einbeziehung regionaler Peer Groups und Selbstvertretungs-, sowie Communityorganisationen.
- Auf Basis dieser Angebote eine bestmögliche Vernetzung von niedergelassenen Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen, sowie eine bessere Verankerung von Transgender-Medizin in regionale Aus-, Fort- und Weiterbildungen.
- Beim Ausbau der Angebote für Transpersonen müssen regionale Angebote zu Fragen der sexuellen Gesundheit miteinbezogen werden.

Akzeptanz durch Sichtbarkeit: Beste Unterstützung und besten Schutz für transidente, nicht-binäre und intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche

- Stärkere Verankerung des Themas Geschlechtsidentität anhand des Grundsatzlerlasses Sexualpädagogik im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien, sowie in der Ausbildung von Lehrer*innen, Pädagog*innen und Betreuer*innen.
- Klare Regelung, die jungen Menschen im Bereich der Schule, Ausbildung und Universitäten die Anerkennung in ihrem gelebten Geschlecht, unabhängig von etwaigen Geschlechtseinträgen garantiert.
- Ausbau des bundesweiten Beratungs- und Schulungsangebots für Lehr- und Verwaltungskräfte, um einen niederschweligen Umgang mit dem Thema Geschlechtsidentität und bestmögliche Beratung in Anlassfällen zu gewährleisten.

Voller Schutz vor Diskriminierung: Durch ein „Levelling Up“ des Gleichbehandlungsgesetzes und aktiven Kampf gegen Hate Crimes!

- Verankerung der Schutzgründe Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmale, sowie sexuelle Orientierung durch ein „Levelling Up“ des Gleichbehandlungsgesetzes - außerdem die Verankerung dieser Schutzgründe im Gleichbehandlungsparagrafen (Artikel 7) der Bundesverfassung!
- Ausweitung aller Landesgleichbehandlungsgesetze zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmalen.
- Gesetzliche Verankerung des Verbots von Konversions- und s.g. „reparativen“ Therapien entsprechend des einstimmigen Nationalratsbeschlusses vom Juli 2019.
- Ausweitung der Schulungen von Polizei und Justiz, sowie Verwaltung zur Garantie eines zeitgemäßen und sensiblen Umgangs mit Fragen der Geschlechtsidentität.
- Ein bundesweites Maßnahmenpaket gegen Hate Crimes, Hate Speech und alle Formen von gruppenspezifischer Gewalt - inkl. Schaffung spezifischer Ressourcen dafür in der Strafverfolgung und Justiz.

Darüber hinaus bekennen sich die SPÖ-Frauen einmal mehr zur gesetzlichen Verankerung eines Verbots von nicht medizinisch notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Kindern.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 39: Unser Feminismus ist inklusiv!

Eingebracht von: SoHo Österreich

“Man wird nicht als Frau geboren: Man wird dazu gemacht.” Mit diesem Satz aus dem Jahr 1949 löste Simone de Beauvoir unter Feministinnen eine breite Diskussion darüber aus, wie wir “Geschlecht” als soziales, kulturelles Konstrukt begreifen und was das bedeutet. Die Unterscheidung zwischen “sex”, dem biologisch angeborenem Geschlecht in Form von spezifischen Körper- und biologischen Merkmalen, und “gender”, dem sozialen Geschlecht bzw. der Geschlechtsidentität, ermöglicht uns nachzuvollziehen, wie in unserer Gesellschaft Kategorien geschaffen werden – aber auch wie sie gelöst werden können.

Feministische Bewegungen haben sich allerdings nicht immer als besonders inklusiv erwiesen. Die Frage danach, wer die Deutungshoheit über die feministischen Forderungen hat, war lange davon geprägt, dass es privilegierte, weiße Frauen waren, die ihre eigene Lebensrealität als den Mittelpunkt der feministischen Kämpfe ansehen. Schwarze Frauen bzw. Women of Colour kämpfen seit jeher für einen intersektionellen Feminismus, der anerkennt, dass die Lebensrealitäten, die Erfahrungen von Diskriminierung und Ungleichbehandlung nicht alle gleich sind. Diesen Ansatz ernst zu nehmen braucht auch ein neues Verständnis davon, für wen die feministischen Kämpfe stattfinden. Denn es gibt nicht nur die eine Lebensrealität, die eine Frau ausmacht. Neben rassistischen und klassizistischen Strukturen gibt es aber auch Argumente, die an den biologischen Gemeinsamkeiten von Cis-Frauen ansetzen. Menstruation, Schwangerschaft, Chromosome. Auch hier gilt jedoch: Nicht alle Frauen menstruieren, nicht alle können schwanger werden.

Macht sie das dann weniger zu einer Frau? Die Diskussion darüber, wer nun eine Frau ist, betrifft aber nicht nur die Ausrichtung der feministischen Kämpfe. Es geht dabei auch um den Zugang zu geschlossenen Frauenräumen – seien es Sportstätten, WCs, feministische Diskussionen, geschlechterspezifische Unterbringungsorte, wie etwa Asylheime oder Gefängnisse, oder Schutzräume, wie etwa Frauenhäuser.

Nun gibt es Feminist*innen, die transidente Frauen von diesen geschlossenen Räumen ausgrenzen (wollen). Sogenannte TERFs sprechen Trans-Frauen das Frau-Sein ab. Sie beharren darauf, dass das biologische Geschlecht festgelegt und unveränderlich ist. TERF steht für „Trans-Exclusionary Radical Feminism“. Ins Deutsche übersetzt bedeutet das so viel wie „trans-ausschließenden radikalen Feminismus“.

Dabei handelt es sich um verschiedene Ebenen einer transfeindlichen Haltung – sie reichen vom Anzweifeln der Identität von Transfrauen bis hin zur Negierung ihrer Existenz. Neben offensichtlich transfeindlichen Argumenten – wie etwa jenem, dass es sich bei ihnen um verkleidete Männer handle – wird aber auch über die Definition des Frau-Seins diskutiert. Dabei liegt der Fokus auf den scheinbar gemeinsamen Erfahrungen von Cis-Frauen, die Menschen, die als Männer sozialisiert wurden, angeblich nicht teilen können. Doch welche Erfahrungen sollen das denn sein? Übergriffe, Ausbeutung, schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt, Reproduktion oder frauenfeindliche Aussagen – all das erleben auch transidente Frauen. Wenn Feministinnen davon sprechen, dass Transfrauen nun einmal nicht jene Erfahrungen gemacht haben, die sie zu “echten” Frauen machen, dann machen sie vor allem eines: Sie definieren ein Frau-Sein, das auf ihrer eigenen Lebensrealität beruht.

Im Juni 1981 hielt Audre Lorde die Keynote auf der Konferenz der National Women’s Studies Association. Die schwarze, lesbische, feministische Autorin, Poetin und Aktivistin verwies dort auf das fehlende Verständnis rassistischer Strukturen. Viel zitiert aus dieser Rede sind folgende Zeilen: “I am not free while any woman is unfree, even when her shackles are very different from my own. And I am not free as long as one person of Color remains chained. Nor is anyone of



you." Daran möchten wir anschließen. Wer eine Frau ist, kann weder allein mit biologischen Kategorien noch mit dem Argument der Sozialisierung festgelegt werden. Der feministische Kampf dient der Befreiung aller Frauen - auch wenn sie nicht alle die gleichen Lebensrealitäten und Erfahrungen teilen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Als Sozialdemokrat*innen bekennen wir uns zu einem transinkluisiven Feminismus und sprechen uns gegen jede Form des Ausschlusses von Transfrauen aus feministischen Strukturen und Kämpfen aus.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 40: Es ist kein Feminismus, wenn nicht für jede vom Patriarchat unterdrückte Person gekämpft wird.

Eingebracht von: Verband sozialistischer Student_innen, Junge Generationen, Aktion kritischer Schüler_innen

Wen genau meinen wir, wenn wir von Frauen sprechen? Wem wird geholfen bei Unterstützungsprogrammen für Frauen? Und für wen kämpfen wir allgemein, wenn wir für die Rechte von Frauen eintreten und die Gleichberechtigung fordern? Das gesellschaftlich verankerte Bild der Frau ist, abgesehen von Sexismus und patriarchalen Strukturen, privilegiert! Das heißt, dass das standardisierte Frauenbild eine weiße, heterosexuelle, körperlich-befähigte Cis-Frau zeigt. Diversität und Intersektionalität haben in diesem vorgegebenen Bild keinen Platz.

Auch in der sozialdemokratischen Partei gibt es in dieser Hinsicht noch viel Verbesserungspotenzial, denn wir dürfen nicht den normierten Vorstellungen der Gesellschaft nachgehen und dabei einen großen Teil der Bevölkerung vergessen. Wir müssen aufzeigen, dass es Frauen gibt, die Mehrfachdiskriminierung erleiden müssen wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sexualität oder ihrem sozioökonomischen Hintergrund und vor viele Hürden im Leben stoßen müssen. Doch nicht nur Frauen sind Opfer von den patriarchalen Strukturen in unserer heutigen Gesellschaft. Wir müssen außerhalb des binären Geschlechtersystems denken und non-binären, intergeschlechtlichen und transidente Personen die Anerkennung geben, welche ihnen zusteht. Die sozialdemokratische Partei muss intersektional und inklusiv denken und über den Tellerrand hinausschauen.

Vor allem Women of Colour müssen auch noch heutzutage eine Diskriminierung erfahren, welche tagtäglich auf allen Ebenen auftritt. Eine dieser Ebenen ist die Politik! Wenn es eine nicht-weiße Person trotz all der Hürden schafft eine Stimme und einen Platz in der Politik bzw. in der Öffentlichkeit zu erkämpfen, ist sie der Diskriminierung noch lange nicht ausgekommen. Der einzige Unterschied: Die kombinierten rassistischen und sexistischen Erlebnisse intensivieren sich. Es braucht einiges an Mut, Kraft und Ausdauer sich als Woman of Colour in der Öffentlichkeit zu stellen, denn Beleidigungen, Drohungen und Aberkennungen werden zur Norm. Es liegt zum Teil in der Macht der Sozialdemokratie diesem Problem ein Ende zu bereiten oder zumindest Schritte in die richtige Richtung zu gehen, indem wir mehrfach-diskriminierten Frauen Raum in der Politik geben und ihrer Stimme Gehör verleihen.

Wie schon erwähnt sind es nicht nur Frauen, die unter patriarchalen Machtverhältnissen leiden. Weg von der Binari-tät müssen wir diejenigen Personen sehen und anerkennen, welche keinerlei Raum bekommen. Darunter transidente, intergeschlechtliche oder nicht-binäre Personen. Die feministische Arbeit, die wir machen, darf nicht ausschließlich für Cis-Frauen sein. Gleichstellung der Geschlechter bedeutet **nicht** Gleichberechtigung von Frau und Mann, es bedeutet Gleichberechtigung von jeder einzelnen Person, egal welche Geschlechtsidentität diese hat. Personen außerhalb des konservativen Zweigeschlechtersystems werden auf allen Ebenen nicht gefördert, dabei bleibt es jedoch noch lange nicht! Es scheitert an banalen Grundvoraussetzungen wie fehlender Anerkennung, Ignoranz oder auch schlicht das nicht vorhandene Wissen über die Existenz von nicht-binären Personen. Wenn eine Person misgendered wird, ihr Geschlecht in zahlreichen Texten nicht erwähnt wird oder sie ein falsches Geschlecht bei einem Formular auswählen muss, weil die einzigen Optionen Frau und Mann sind, ist es ganz klar, dass die Alarmglocke schon lange läutet. In der feministischen Arbeit muss darauf geachtet werden, dass den Opfern des Patriarchats geholfen wird, wir müssen uns für die Gleichstellung jeder Person einsetzen und dürfen nicht wegsehen, denn das machen schon alle anderen.

Um das inklusiv feministische Ziel zu erreichen, Förderung und Gleichberechtigung von jeder vom Patriarchat unterdrückten Person, muss mit internen Veränderungen begonnen werden. Es steht in unserer alleinigen Macht, ob wir Intersektionalität allgemein und in der feministischen Arbeit zum Thema machen, ob wir mehrfachdiskriminierte Personen fördern und ihnen eine Stimme geben, um zu verändern. Dies schaffen wir nicht nur mit Veränderungen innerhalb der SPÖ, es ist Zeit mehrfachdiskriminierte Personen zu unterstützen. Es braucht unter anderem angepasste Angebote, Hilfeleistungen und Meldestellen! Doch zuerst brauchen wir eine Arbeitsgruppe, unter anderem von Betroffenen geführt, die sich mit dem Thema befasst und umfassende Projekte ausarbeitet.

Es sollte außerdem klar sein, wenn die Rede von Frauen ist, sprechen wir nicht nur von den privilegiertesten Frauen, wir sprechen vor allem von Frauen, die in unserer Gesellschaft ignoriert, vergessen werden und an unterster Stelle stehen. Lasst uns diese Strukturen mit unserer inklusiven feministischen Arbeit aufbrechen!

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

Auf Mehrfachdiskriminierung von Frauen* bei feministischen Veranstaltungen, Aktionen, Hilfestellungen und allgemein im feministischen Kontext aufmerksam machen und explizit darauf eingehen

- Förderung von mehrfachdiskriminierten Frauen* innerhalb der Partei, in Hinsicht auf Raum geben, Führungspositionen verteilen, Vertretung nach außen hin etc.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 41: Sensibilisierung bei Werbeeinschaltungen durch die SPÖ

Eingebracht von: JG

Im Frühjahr 2017 führte der Radiosender Kronehit eine Aktion für einen plastischen bzw. ästhetischen Eingriff mit dem Slogan

„Tutti Kompletti - Neue Brüste für dich und deine Mutter“ durch. Frauen sollten sich - sowie ihre Mütter - anmelden, wenn sie mit ihrer Oberweite unzufrieden sind - aus welchen Beweggründen auch immer, dazu machte Kronehit keine Vorgaben. Nach intensiver, medizinischer Prüfung und Beratung wurde aus dem Pool der Bewerberinnen ein Duo für den Schönheitseingriff ausgewählt. Das Ganze wurde durch den Radiosender begleitet - unter anderem mittels Interviews mit den Teilnehmerinnen, PR-Terminen etc.

Um rechtlich abgesichert zu sein, denn laut dem Schönheitsoperationengesetz (ÄsthOpG) ist es verboten, Werbung für eine solche Operation zu machen bzw. im Rahmen eines Gewinnspiels zu verlosen, mussten die Teilnehmerinnen für die OP-Kosten selbst aufkommen, bekamen aber ein Honorar vom Radiosender. Hier entsteht natürlich der Eindruck, dass durch dieses Honorar die Kosten für die beiden Brustoperationen verdeckt ersetzt werden.

Diese Aktion sorgte für Furore und auch die SPÖ Bundesfrauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek kündigte an, Klage gegen den Radiosender und den behandelnden Arzt einzubringen. „Wir sehen das nicht als ‚kein Gewinnspiel‘, sondern als ein Gewinnspiel. Das ist unterste Schublade und geschmacklos.“, so Heinisch-Hosek dazu. „Mit Frauenkörpern experimentiert man nicht.“, kritisierte die Frauenvorsitzende.

Hierbei handelt es sich klar um ein sexistisch-motiviertes Experiment, die unsere Gesellschaft in ein Korsett des Körperbewusstseins und -empfindens drängt, für das die SPÖ auf keinen Fall stehen sollte! Trotz der laufenden Anzeige, die seitens der parteieigenen Frauenorganisation eingebracht wurde, inserierte die SPÖ im Nationalratswahlkampf 2017 auf Kronehit. Auch die SPÖ Oberösterreich warb für die Kampagne „Würdige Arbeit“ bei diesem Radiosender.

Die Schaltung von Werbespots bei einem Medium, das Mutter und Tochter bei ihren Brust-OPs im Rahmen einer verdeckten Werbeaktion begleitet, darf für die SPÖ keine Option sein. Wir müssen hier an unsere eigene sozialdemokratische, humanistische Wertehaltung appellieren.

Um an dieser Stelle gleich das Gegenargument zu entkräften, das den Kostenfaktor bei Inseraten thematisiert: Die Sozialdemokratie sollte klar gegen den kapitalistisch-motivierten Schönheitsboom, der Frauen vorschreibt, wie sie perfekt aus- zusehen haben, auftreten. Deshalb kann ein Medium für Inseratenschaltung - auch wenn die Preise dafür noch so günstig sind - für uns nicht in Frage kommen. Die Freiheit zur körperlichen Selbstoptimierung sei jeder Person im eigenen Ermessen überlassen, aber die gesamtgesellschaftliche Auswirkung durch eine solche Kronehit-Aktion ist vollkommen abzulehnen. Es ist klar, dass Werbung in verschiedenen Medien unterschiedlich viel kostet, aber abschließend kann man zu diesem Gegenargument nur sagen „less is more“.



Es braucht an dieser Stelle einen klaren Kriterienkatalog, woran gemessen werden kann, wann ein Verstoß (bzw. Verbesserung in der Folge) bei sexistisch-motivierter Werbung und die Folgen betreffend Werbeeinschaltung durch die SPÖ bei dem entsprechenden Medium vorliegt. Dieser Kriterienkatalog sollte auch Grundlage bei (Überlegungen zu) Vertragsverhandlungen bzw. Vertragsabschlüssen über Werbeeinschaltungen bei diversen Medien sein.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Keine Werbeeinschaltungen durch die SPÖ bei Medien, die sexistisch-motivierte Kampagnen propagieren. Wer hier Werbung in Auftrag gibt, unterstützt auch gleichzeitig solche Aktionen - wie im Falle bei Kronehit ("Tutti Kompletti") - mit, die nicht mit der sozialdemokratischen Haltung vereinbar sind. Ein Kriterienkatalog zu dieser Thematik gehört erstellt.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 42: **Frauen*rechte sind Menschenrechte!**

Eingebracht von: Junge Generation, Aktion kritischer Schüler_innen, sozialistische Jugend und Verband sozialistischer Student_innen

Der geschlechterpolitische Backlash ist europaweit in vollem Gange. Umso wichtiger ist es für uns, feministische Er-rungenschaften auf nationaler und internationaler Ebene zu verteidigen.

In Österreich stehen Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor im Strafgesetzbuch. Dadurch wird suggeriert, dass es sich hierbei um eine Straftat handelt, wo es doch ein hart erkämpftes Frauen*recht ist, das endlich als Grundrecht verankert gehört. Statt dafür einzutreten, werden Bürgerinitiativen wie „Fairändern“ und „Fakten Helfen“, die unter anderem eine gesetzliche Wartefrist zwischen Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch und tatsächlicher Durchführung fordern, öffentlich durch Abgeordnete der ÖVP unterstützt. Tatsächlich geht es bei vermeintlich harmlosen Forderungen wie Motivforschung und Informationskampagnen aber um Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts von Frauen*.

In Polen - einem Land, das bereits eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa hat - wurde unterdessen ver-fassungsrechtlich die Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs mit der Abschaffung der embryopathischen Indikation praktisch illegalisiert. Erwiesenermaßen verhindern restriktive Gesetze Schwangerschaftsabbrüche aber nicht, sondern gefährden Frauen*leben. Denn Frauen*werden dadurch zur Anwendung illegaler, gesundheitsgefähr-dender Methoden gezwungen. Dementsprechend ist diese Entscheidung ein besonders aggressiver Angriff gegen Frauen*rechte. Frauen* haben das Recht, selbst über ihren Körper zu bestimmen. Wer an diesem Grundsatz rüttelt, greift nicht nur die Frauen* in Polen, sondern alle Frauen* in Europa an!

Doch nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen*, sondern auch ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit, steht unter Beschuss. In Europa ist jede dritte Frau* mindestens einmal in ihrem Leben psychischer und/oder sexuali-sierter Gewalt ausgesetzt, in Österreich ist es jede fünfte.

Dahingehend stellt die vom Europarat 2011 völkerrechtlich ausgefertigte Istanbul-Konvention zur "Verhütung und Be-kämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt" einen historischen Meilenstein für Frauen* und Mädchen* dar, zumal sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, gegen alle Formen von Gewalt vorzugehen. Wird die Konvention konsequent umgesetzt, rettet sie Leben!

Nun regt sich in einigen Ländern jedoch Widerstand, allen voran von der der Türkei, die der Konvention im März 2021 ausgetreten ist. Auch der polnische Justizminister kündigte im Juli 2020 an, aus der Konvention aussteigen zu wollen, da sie seiner Meinung nach voller "Gender-Ideologie" stecke. In Ungarn hat das Parlament im Mai 2020 die Ratifizie-rung gestoppt. In Tschechien, in der Slowakei, Bulgarien, Lettland und Litauen, blockieren konservative Kräfte in den nationalen Parlamenten die Ratifizierung. Durch diese Vorgehensweisen, wird Frauen* ihr Recht auf ein gewaltfreies Leben aberkannt.

Deshalb braucht es eine europaweite feministische Bewegung sowie klare politische Bekenntnisse und Konsequenzen - über nationale Grenzen, politische Interessen, Generationen und Geschlechter hinweg, um solidarisch antifeministi-schen Kräften entgegenzutreten.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Reproduktive Selbstbestimmung - Schwangerschaftsabbrüche raus aus dem österreichischen Strafgesetzbuch, kostenlose und rezeptfreie Verhütungsmittel, Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in allen Krankenhäusern, Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen für alle Frauen*, Zeitgerechte und zielgruppenorientierte Aufklärung von Schüler_innen
- Finanzielle Sanktionen für alle EU-Länder, die aus der Istanbul-Konvention austreten und/oder das Recht auf Abtreibung einschränken/verbieten, wobei Mittelkürzungen auch dann möglich sein sollen, wenn die Unabhängigkeit von Richter*innen und die Neutralität einer öffentlichen Verwaltung nicht mehr gewährleistet werden kann.
- Die EU-Ratifizierung des „Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt“ (Istanbul-Konvention)
- Die Verankerung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung in der Europäischen Menschenrechtskonvention.
- alle Abgeordneten der SPÖ im EP und im Nationalrat werden dazu aufgerufen, sich auf allen Ebenen gegen Abtreibungsverbote in der EU auszusprechen und dies auch von EU-Mitgliedsstaaten einzufordern.
- alle Abgeordneten der SPÖ im EP und im Nationalrat sollen sich gemeinsam mit EU-Partnerinnen verstärkt für die Unabdingbarkeit der zu gewährleistenden Grund- und Freiheitsrechte, die das Fundament und die Grundvoraussetzung für die europäische Staatengemeinschaft darstellen, in der Europäischen Union, und unter den gegebenen Umständen vor allem in Polen, einsetzen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 43: Zerstören wir das Patriarchat - nicht die Umwelt

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

In Bezug auf die Klimakrise und deren Folgen sitzen wir alle im selben Boot. Das ist zumindest das gängige Narrativ. Faktisch ist jedoch belegt, dass Krisen, so auch die klimatische, marginalisierte Gruppen überproportional betreffen. Jene Personengruppen, denen Mitbestimmung verwehrt und der Zugang zu Ressourcen erschwert wird. Jene Menschen welche aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Zuschreibung, ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer Behinderungen oder anderer Aspekte ihrer Identität einer marginalisierten Gruppe angehören, befinden sich zwar ebenso wie alle anderen auf einem sinkenden Schiff, haben aber bildlich gesprochen nicht die gleichen Chancen im Rettungsboot Platz zu finden.

Frauen*, welche sich durch die oberhalb dargestellte Situation in einer gesellschaftlich benachteiligten Rolle befinden, sind aber zugleich auch jener Teil der Gesellschaft, der in Gemeinschaften zum einen eine schützende, aber auch leitende Rolle einnehmen und so die treibende Kraft des Wandels darstellt. In diesem Sinne ist es integral, diesen Ansatz der gemeinschaftsbasierten, demokratischen Antwort auf die Klimakrise in die globalen, politischen Organisationen einfließen zu lassen. Warum selbst die Klimakrise sexistisch ist bzw. diese den Sexismus befeuert 80% der Menschen, die durch die Krise gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, sind weiblich gelesen und die Gefahr, dass sie durch eine Naturkatastrophe sterben um das 14-fache höher. Das lässt sich zum einen sicher auch an den Möglichkeiten der Mobilität aus Geschlechtersicht erklären - Mädchen* und Frauen* haben es hier nämlich schwieriger als Männer.

Weil Frauen* sich oft in häuslichen und privaten Sphären bewegen, passiert es im Globalen Süden oft, dass die Frauen* zuhause die letzten sind, die die Warnung bei Eintreten von Naturkatastrophen erreicht. Wenn es zu einer Flut oder Dürre kommt, dann kann das die Lebensgrundlage vieler Frauen* zerstören. Die Internationale Union für die Erhaltung der Natur (IUCN), die die bisher größte und umfassendste Studie zu diesem Thema durchgeführt hat, konnte darüber hinaus feststellen, dass der Menschenhandel in Gebieten, in denen die natürliche Umwelt unter starker Belastung steht, zunimmt und Verbindungen zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Umweltverbrechen wie Wilderei und illegaler Ressourcengewinnung ausmachen.

Ein Bericht von CARE verdeutlicht, dass eine von fünf Frauen*, die auf der Flucht ist oder aufgrund einer Naturkatastrophe vertrieben wurde, sexuelle Gewalt erfahren hat. Darüber hinaus gipfeln sich die Beispiele für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Umweltschützer*innen und Aktivist*innen, welche sich gegen die Zerstörung ihres Landes, ihrer natürlichen Ressourcen und Gemeinschaften organisieren. Sexuelle Gewalt dient als Mittel zur Unterdrückung, um ihren Status innerhalb der Gemeinschaft zu untergraben und andere davon abzuhalten, ebenso aktiv zu werden. Es wird angenommen, dass weltweit etwa 12 Millionen junge Mädchen* wegen der Zunahme an Naturkatastrophen verheiratet werden. Ebenso hat sich gezeigt, dass wetterbedingte Katastrophen den sexuellen Menschenhandel um 20-30% erhöhen. Insbesondere Frauen* und Mädchen* sind darüber hinaus mit Aufgaben wie der Wasserbeschaffung und der Suche nach Brennholz belastet, wobei in vielen Gebieten jene Tätigkeiten, durch den Wettlauf um Ressourcen, zunehmend aufwendiger und gefährlicher werden.

Um diesen Tendenzen entgegenwirken zu können braucht es eine fundierte und wissenschaftliche Aufarbeitung dieser. Es gilt die Forschung zu den Dynamiken und Folgen von Rassismus, dem Widerstand und Wegen des Empowerments, dem globalen Klimaregime und Klimaaktivismus voranzutreiben. Die Generierung dieses Wissens, ebenso wie die Entscheidung, wie die Erkenntnisse gehandhabt werden sollen, hat sich an einem demokratischen, partizipativen, inklu-

siven und diskriminierungsfreiem Diskurs zu orientieren. Gender Gap Frauen* vermüllen weniger, recyceln mehr und kaufen eher nachhaltige Produkte.

Warum ist das so? Einer der Gründe dafür ist die Tatsache, dass Frauen* aufgrund ihrer Sozialisation verantwortungsbewusste(re) Verbraucher*innen sind, aber auch überproportional verantwortlich für den häuslichen und familiären Bereich. Untersuchungen deuten darauf hin, dass Frauen* sich im höheren Maße um andere kümmern und sozial verantwortlich fühlen, was sie umweltbewusster macht. Das Ergebnis dessen ist das, was das Marktforschungsunternehmen Mintel als „ÖkoGender-Lücke“ bezeichnet, bei der grünes Branding ebenso gut rosa sein könnte. Frauen* verlassen also einen kleineren ökologischen Fußabdruck, spüren aber auch eher die Folgen der Klimakrise. Denn Frauen* und Mädchen* sind sozioökonomisch schwächer beziehungsweise zählen sie zu den ärmeren Schichten der Gesellschaft - weltweit, aber auch hier in Österreich. Die Klimakrise trifft vor allem diese Schichten besonders stark.

Während der heißen Sommerzeit können sie sich nicht so leicht teure Klimaanlageanlagen installieren lassen oder ihre möglicherweise schlecht gedämmten Wohnungen warm genug einheizen, denn auch der Zugang zur Energieversorgung gestaltet sich schwierig. Aus dieser Genderperspektive heraus erschließt sich, dass Männer* einen größeren ökologischen Fußabdruck haben. Männer* sind auch durchschnittlich reicher. Und die reichsten Personen auf der Welt sind hauptsächlich Männer*. Hinzu kommt: die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung sind auch diejenigen, die den größten CO2-Fußabdruck hinterlassen.

Auch Geschlechterrollen spielen eine Rolle beim Thema Umweltbewusstsein: in einer Studie, die letztes Jahr in der Zeitschrift Sex Roles veröffentlicht wurde, fanden Forscher*innen in Penn State heraus, dass Männer* aus Angst, gesellschaftlichen Normen der Männlichkeit nicht gerecht zu werden, wiederverwendbare Einkaufstaschen oder Recycling verweigern. Rassistische Strukturen Vormal kolonisierte und auch BIPOC Gemeinschaften sind disproportional von den Schäden, die durch Klima- und Umweltkrise verursacht werden, betroffen und dennoch scheint der globale Norden eine dominantere Rolle in der Klimabewegung einzunehmen. Aufgrund der erhöhten Präsenz dieser privilegierten Länder in internationalen Organisationen werden deren Anliegen und Projekte priorisiert bzw. drängt diese Rollenverteilung den Globalen Süden in eine „Opferposition“, in welcher dieser scheinbar Bedarf an Koordination und Hilfe aus dem „fortschrittlichen Norden“ hätte.

Da die Länder des Globalen Südens in Mainstream-Debatten als vermeintliche „Opfer“ der Klimakrise angesehen werden und Projekte des Globalen Nordens an diese adressiert sind, negiert dies auch das Wissen und mögliche Lösungsansätze, die aus dem Globalen Süden kommen. Daher werden BIPOC und Personen aus marginalisierten Gruppen in den Gremien der internationalen Organisationen kaum inkludiert und auch nicht als Wissensträger*innen oder Führungskräfte im Kampf gegen die Klimakrise anerkannt, sondern lediglich in repräsentative Funktionen gedrängt.

Obwohl vor allem junge Frauen* hier zu Vorkämpferinnen auf dem Gebiet der Klimagerechtigkeit geworden sind und die Führungsrolle in den weltweiten Klimabewegungen einnehmen, ist ihre Vertretung in den Entscheidungsgremien unglaublich gering. Frauen* stellen nur eine Minderheit in jedem wichtigen Ausschuss der obersten Entscheidungsgruppe der Vereinten Nationen zum Klimawandel, der Klimarahmenkonvention. Auch in der Wissensproduktion zum Klimawandel nehmen Frauen*stimmen eine untergeordnete Rolle ein. Nur 20% der jüngsten Berichte, die an den Weltklimarat gehen, sind von Frauen* verfasst worden.

Frauen* in den Gemeinschaften an der Peripherie der Welt bringen das entscheidende Know-how zur Bekämpfung der Klimakrise mit. Sie sind die Verwalterinnen von Land, Wasser und natürlichen Ressourcen und machen fast die Hälfte

RESOLUTIONEN

der Kleinbäuer*innen weltweit aus. Mit dieser Erfahrung und Expertise haben Frauen* auf Gemeindeebene erfolgreiche Klimalösungen auf den Weg gebracht, vom Bau von windresistenten Häusern in Bangladesch bis hin zur Einrichtung von Saatgutbanken zum Schutz vor zunehmenden Wirbelstürmen in Nicaragua. Darüber hinaus bauen indigene Frauen* mächtige Bewegungen auf, um sich gegen die Rohstoffindustrie zu wehren - vom Widerstand gegen den Bau von Ölpipelines in North Dakota bis hin zur Organisation zum Schutz ihres Landes vor Agrarindustrie und Bergbau in Brasilien.

Wenn es jedoch um die Finanzierung geht, verpassen von Frauen* geführte Gemeinschaftsinitiativen oft wichtige Klimafinanzierungen und Zuschüsse, weil ihre Projekte nicht als groß genug angesehen werden. Die tatsächliche Beteiligung und das Engagement von BIPOC-Gruppen und von Frauen* geführten Initiativen muss gefördert werden. Zusätzlich braucht es eine kritische, postkoloniale Auseinandersetzung mit Wissensproduktion und darüber, welche Lösungsansätze bezüglich des Klimawandels anerkannt und befolgt werden.

Die Perspektiven aus dem Globalen Süden kommen immer noch nicht angemessen zu Wort. Es braucht einen tiefgreifenden, strukturellen Wandel innerhalb aller internationalen Institutionen, allen voran der UN. Gegen den Militarismus Unter Anbetracht aller angeführten Argumente ist es offensichtlich, dass der derzeitige Kurs, getragen vom Kapitalismus und neoliberaler Politik, die Wurzel dieser humanitären Krise ist. In diesem Sinne gilt es auch dem Militarismus den Kampf an zu sagen. Der Militarismus verschlimmert die Klimakrise und wie der jüngste IISS-Bericht zeigt, steigen die globalen Militärausgaben jährlich. Das US-Verteidigungsministerium ist der weltweit größte institutionelle Nutzer fossiler Brennstoffe. Die „Ökologisierung“ des Militärs ist keine Lösung. Vielmehr müssen wir dem Militarismus und dem Drang, Krieg zu führen und Militärbasen schließen. Vergeltungsmaßnahmen gegen Umweltaktivist*innen ermöglichen es Klimasünder*innen, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

Mehrere Nationen haben Gesetze verabschiedet, die friedliche Proteste (gegen die Gewinnung fossiler Brennstoffe) kriminalisieren! Neoliberale Wirtschaftspolitik dezimiert soziale Sicherheitsnetze und Arbeitsschutz durch Privatisierung, Deregulierung und Sparmaßnahmen. Dies stärkt Unternehmensinteressen und Umweltverschmutzer*innen auf Kosten der Menschen, vertieft den Klimazusammenbruch und lässt Gemeinden verarmen und macht sie unfähig, sich selbst zu schützen.

Als Reaktion auf diese Erkenntnis erscheint es unabdingbar den Green New Deal auch aus feministischer Perspektive zu denken. Beim Kampf ums Überleben dürfen marginalisierte Gruppen nicht zurückgelassen werden. Daher braucht es Solidarität und Feminismus auf politischer Ebene und in allen Gemeinschaften! In dieser Debatte blicken wir aus Europa, aus Österreich, oftmals auf den „hilfsbedürftigen“ Globalen Süden hinab, ohne uns der Tatsache bewusst zu sein, dass unsere Handlungen, die post-kolonialen Strukturen in welchen wir leben, der sexistische Mainstream und viele weitere Formen der systematischen Unterdrückung den katastrophalen Zustand unserer Erde bedingen. Einmal in der Woche das Rad statt dem Auto zu nehmen, wird die Welt nicht retten! Die Aufarbeitung besagter Machtverhältnisse, als die Wurzel allen Übels, jedoch schon.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine intersektionale Analyse zu den Folgen der Klimakrise und klimapolitischen Maßnahmen in Österreich und international - so wie es auch die Prinzipien eines feministischen Green New Deals voraussetzen.
- Österreich soll sich, nach dem Vorbild von Island, Neuseeland und Schottland, zu einem der Wellbeing Economy Governments (WeGo) erklären und sich bei der Haushaltsaufstellung eher auf soziale Indikatoren wie Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter, Senkung der Kohlenstoffemissionen etc. als auf das BIP konzentrieren. • Eine Gender-Quote für zwischenstaatliche Gremien wie den Weltklimarat (eng. IPCC), wie auch Gremien in Österreich,



die Berichte in Klimaangelegenheiten veröffentlichen und/oder klimapolitische Maßnahmen beschließen

- Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs sollen sich auch an frauengeführte lokale Klimagerechtigkeitsinitiativen und -lösungen, die Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit fördern, richten
- Die Auswirkungen des Klimawandels müssen als weitere Ursache für den Anstieg an geschlechtsspezifischer Gewalt anerkannt werden und entsprechende Lösungen erarbeitet werden
- Eine Beschäftigung mit lokalen, gemeindebasierten Lösungen zur Klimakrise von frauen*geführten Gruppen aus dem Globalen Süden, um möglicherweise best-practice Beispiele auch hier im Globalen Norden, etwa bei uns in Österreich umzusetzen
- Regional müssen Frauen* in Österreich in die Gestaltung von klimafreundlichen Städten und öffentlichen Räumen miteingebunden werden und davon profitieren.

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Kapitel 8: Strukturen

Antrag 44: Den Frauen* ihr Raum!

Eingebracht von: Aktion kritischer Schüler_innen, Junge Generation, Verband Sozialistischer Student_innen

Frauen*freiräume haben sich in der Vergangenheit immer wieder als wichtiges Mittel erwiesen, um in einer männer*dominierten Welt Frauen*, aber auch Lesben, inter, non-binary und trans Personen (FLINT*), ein Stück Raum zurückzugeben. In diesen Räumen sollen Frauen* diskutieren, ohne sich durch dominantes Verhalten durch Männer* gestört zu fühlen. Deswegen sind Frauen*freiräume geschlossene Orte, an denen cis Männer keinen Zutritt haben. Sitzungen, Konferenzen und Arbeitsgruppen der Bundesfrauen* sind grundsätzlich auch als Frauen*freiräume zu sehen: Hier treffen sich Funktionär*innen der Bundesländer und Jugendorganisationen, um gemeinsam Strategien zu diskutieren und Positionen auszuarbeiten.

Bei Frauenkonferenzen sind immer auch Männer* anwesend - meistens weil sie als hohe Funktionäre* eingeladen sind und Grußworte halten. Gerade die Konferenzen sind aber unsere höchsten Gremien und sollten nicht cis Männern als Präsentationsfläche dienen. Bei Frauen*gremien sollten daher ausschließlich FLINT*-Personen Rederecht bekommen. Bei Arbeitsgruppen und Sitzungen kommt es immer wieder dazu, dass cis Männer als Experten eingeladen wurden. Sollte das der explizite Wunsch des Gremiums sein, ist daran grundsätzlich nichts auszusetzen. Allerdings gilt auch hier: Gleichermaßen qualifizierte FLINT*-Personen werden sich in den meisten Fällen finden lassen. Diese sollten eingeladen und als Expert_innen gehört werden. Zum einen werden sie damit als Expert_innen anerkannt, zum anderen kann nur so ein safe_r space für FLINT*-Personen garantiert sein. Um geschlechtsspezifisches Rede- und Diskussionsverhalten aufzuzeigen, muss es einen vorgesehenen Ablauf geben. Hierzu bietet sich eine "Gender Statistik" oder ein "Gender Watch Protokoll" an, wie es viele Organisationen bei ihren Sitzungen, Arbeitsgruppen und Gremien bereits nutzen. Ein solches Formular, das bei Sitzungen, die für alle Geschlechter offen sind, genutzt werden soll, dient zur Sichtbarmachung und Aufzeichnung des Geschlechterverhältnis in einer Diskussion, z.B. bei Wortmeldungen, Unterbrechungen oder Störungen.

Die SPÖ Frauen fordern daher:

- Bei Frauen*gremien (z.B. im Frauen*vorstand und bei Frauen*konferenzen) haben cis Männer grundsätzlich kein Rederecht. Ist eine Ausnahme explizit erwünscht, muss diese mehrheitlich im Frauen*vorstand abgestimmt werden.
- Als Expert_innen werden vorrangig FLINT*-Personen eingeladen. Wenn cis Männer in einer Experten*rolle von den Teilnehmer_innen ausdrücklich erwünscht sind, sollen sie sich nicht über diese Rolle hinaus am Diskussionsgeschehen beteiligen. 1 Cis Personen sind Personen, die sich mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren.
- Die Ausarbeitung eines Formulars, das bei Sitzungen, Arbeitsgruppen oder Gremien, die für alle Geschlechter geöffnet sind, zur Aufzeichnung und Sichtbarmachung von geschlechtsspezifischem Redeverhalten genutzt werden kann. ("Gender Statistik" bzw. "Gender Watch Protokoll")
- Beim Expert_innenanteil muss auch bei sonstigen Diskussionen, Gremien, etc. auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet werden

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 45: Direktwahl der Bundesfrauenvorsitzenden der SPÖ

Eingebracht von: AKS, JG, SJ, VSStÖ

Der Ruf nach mehr Mitbestimmung innerhalb der SPÖ wurde in den letzten Jahren immer lauter. Ein eklatanter Verlust von Mitgliedern und Umfragewerte, die nicht unserem Anspruch entsprechen können, zeigen ganz klar auf: Die Sozialdemokratie muss sich nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell und organisatorisch neu definieren und sich an die Gegebenheiten der heutigen Zeit anpassen.

Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Mitbestimmung in der eigenen Partei. Als Sozialdemokratie muss es unser Selbstverständnis sein, die berühmte „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ zu fordern und zu fördern. Wir können dabei jedoch nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn wir diesen Anspruch auch an uns selbst stellen. Eine jahrelange Forderung nach parteiinterner Demokratisierung, die vor allem auch von den roten Jugendorganisationen immer wieder geäußert wurde, betrifft die Direktwahl des/der Bundesvorsitzenden - aber auch der Bundesfrauenvorsitzenden - der SPÖ durch alle Parteimitglieder. Dadurch wird nicht nur jedes einzelne Mitglied zur Teilhabe ermächtigt, sondern auch die Legitimation der/des gewählten Vorsitzenden gestärkt. Darüber hinaus bietet eine Direktwahl die Möglichkeit, die wesentliche inhaltliche Ausrichtung der Partei mitzubestimmen.

Internationale Beispiele, etwa unserer Schwesterparteien in Deutschland oder Großbritannien machen deutlich, dass ein solcher Prozess nicht nur organisatorisch möglich ist, sondern auch vielen Sympathisant*innen der Sozialdemokratie eine Gelegenheit gibt, auch Mitglied in der Partei zu werden, was sich wiederum auf allen Ebenen positiv für die Gesamtpartei auswirkt.

Auch innerhalb der SPÖ wurden die ersten Schritte in diese Richtung bereits gesetzt. Bei der Wahl zum Bezirksparteivorsitzenden in Linz kam dieser Prozess 2020 zum ersten Mal zur Anwendung und auch in diesem Fall zeigte das Ergebnis ganz klar, dass der Wunsch nach mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen unterstützt wird. Auch die steirische SPÖ-Landespartei hat auf ihrem letzten Landesparteitag beschlossen, die vorsitzende Person künftig direkt wählen zu lassen. Künftig soll auch auf Bundesebene allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich an den wesentlichen Entscheidungen - und die Wahl des/der Bundesfrauenvorsitzenden gehört hier zweifelsfrei dazu - in einem demokratischen Prozess zu beteiligen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine Direktwahl der Bundesfrauenvorsitzenden durch alle weiblichen Mitglieder der SPÖ einzuführen.

Beschluss der Konferenz: ZUGEWIESEN AN DIE STATUTENKOMMISSION

Antrag 46: Teilnahme Österreichs an der europaweiten Zeitverwendungsstudie HETUS

Eingebracht von: Frauenkomitee der SPÖ Josefstadt

In der HETUS-Zeitverwendungsstudie werden die Lebensrealitäten der Frauen abgefragt, um genauere Zahlen zu bezahlter und unbezahlter Arbeit zu bekommen. Diese Daten können Grundlage für eine solide Gleichstellungspolitik sein. In Österreich wurde die letzte Zeitverwendungsstudie vor zehn Jahren (2008/09) durchgeführt. Es besteht daher dringender Aktualisierungsbedarf, vor allem in Zeiten von Coronapandemie, Homeoffice und Homeschooling. Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat in einem umfassenden Manual des „Harmonised European Time Use Surveys“ (HETUS 2020) genaue Grundlagen zur Erhebung veröffentlicht. Zwanzig europäische Länder nehmen bereits fix an dieser Erhebung teil. Österreich ist derzeit nicht dabei - es fehlt die Beauftragung der Teilnahme Österreichs. Ohne aktuelle und europaweit vergleichbare Daten wird nicht nur feministische wissenschaftliche Arbeit behindert, sondern auch die Grundlage für evidenzbasierte Gleichstellungspolitik in diesem wichtigen Bereich verhindert. Die SPÖ Frauen Josefstadt fordern daher die SPÖ-Frauenorganisationen in Wien und Bund sowie den den Parlamentsklub der SPÖ auf, seitens der Bundesregierung eine sofortige Beauftragung der Teilnahme an der Zeiterhebungsstudie öffentlich und mit Nachdruck zu verlangen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: GEMEINSAM MIT LEITANTRAG MITERLEDIGT

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

Antrag 47: Ein Europa das Frauen schützt und gleichstellt: Für eine soziale und frauenfreundliche Europäische Union!

Eingebracht von den SPÖ-Frauen Wien

Die Europäische Union steht heute mehr als zuvor in ihrer Geschichte vor großen und tiefgreifenden Herausforderungen: Von der „Eurokrise“ über die „Migrationskrise“ im Jahr 2015 bis hin zum Brexit und aktuell der Pandemie, die herrschende Ungleichheiten nochmals verschärft hat und Frauen überproportional belastet. Solche Herausforderungen sind einerseits der Auslöser und andererseits die Folge von nationalistischer, neoliberaler und rechtspopulistischer Politik, die mittlerweile in allen Mitgliedsstaaten Europas an Einfluss gewinnt.

Diesen Entwicklungen muss die Sozialdemokratische Bewegung laufend entschlossen entgegentreten, um einen weiteren Rechtsruck und dessen neoliberale Politik zu verhindern. Kernforderung einer sozialdemokratischen Europapolitik ist die Forderung nach qualitativ hochwertigen Sozialstandards – das schließt auch eine stärkere Auseinandersetzung mit moderner, starker Frauenpolitik mit ein.

Wir Sozialdemokrat*innen kämpfen für ein Europa, in dem Frauen endlich alles bekommen, was ihnen schon die längste Zeit zusteht: Die Europäische Union muss sozialer und frauenfreundlicher werden, damit Frauen in der EU heute sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können.

Hier liegt noch einiges an Arbeit vor uns: Frauen verdienen im europäischen Durchschnitt über 14% weniger als Männer, in Österreich sogar über 21%. Das bedeutet, dass Frauen jedes Jahr rund zwei Monate unbezahlt arbeiten müssen. Bei den Pensionen ist der Unterschied mit einer Lücke von beinahe 39% noch dramatischer. Nach wie vor sind Frauen auch in der EU-Politik unterrepräsentiert. Im Europäischen Parlament sind 39,5% der Abgeordneten weiblich. Auch wenn die Kommissionspräsidentin mittlerweile eine Frau ist, gibt es auf allen Ebene noch viel zu tun, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Dennoch ist die Gleichstellung der Geschlechter Teil der DNA der Europäischen Union, denn sie ist seit 1957 gesetzlich in den EU-Verträgen verankert. In Zeiten, in denen die konservativen und rückwärts-gewandten Regierungen in Europa im Aufschwung sind, ist die Europäische Union als Gegenpol umso wichtiger. Unsere sozialdemokratischen Abgeordneten konnten auch einiges für die Frauen in Europa bewirken.

Auch das Thema Gewaltschutz ist leider immer noch aktueller denn je: Eine von drei Frauen in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren und jede zweite Frau ist in ihrem Leben mit sexueller Belästigung konfrontiert. Auch die Gewalt gegen Frauen im Internet, die sich in Form von Hasspostings und Drohungen äußert, gilt es mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist schlicht ein Thema, dem sich die Europäische Union in Form von gesetzlichen Maßnahmen, Subvention und Förderung von Frauenschutzprojekten intensiver widmen muss.

Wir sind überzeugt, dass die Zukunft der EU eine Weibliche ist. Denn von der aktiven Beteiligung der Frauen in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen hängt letztlich die Entwicklung einer neuen, solidari-schen und am Gemeinwohl orientierten Europäischen Union ab.

Als zentrale Themen einer zukunftsorientierten EU-Frauenpolitik betrachten wir:

1. Eine starke frauen- und gleichstellungspolitische EU-Agenda, die die strukturelle Verankerung von frauenpolitisch grundlegenden Themen in den EU-Institutionen gewährleistet,
2. Chancengleichheit und faire Bedingungen am EU-Arbeitsmarkt sowie Transparenz und Schutz im Arbeitsalltag von Frauen, die Lohn- und Pensionsschere muss endgültig geschlossen werden,
3. Frauenförderung in Ausbildung und Beruf sowie bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere im Hinblick auf die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit
4. die Verankerung des Selbstbestimmungsrechts in der Grundwerte-Charta der Europäischen Union
5. und eine EU-weite Gewaltschutzgrundlage und Maßnahmen gegen Gewalt im Netz.

1. **Starke frauenpolitische EU-Agenda, die die strukturelle Verankerung von frauenpolitisch grundlegenden Themen in der EU gewährleistet**

Zum ersten Mal steht mit Ursula von der Leyen eine Frau an der Spitze der Europäischen Kommission. Die Geschlechterverteilung im Kollegium der Kommission besteht aus zwölf Frauen und 14 Männer. Nur sieben von 28 EuGH Richter*innen sind Frauen, im Europäischen Parlament liegt der Frauenanteil zumindest bei knapp 40%. Obwohl Frauen ungefähr die Hälfte der Beschäftigten in der EU ausmachen, sind sie mit 36% in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Gerade 9% der Aufsichtsratsvorsitzenden in europäischen Unternehmen sind Frauen. Dieses Geschlechterungleichgewicht ist nicht nur unfair, sondern wirkt sich auch auf die Zusammensetzung von EU-Beratungsgremien aus, Expertinnen werden seltener berufen als Experten, ein „Gender-Audit“ ist bei den meisten Maßnahmen und Programmen auf reine Statistiken reduziert, ohne echte Steuerungsansätze. Auch die Sichtbarkeit von Frauen in EU-Diskussionen leidet insgesamt: nur ein Viertel der Teilnehmenden auf Podien in Brüssel sind Frauen, bei einem Drittel der hochrangigen Debatten sind keine Frauen auf dem Podium.

Die SPÖ Frauen fordern daher:

- Die Erhöhung des Frauenanteils in den EU-Institutionen auf 50% mit Hilfe des Reißverschlussystems. Die Mitgliedstaaten sollen für EU-Posten wie Kommissar*innen oder EU-Richter*innen jeweils eine Kandidatin und einen Kandidaten vorschlagen, sodass ein 50%iger Frauenanteil erreicht werden kann.
- Bei der Nominierung von Kommissionsmitgliedern sollen die Mitgliedstaaten jeweils eine Kandidatin und einen Kandidaten vorschlagen.
- Innerhalb der EU-Kommission soll auch in Zukunft ein eigenes Frauen- und Gleichstellungsressort mit einer eigenen Frauenkommissarin bestehen wie seit 2019 der Fall.
- Eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und einen systematischen Gender-Check aller großen EU-Förderprogramme und Budgetmittel, insb. die Gemeinsame Agrarpolitik und der Fonds für die Regionale Entwicklung.
- Einen verpflichtenden Anteil von mindestens je 40% Frauen und Männern in Beratungsgremien der Europäischen Kommission („high-level groups“ etc.)

RESOLUTIONEN

2. Chancengleichheit und faire Bedingungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Arbeitslebens

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit - das muss auch in Europa Realität werden. Dass Männer und Frauen gleiches Gehalt für die gleiche Arbeit bekommen sollen, ist seit den 1950er Jahren in den EU-Verträgen verankert, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Das können sich Europas Frauen nicht leisten und hier muss EU-weit angesetzt werden. Während der Pandemie ist die Lohnschere zwischen Frauen und Männern um 36 Jahre angestiegen. Das heißt es dauert aktuell 135,6 Jahre bis es mit den aktuellen Maßnahmen eine Lohngleichheit geben würde. Die Beseitigung der Lohnschere ist auf eine EU-Richtlinie zurückzuführen, die jüngst überarbeitet wurde. Es liegt an den einzelnen Mitgliedsstaaten hier endlich mehr zu tun und Österreich ist als eines der europäischen Schlusslichter besonders gefordert: Der Vergleich innerhalb der EU verweist Österreich auf den viertletzten Platz - mit einer Lohnschere von 21,7 Prozent. Auch Teilzeitbeschäftigung, aufgrund von beispielsweise Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, ist in der Europäischen Union immer noch Frauensache: Im EU-Schnitt arbeitet ein Drittel aller Frauen in Teilzeitbeschäftigung, aber nur 8,2% der Männer. Frauenarmut ist auch deshalb, insbesondere unter Alleinerzieherinnen und älteren Frauen mit der Pensionsschere als Folge der Lohnschere, weit verbreitet und muss bekämpft werden. Die in Österreich beschlossene Arbeitszeitflexibilisierung, die in Wahrheit die Erhöhung der Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden beziehungsweise von 40 auf 60 Wochenstunden birgt, ist eine frauen- und familienfeindliche Maßnahme, die es anzufechten gilt.

Als Sozialdemokrat*innen ist es unsere Aufgabe, dafür zu kämpfen, dass Frauen gute und fair bezahlte Jobs bekommen, in Führungspositionen agieren und Europas Wirtschaft misteuern, denn davon würden alle profitieren. Die gläserne Decke scheint jedoch immer öfter aus Beton zu sein und muss mit vielen Hämmern gemeinsam zerschlagen werden! Es führt kein Weg an Quoten vorbei. Die Richtlinie für transparente Bestellungen im Aufsichtsrat ist längst ausverhandelt, wird aber von einigen Mitgliedsstaaten blockiert. Wir Sozialdemokrat*innen wissen, dass wir mit Freiwilligkeit alleine nicht weiterkommen und kämpfen für Quoten in allen Bereichen, damit Frauen endlich in Vorständen, in Manager*innenpositionen und in der Politik gleichberechtigt vertreten sind

Die SPÖ Frauen fordern daher:

- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Maßnahmen zur Erreichung einer 75%igen Vollzeitbeschäftigungsquote für Frauen und Männer, wie in der Europa 2030 Strategie festgelegt, u.a. durch die Verringerung des Gender Pay Gap in allen Mitgliedsstaaten um 2 Prozent jährlich, bis eine endgültige Gleichstellung bei der Entlohnung erreicht ist. Dies ist durch „Gender Pay Gap Audits“ zu überprüfen und die Nichterreichung zu sanktionieren.
- Maßnahmen zur Aufwertung und Anerkennung „traditionell weiblicher“ Berufe, um Schutz vor prekären und nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen zu bieten, sowie beispielsweise eine Arbeitszeitverkürzung anstelle einer Arbeitszeitverlängerung in Form der 60-Stunden-Woche.
- Maßnahmen zur Beseitigung des Pension Pay Gap und zur Linderung der Altersarmut von Frauen.
- Verpflichtende Lohntransparenz in der Privatwirtschaft sowie verpflichtende Auflagen zur Gleichbehandlung und Frauenförderung im Fall der Inanspruchnahme von EU-Förderungen oder öffentlichen Vergaben.
- Eine verpflichtende Frauenquote in Führungspositionen in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, um das Durchbrechen der gläsernen Decke endlich zu ermöglichen.

3. Frauenförderung in Ausbildung und Beruf sowie bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Je konservativer und rückwärtsgewandter Europas Regierungen werden, desto wichtiger wird der Gegenpol, den die Europäische Union darstellt und auch die sozialdemokratische Frauenpolitik hat auf EU-Ebene schon einiges bewirkt. Mit der Work-Life-Balance Richtlinie soll europaweit Familie und Beruf besser miteinander vereinbar werden, dazu gehört auch der unübertragbare Rechtsanspruch auf die Väterkarenz, mindestens 10 Tage Vaterschaftsurlaub, 5 Tage Pflegeurlaub und das Recht auf flexible Arbeitszeiten bis zum 8. Lebensjahr des Kindes.

Nach dem Motto „Europa den Frauen“ stellen wir uns entschieden dem Backlash in ganz Europa, der Zurück-an-den-Herd-Politik in Österreich entgegen. Egal ob Orbans Familienpolitik, die Frauen zu reinen Gebärmaschinen degradiert, oder die österreichische Version des Familienbonus, wir dürfen diese Rückschritte gegenüber den frauenpolitischen Errungenschaften nicht zulassen. Wir fordern, dass die EU-Töpfe, wie von der EU-Kommission verlangt, auch tatsächlich in frauenpolitische Fördermaßnahmen fließen, um den Zugang zu Bildung zu erleichtern, leistbare Kinderbildungseinrichtungen auszubauen und Frauen in der Wirtschaft zu unterstützen. EU-Gender Budgeting muss im EU-Haushalt ernst genommen werden. In einem horizontalen Ansatz müssen geschlechterspezifische Aspekte im gesamten Budget anhand von konkreten Zielen berücksichtigt werden. Österreich hat als einziges EU-Land Gender Budgeting in der Verfassung verankert und dient hier als Vorbild. Bund, Länder und die Gemeinden müssen Gender-Aspekte in ihren Budgets berücksichtigen. Wien ist eine der ersten Städte Europas die geschlechterausgleichenden Maßnahmen aktiv umsetzt. Von der Stadt finanzierte Projekte müssen vorab auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden - das fordern wir für ganz Europa.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Mehr Geld für Frauenpolitik im EU-Budget und die damit verbundene Implementierung des EU-Gender Budgeting
- Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie mit adäquater Bezahlung
- Die EU-weite Umsetzung einer leistbaren und hochwertigen Kinderbetreuung (ein Kindergartenplatz pro Kind bis zum Schulbeginn), die mit den Arbeitszeiten einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar ist, weil die Barcelona-Ziele aus dem Jahr 2002 endlich umgesetzt werden müssen. Damit soll im Fall von Österreich auch der schwarz-blaue Abbau von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und der Zurück-an-den-Herd-Politik entgegengewirkt werden.
- Alleinerziehende Mütter sollen einen leichteren Zugang zu Bildung und Ausbildung, etwa mit Stipendien aus dem Europäischen Sozialfonds, erhalten.
- In Programmen, die auf die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen abzielen, sind spezifische Maßnahmen zur Unterstützung von Gründerinnen vorzusehen. Besonders gilt dies immer bei neuen Förderungen, wie „Start-ups“ und „green economy“.
- Die Stärkung der Gemein- und Sozialwirtschaft als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells kommt insbesondere auch Frauen als Arbeitnehmerinnen wie als Kundinnen zu Gute.

4. Vertragliche Verankerung des Selbstbestimmungsrechts

Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine fundamentale Grundlage der Frauenbewegung. Von Beginn an forderten Frauen selbst über sich und ihren Körper bestimmen zu können. In Österreich wurde dieser Forderung in Form des straffreien Schwangerschaftsabbruchs bis zur einschließlich 16. Schwangerschaftswoche im Rahmen der Familien- und Strafrechtsreform von 1975 in die Tat umgesetzt. Heute werden innerhalb der Europäischen Union immer mehr Stim-

RESOLUTIONEN

men laut, die den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung streitig machen wollen – egal ob in Form der rechtskonservativen PiS in Polen, des Netzwerks Agenda Europa oder der österreichischen BürgerInneninitiative #fairändern. Alle der genannten Organisationen wollen das hart erkämpfte Selbstbestimmungsrecht Schritt für Schritt beschneiden, was sie unter anderem unter Berufung auf Artikel 2 Absatz 1 („Jeder Mensch hat das Recht auf Leben“) der Charta der Grundrechte der Europäischen Union begründen. Doch in Wirklichkeit gefährden sie damit wissentlich und willentlich das Leben von tausenden Frauen jährlich. Denn ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen führt nicht dazu, dass keine mehr stattfinden, sondern, dass mehr Frauen schwere Verletzungen erleiden und auch sterben. Die Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung ist somit ein Verstoß gegen das Recht auf Leben, Gleichstellung, Nichtdiskriminierung, Würde und Gesundheit sowie Freiheit und Schutz vor unmenschlicher und erniedrigender Behandlung. Die vertragliche Verankerung des Selbstbestimmungsrechts in der Grundwerte-Charta würde als Teil einer frauenfreundlichen EU-Gesetzgebung eine längst überfällige Maßnahme umsetzen.

Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Verankerung des Selbstbestimmungsrechts in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, weil wir Frauen weiterhin selbst über unseren Körper entscheiden wollen.

5. EU-weite Gewaltschutzgrundlage und Maßnahmen gegen Hass im Netz

Spätestens seit der #metoo-Debatte wurde Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit wieder stärker diskutiert. Die jüngsten Ereignisse zeigen uns allerdings, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen unsere europäische Gesellschaft noch immer vor große Herausforderungen stellt. #metoo ist mehr als nur ein Hashtag. Es muss viel mehr Präventionsarbeit, auch in Form von pädagogischen und früherzieherischen Maßnahmen, geleistet werden, um dieses Gesellschaftsproblem längerfristig zu behandeln und zu debattieren. Wir müssen die Ursachen bekämpfen und Männer in die Pflicht nehmen. Wir müssen den gesellschaftlichen Wandel anstoßen und eine Richtlinie zu EU-weiten Schutz von Frauen vor Gewalt innerhalb der Europäischen Union initiieren. Denn Gewalt gegen Frauen passiert überall, wo Macht ausgeübt wird und wir müssen auf allen Ebenen dagegen ankämpfen – egal ob in der Zivilgesellschaft, im privaten Umfeld oder im Europaparlament.



Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine umfassende EU-Richtlinie zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt in allen EU-Mitgliedstaaten mit einem konkreten Maßnahmenplan basierend auf der Harmonisierung durch die Verankerung von geschlechterbasierter Gewalt als „Eurocrime“ in der Liste des Artikel 83 (1) AEUV, die EU-Gleichstellungsagentur EIGE soll ein Mandat für das Monitoring erhalten.
- Zielgerichteter Einsatz von EU-Geldern für Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen, Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzprojekten, insbesondere die Erhöhung der Mittel für das Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ (vormals DAPHNE-Programm).
- Die Schaffung von niederschweligen anonymen Anlaufstellen in allen EU-Institutionen für Betroffene von psychischer und physischer Gewalt wie beispielsweise EU-weiten Notrufen etc.
- Spezielle Maßnahmen gegen Frauen- und Mädchenhandel setzen.
- Eine EU-Strategie in Zusammenarbeit mit Expert*innen, um gegen eine neue Form von Gewalt, den wachsenden Hass im Netz gegen Frauen, endlich rechtlich vorgehen zu können.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: ANNAHME

Beschluss der Konferenz: ANGENOMMEN

RESOLUTIONEN

